Helfer rufen um Hilfe, S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 34– 25. August 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Politikversagen? Vergessen und vergeben: Der Großteil der Deutschen bleibt Merkel treu

Bild: Imago

Bürger in Starre versetzt

Terror: Wie sich die Politik geschickt vor einer Abrechnung schützt

Schadet Merkel der radikal-islamische Terror im Wahlkampf? Im Gegenteil, er treibt ihr weitere Sympathien zu. Wie kommt das?

Kritiker der Asylpolitik von Kanzlerin Merkel sehen sich von jedem neuen radikal-islamischen Terrorangriff auf niederschmetternde Weise bestätigt. Schon der Blick auf Staaten wie Polen oder Tschechien, die ihre Tore für die unkontrollierte Zuwanderung geschlossen halten, zeigt es – sie bleiben vom Terror verschont.

Dem Rückhalt der Kanzlerin und der etablierten Politik aber tun die entsetzlichen Ereignisse von Berlin oder zuletzt Barcelona und Turku dennoch keinen Abbruch, sie scheinen ihre Position vor dem Hintergrund des Terrors sogar noch zu festigen.

Was als Widerspruch erscheint, ist das Ergebnis einer ausgefeilten Kommunikations-Strategie. Diese wird sichtbar, wenn man die Reaktion auf den Todesfall im US-amerikanischen Charlottesville mit jenen auf die Terrorangriffe in Europa vergleicht.

Nach Charlottesville lautete die Devise: maximale Mobilisierung und schonungslose Schuldzuweisung. In der Berichterstattung deutscher Medien wurde alles daran gesetzt, das gesamte Trump-Lager für den Todesfall in Mithaftung zu nehmen und gegen die politische Rechte zu mobilisieren.

Nach Barcelona propagieren Medienmacher im Einklang mit der Politik das genaue Gegenteil von Mobilisierung, nämlich einen lähmenden Fatalismus, der in der Floskel erstarrt: Einen absoluten Schutz gebe es eben nicht. Während also Charlottesville als unerhörte Provokation eingeordnet wird, auf welche die Bürger unbedingt und entschlossen antworten sollen, wird der radikal-islamische Terror gleichsam zum Naturereignis erklärt, dem niemand gänzlich zu entrinnen vermag.

> Dass Politikversagen dahintersteckt, findet kaum Niederschlag

Nach dem Terror sollen wir nun vor allem „zusammenstehen“. Wahlforscher wissen, dass solches „Zusammenstehen“ vom Volk als Aufruf verstanden wird, sich hinter seine Regierung zu stellen, statt in Opposition zu gehen. Passend dazu werden die Menschen ermutigt, ihr Verhalten nicht zu ändern, so weiter zu leben wie bislang – unterschwellig heißt das vermutlich: auch so weiter zu wählen.

An dieser Form der unterschwelligen Beeinflussung prallen sachliche Einwände ab, selbst wenn sie noch so offensichtlich begründet sind. So steht dem halsbrecherischen Dogma der offenen Außengrenzen die Verbarrikadierung unserer Volksfeste im Innern gegenüber. Wo Hundertausende unkontrolliert hereingelassen wurden, wird nun über Poller und Betonbarrieren für Bürgersteige und Fußgängerzonen debattiert.

Dass hierfür ein Politikversagen historischen Ausmaßes verantwortlich ist, findet kaum Niederschlag, wobei große Leitmedien ihr Möglichstes tun, um die Zusammenhänge zu verwischen. Kurz nach dem Terrorangriff von Paris 2015 und der Kölner Silvesternacht darauf demonstrierten die Redaktionen Lernbereitschaft. Davon ist mittlerweile nicht mehr viel zu spüren. *Hans Heckel*

MANUEL RUOFF:

Lösungen

Laut der politischen Klasse gibt es keine einfachen Lösungen für den in Europa durch Eingewanderte ausgeübten islamischen Terrorismus. Wie gut, dass sie uns das sagt, denn sonst würden wir doch glatt den logischen Schluss ziehen, dass wir die Terroristen einfach nicht einwandern lassen oder, wenn wir sie erst nach der Einwanderung als gefährliche Missbraucher unserer Asyl- und Gastfreundschaft erkannt haben, wieder abschieben. Doch scheint die politische Klasse grundsätzlich selbst Personen, die des Missbrauchs des Asyl- und Gastrechts überführt sind, nicht abschieben zu wollen, weil sie entweder schon so gut integriert seien oder ihre Heimat unsicher sei oder aber ihr Herkunftsland die Rücknahme verweigere.

Abgesehen davon, wie lange eine solche völkerrechtswidrige Verweigerungshaltung anhielte, wenn Deutschland die Entwicklungshilfe streichen oder gar Wirtschaftssanktionen verhängen würde, scheint sich nun eine weitere Lösung aufzudrängen. Es ist nicht auszuschließen, dass Transferstaaten wie beispielsweise Libyen bereit wären, auch Nicht-Bürger, die über ihr Territorium nach Europa eingewandert sind, zurückzunehmen. Diese Lösung wiederum soll nun unmöglich sein, weil die Rückgeführten möglicherweise in Internierungslager gesteckt würden, die nicht zumutbar seien. Dass die Betreffenden sich durch ihre illegale Einreise nach Europa selber in diese Lage gebracht hätten – geschenkt.

Doch was braucht es überhaupt Lösungen, solange sich der islamische Terror auf weiche Ziele beschränkt und die gut geschützten Angehörigen der politischen Klasse ausspart?

Noch Schlimmeres droht

Terror-Experten warnen vor »neuer Eskalationsstufe«

Westeuropäische Sicherheitsstellen haben eine eingehende Analyse über Dischihadisten veröffentlicht. Dabei kam, zunächst wenig überraschend, heraus, dass sie zumeist zwischen 15 und 69 Jahre alt und männlich sind. Die Hälfte von ihnen ist ledig, während annähernd jeder Vierte als verheiratet mit Kindern ausgibt.

40,2 Prozent dieser selbsternannten „Gotteskrieger“ waren arbeitslos, mehr als 41 Prozent vorbestraft, knapp ein Drittel hatte psychische Probleme. Angeworben für den „Heiligen Krieg“ in Syrien wurden über 35 Prozent durch die massive Internet-Propaganda des „Islamischen Staates“ und fast 48 Prozent durch persönliche Kontakte in ihrem Heimatland.

In jüngster Zeit wurden erste Fälle bekannt, dass von Syrien aus gemeldete Todesfälle von

> Angriffe mit C-Waffen nicht ausgeschlossen

„Gotteskriegern“ in Wahrheit am Leben sind und unter falschen Personalien und Identitätspapieren in einzelne Staaten Europas zurückkehren, wahrscheinlich um hier im Sinne ihrer radikalen Religionsauffassung weiterhin jenen „Heiligen Krieg“ gegen alle Andersgläubigen zu führen.

Terror-Experte Peter Neumann vom Londoner King's College sowie der Schweizer Léon Gaucher, der als einer der Ersten seit 2005 über Dschihadisten schreibt, befürchten, dass diese angesichts ihres militärischen Niedergangs in Syrien „eine neue Eskalationsstufe, einen noch gruseligeren Anschlag planen werden, um die Aufmerksamkeitsschwelle deutlich anzuheben. Sie wollen Angst und Panik verbreiten. Dafür sind immer dramatischere Anschläge notwendig.“ Neumann will sogar solche mit chemischen Waffen nicht ausschließen. Der deutsche Bundesinnenminister erklärte die „Gotteskrieger“ zur gegenwärtig „größten Gefahr“. *F. W. Schlomann*

Wie in Guantánamo?

In Bayern gibt es ab sofort die »Unendlichkeitshaft« für Gefährder

So weit ist es schon gekommen: Im Kampf gegen den Terror nähert sich Bayern der Türkei Erdogans an. Unrechtsgefängnisse wie in Guantánamo sind in Reichweite. Es droht die Entrechtsstaatlichung wie in Polen. So sieht es zumindest die „Süddeutsche Zeitung“. Die Rede ist vom neuen Polizeiaufgabengesetz, das ab sofort in Bayern gilt. Danach können Gefährder bei konkreten Gefahren künftig länger als zwei Wochen in Gewahrsam genommen werden. Ein Richter entscheidet alle drei Monate darüber, wie lange der potenzielle Terrorist einsitzen muss. Zeitlich begrenzt ist der Aufenthalt hinter Gittern nicht. Die „Süddeutsche Zeitung“ spricht von einer „Unendlichkeitshaft“.

Was für Dschihadisten ein wirksames Bekämpfungsmittel scheint, wäre für unbescholtene Bürger, die ins Visier der Terrorfahnder geraten, eine Horrorvorstellung. Beides

> Alle drei Monate prüft ein Richter

wird wohl ausbleiben. Das Gesetz ist so formuliert, dass es nur angewendet werden kann, wenn eine Straftat unmittelbar bevorsteht. Das heißt in der Praxis: Erst wenn die düsteren Pläne so weit fortgeschritten sind, dass sie einen Straftatbestand erfüllen, kommt polizeilicher Gewahrsam in Betracht. Dann käme aber auch ein klassischer Haftbefehl infrage. Als „stumpfes Schwert“ bezeichnet der Augsburger Strafrechtler Michael Kubiciel daher diese Möglichkeit des Präventivgewahrsams. Wirksamer dürfte da schon die elektronische Fußfessel sein. Das neue Gesetz erlaubt sie in Bayern nun auch bei Gefährdern. „Sie hilft der Polizei ganz erheblich, ihren Bewegungsspielraum einzuschränken, schneller deren Aufenthalt zu bestimmen und sie damit effektiver zu überwachen“, freut sich Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. *FH*

(Mehr zum schwierigen Umgang mit Gefährdern auf Seite 3)

MELDUNGEN

Respekt vor dem Staat nimmt ab

Wiesbaden – In hessischen Strafvollzugsanstalten (JVA) nehmen Respektlosigkeiten und Übergriffe gegen Beamte spürbar zu. Wie ein Beamter der dpa mitteilte, wächst nicht allein die Zahl der Attacken, sondern zudem deren Aggressivität. Dies bestätigt auch Hessens Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU). Ein Sprecher ihres Ministeriums berichtet, Beamte würden in den JVA sogar mit Urin übergossen, bespuckt und unversehens angegriffen. Laut dem Wiesbadener Kriminologen Rudolf Egg hat der Respekt gegenüber dem Staat und seinen Institutionen insgesamt abgenommen. So würden auch Rettungsdienste angegriffen, nur weil Leute nicht damit einverstanden seien, wem an einem Unfallort zuerst und in welcher Weise geholfen werde. Von der Bundesagentur für Arbeit wird ebenfalls eine Zunahme von Angriffen auf ihre Mitarbeiter durch aggressive Klienten gemeldet. *H.H.*

»Groteske Inszenierung«

Kassel – Eine geplante Kunst-Performance auf der Kasseler Documenta hat für erheblichen Protest gesorgt. Der italienische Autor Franco „Bifo“ Berardi wollte mit der Performance die Behandlung von übers Mittelmeer eindringenden Asylsuchern mit jener der Opfer von Auschwitz auf eine Stufe stellen. Laut Berardi errichten die Europäer „Konzentrationslager“ und bezahlen „Gauleiter“ in der Türkei und Nordafrika dafür, die „Drecksarbeit“ zu leisten. „Das Salzwasser hat mittlerweile Zyklon B ersetzt“, heißt es im Ankündigungstext. Verschiedene Prominente, so die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, und Kassels Oberbürgermeister Christian Geselle (SPD), haben die Aktion scharf kritisiert. Knobloch sprach von einer „grotesken Inszenierung“. *H.H.*

Serbien sauer auf Mazedonien

Skopje – Unvermittelt ist eine diplomatische Krise zwischen Serbien und Mazedonien ausgebrochen. Belgrad hat alle seine Diplomaten aus dem südlichen Nachbarland abgezogen, mit dem es bislang ein ausgewogenes Verhältnis pflegte. Hintergrund ist offenbar die Zustimmung Skopjes zum Beitritt des Kosovo zur UN-Kulturorganisation. Serbien hat die Unabhängigkeit seiner (aus deutscher Sicht ehemaligen) Provinz Kosovo nie akzeptiert und ist bestrebt, jeden weiteren Schritt zur internationalen Anerkennung des Landes zu blockieren. Das Kosovo war durch einen Militärschlag, an dem sich neben den USA auch Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien beteiligten, 1999 aus dem serbischen Staatsverband herausgelöst worden. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat später eingeräumt, dass die militärische Intervention und die Abtrennung des Kosovo einen Bruch des Völkerrechts darstellten, der vergleichbar sei mit der Vereinnahmung der Krim durch Russland. *H.H.*

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei von PMS direct: Personalshop

Späte Anerkennung für Wolfskinder

Christopher Spatz über Ostpreußens Hungerüberlebende und ihre Aussicht auf eine baldige Entschädigung

Über 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs erhalten die sogenannten Wolfskinder die Möglichkeit, einen Antrag auf Entschädigung zu stellen. Eltern- und anhanglos geworden, streiften die Kinder nach dem Krieg durch die Wälder Ostpreußens, um dem drohenden Hungertod zu entgehen. Viele fanden in Litauen unter Verleugnung ihrer deutschen Identität eine neue Bleibe. Etliche mussten so hart arbeiten wie Erwachsene. Einer, der sich dem Schicksal dieser Vertreibungsopfer gewidmet hat, ist der promovierte Historiker und Germanist Christopher Spatz. *PAZ*-Redakteurin Manuela Rosenthal-Kappi sprach mit ihm.

PAZ: *Herr Spatz, wie ist es möglich, dass es mehr als 70 Jahre gedauert hat, ehe die Wolfskinder Aussicht auf Entschädigung erhalten?*

Christopher Spatz: Direkt nach dem Krieg hat man nicht darüber nachgedacht, Kinder zu entschädigen. Da galt die Meinung, dass junge Menschen schnell vergessen und unbelastet in die Zukunft blicken. Aktuell wurde die Frage der Entschädigungswürdigkeit von Kinderschicksalen erst in den 1990er-Jahren. In jener Zeit gab es jedoch zwei Gründe für die Nichtberücksichtigung der Wolfskinder. Zum einen hatten sie keine politischen und zivilgesellschaftlichen Fürsprecher mit ausreichend starker Stimme. Und zum anderen war in den bundesdeutschen Ämtern das Wissen um die Hungersnot in Ostpreußen fast komplett verloren gegangen. Bevor heute die Frage nach einer möglichen Ungleichbehandlung von Opfergruppen aufgeworfen wird, sollte unbedingt erforscht werden, weshalb sich in der Bundesrepublik damals niemand an eine der größten humanitären Nachkriegskatastrophen in Europa zu erinnern vermochte.

PAZ: *Dass die Bundesregierung nun Entschädigungsleistungen für Wolfskinder in Aussicht gestellt hat, ist sicher auch Ihr Verdienst. Durch Ihre Publikationen wurde eine breitere Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam. Wie bewerten Sie das?*

Spatz: Natürlich ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung die Schicksale der ostpreußischen Kinder nun anerkennt. Ich habe mit vielen Betroffenen intensive Gespräche geführt und dabei festgestellt, dass das lange Warten auf



Historiker und Buchautor: Christopher Spatz Bild: privat

eine offizielle Würdigung ihres Lebenswegs tiefe Spuren der Enttäuschung bei ihnen hinterlassen hat. Dass dieser Zustand überhaupt problematisiert worden ist, lässt sich auf ein Zusammenwirken von Forschung, Publizistik, Presse und Fernsehen zurückführen, die sich des Themas seit gut 20 Jahren kontinuierlich annehmen. Vergessen darf man meines Erachtens auch nicht die zahlreichen Privatleute nicht, die die hilfsbedürftigsten unter den Wolfskindern, die Mitglieder des Edelweiß-Vereins in Litauen, seit 1991 mit Geld- und Sachspenden unterstützt haben.

PAZ: *Die Gesellschaft für bedrohte Völker kritisiert die Bundesregierung seit Jahren wegen ihrer Weigerung, die Wolfskinder zu entschädigen. Wie erklären Sie sich diese Ungleichbehandlung der Opfer?*

Spatz: Die Gesellschaft für bedrohte Völker setzt sich weltweit für Kriegsfolgen- und Gewaltopfer ein und gibt den Ungehörten eine Stimme. Dabei entscheidend ist für sie nicht der Vergleich mit anderen Opfergruppen, sondern einzig die Frage nach persönlichem Leid und individueller Verantwortung. Als mich die Gesellschaft für bedrohte Völker bat, ihre Entschädigungskampagne für die ostpreußischen Kinder wissenschaftlich zu begleiten, sagte ich umgehend zu. Gemeinsam haben wir eine Informationsbroschüre erstellt, neben den Wolfskindern auch die ehemaligen Kinderhausinsassen (die sogenannten „Kinder Königsbergs“) ins Boot geholt und die Kampagne im März dieses Jahres auf der Leipziger Buchmesse der Öffentlichkeit präsentiert. Als glückliche Fügung erwies sich die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und „Wolfskinder-Vater“ Wolfgang Freiherr von Stetten. Mit ihm ist es der Gesellschaft für bedrohte Völker schließlich gelungen, die politischen Stellen dafür zu sensibilisieren, dass das, was die ostpreußischen Kinder nach dem Kriege leisten mussten, im Rahmen der Zwangsarbeiterentschädigung nun anerkannt und gewürdigt werden soll.

PAZ: *Die Wolfskinder haben bis Jahresende Zeit, beim Bundesverwaltungsamt einen Antrag auf Entschädigung zu stellen. Ist die Frist nicht zu kurz gefasst?*

Spatz: Die Frist ist knapp, keine Frage. Ich halte es allerdings für ausgeschlossen, dass sich eine Verlängerung erwirken lässt. Denn die Prüfung der Anträge findet ja im Rahmen der Entschädigung ehemaliger deutscher Zwangsarbeiter statt, und diese wurde vom Deutschen Bundestag bereits im Sommer 2016 beschlossen. Im Fall der ostpreußischen Kinder gilt es jetzt, alle verfügbaren Informationskanäle zu nutzen, damit die Anspruchsberechtigten schnell von der veränderten Sachlage erfahren und rechtzeitig vor dem 31. Dezember ihren Antrag beim Bundesverwaltungsamt einreichen.

PAZ: *Wie sollen die Wolfskinder, den Nachweis erbringen, dass sie Zwangsarbeit geleistet haben?*

Spatz: Das Bundesinnenministerium hat zugesichert, die zuständigen Stellen im Bundesverwaltungsamt vom besonderen Kriegsfolgenschicksal der ostpreußischen Kinder in Kenntnis zu setzen. Die Beamten in Hamm müssten nun wissen, dass den Anspruchsberechtigten ihre im frühen Lebensalter abverlangte Arbeit nicht schriftlich bescheinigt wurde. Ebenfalls wird den Beamten bekannt sein, dass viele Betroffene aufgrund ihrer starken Unterernährung Erinnerungslücken davongetragen und aus psychologischen Gründen den späteren Kontakt zu Schicksalsgefährten gemieden haben, sodass sie heute auch keinen Zeugen mehr benennen können. Angesichts dieser Umstände dürfte es im Zweifel wohl ausreichen, wenn die Antragsteller sorgfältig alle ihnen in der Nachkriegszeit abverlangten Tätigkeiten auflisten, deren Verweigerung für sie unmittelbare und schwerwiegende Folgen gehabt hätte.

PAZ: *Herr Spatz. Sie sind Jahrgang 1982. Was hat Sie dazu animiert, sich mit dem Thema „Wolfskinder“ zu beschäftigen?*

Spatz: Vor acht Jahren habe ich Deutsch und Geschichte an der Universität Oldenburg studiert. In jenem Zeitraum erfuhr ich durch Zufall vom Schicksal der ostpreußischen Wolfskinder. Der Überlebenswille dieser Kinder hat mich tief beeindruckt. Nach dem Studienabschluss war mir aber auch klar, dass ich mit meiner Masterarbeit bestenfalls an der Oberfläche des Themas gekratzt hatte. Mit Ruth Leiserowitz, der Pionierin auf dem Gebiet der Wolfskinderforschung, setzte ich mich deshalb in Berlin zusammen. Dort entwickelten wir zusammen einen Plan für mein Dissertationsprojekt.

PAZ: *Für Ihre Dissertation haben Sie mit vielen Wolfskindern gesprochen. Was erschüttert Sie an ihren Schicksalen am meisten?*

Spatz: Rückblickend würde ich sagen, dass ich auf die emotionale Wucht der Begegnungen nicht vorbereitet war, ich hatte keine professionelle Vorbildung in Gesprächsführung oder Psychologie. Es war Schwerstarbeit, und vieles, was ich hörte, wäre eher etwas für den Hausarzt, Pfarrer oder Psychologen gewesen. Während der Auswertung saß ich oft bis in die Nacht an meinem Schreibtisch und habe mir die aufgenommenen Gespräche noch mal angehört. Morgens hatte ich mitunter das Gefühl, nicht aufstehen zu können, weil das Erzählte förmlich auf mir lag.

PAZ: *Werden Sie sich weiter mit dem Thema Wolfskinder beschäftigen?*

Spatz: Es gäbe auf diesem Feld zahlreiche Möglichkeiten für weitere vielversprechende Forschungsvorhaben. Grundsätzlich fühle ich mich der Geschichte der „kleinen Leute“ verpflichtet, solchen Menschen, die nicht in der Lage waren, ihr Dasein in eigenen Memoiren oder auf andere Weise festzuhalten. Ihre häufig dramatischen Schicksale der Nachwelt zugänglich zu machen, das sehe ich als notwendige, anspruchsvolle und zeitlos gültige Aufgabe.

(siehe auch Seite 13)

Italiens Schlepperbekämpfung zeigt Wirkung

Immigranten über das Mittelmeer weichen vermehrt auf die Westroute über Spanien aus

Seit dem Hilfeschrei Italiens auf dem EU-Gipfel in Reval [Tallinn] – immerhin sind in den letzten drei Jahren fast 600 000 Asylsucher in Italien angelandet – und dem Inkrafttreten des neuen Verhaltenskodex für die in der Asylsucherhilfe engagierten privaten Nichtregierungsorganisationen (NRG) ist Bewegung in die verfahrene EU-Asylpolitik geraten. Italien hatte in einer bilateralen Abmachung mit der von der UNO anerkannten Regierung in Tripolis vereinbart, deren Seestreitkräfte bei der Schleuserbekämpfung in libyschen Hoheitsgewässern zu unterstützen. Dadurch kann die libysche Küstenwache jetzt sehr viel mehr Asylsucherboote kontrollieren und sie zur Rückkehr an die libysche Küste bewegen, bevor sie den gefährlichen Weg auf das offene Meer antreten, bei dem in diesem Jahr schon 3000 Asylsucher den Tod fanden. Die Folge davon war im Juli erstmals seit Jahren ein starker Rückgang der Übernahmen von Asylsuchern auf offener See und damit zusammenhängend ein starker Rückgang der Asylsucherzahlen in Italien. Frankreich hatte seinerseits in einer bilateralen Vereinbarung mit Libyen angekündigt, sogar Asylsucherlager auf libyschem Territorium zu errichten, ohne allerdings die Modalitäten dieses Vorhabens genau mitzuteilen.

Obwohl von den mehr als zehn privaten Nichtregierungsorganisationen, die auf dem Mittelmeer Asylsucher übernehmen, bislang nur vier den neuen italienischen Verhaltenskodex unterschrieben haben, ist die Anzahl der Übernahmen um die Hälfte zurückgegangen, weil weniger Boote die libysche Küste verlassen. Schiffe zweier privater Nichtregierungsorganisationen, darunter der deutsche Verein „Jugend Rettet“, wurden mittlerweile in Italien festgesetzt, bis sie den Kodex unterschreiben oder darauf verzichten, weiterhin die italienische Küste anzulaufen. Deutsche Medien hatten berichtet, dass „Jugend Rettet“ mehrmals Menschen direkt von Schleppern übernommen hätten, ohne dass eine Seenot vorgelegen hätte. „Jugend Rettet“ hatte sich auch geweigert, italienische Polizisten an Bord zu lassen und Schleuser unter den Asylsuchern dingfest zu machen. Nachdem die jahrelang geduldete Zusammenarbeit zwischen privaten „Seenotrettern“ und Schleppern jetzt vorbei sein dürfte, könnte die bislang offene zentrale Mittelmeerroute einer Schließung entgegengehen.



Einwanderung nach Europa über die westliche Mittelmeerroute: Asylsucher erreichen den Strand der südspanischen Stadt Cádiz Bild: pa

Die wieder zunehmende Zahl der über die Westmittelmeerroute nach Spanien gelangten Asylsucher, die jahrelang infolge der offenen Balkan- und zentralen Mittelmeerroute vergleichsweise gering gewesen war, könnte darauf hindeuten, dass sich die Schlepper bereits darauf eingestellt haben. Vor allem der Andrang auf die beiden spanischen Enklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, hat enorm zugenommen. An diesen einzigen Landgrenzen der EU in Afrika, haben es in den vergangenen Wochen Hunderte Asylsucher mit Gewalt und Unterstützung der marokkanischen Behörden geschafft, die Grenzkontrollen an den Übergangsstellen zu überwinden, indem sie einfach zu Hunderten gemeinsam auf die Grenzkontrollen losgegangen waren.

Ganz allgemein sind die Asylsucher gewalttätiger geworden, aber auch einfallsreicher. So versuchen jetzt von Marokko aus immer mehr Asylsucher, mittels Touristenboot oder Jet-Ski an die Küsten der Enklaven oder direkt des spanischen Festlandes zu gelangen.

Während Italien und Frankreich nun die Asylpolitik in die eigene Hand nehmen, fehlt ein solches Signal von dem ebenso überlasteten Griechenland. Es sei denn, man interpretiert als ein solches die geringe Versorgung von Asylsuchern in Griechenland. Diese wirkt derart abschreckend, dass laut einer Statistik der Internationalen Organisation für Migration (IOM) seit Anfang des Jahres bereits mehr als 10 000 Asylsucher Griechenland mit Abfindungen freiwillig verlassen haben. Es soll sich vor allem um Asylsucher aus Nordafrika, Pakistan und Bangladesch gehandelt haben, die keine Aussicht hatten, dass ihrem Asylantrag entsprochen wird. Seit Beginn des Jahres hat Griechenland sogar mehr alte Asylsucher zur freiwilligen Rückkehr bewegen können, als es neue angelockt hat. Deutschland ist von einem solchen Saldo meilenweit entfernt. *Bodo Bost*

Schnellstraße zum Dschihad

Ein aufwendiges Rastersystem soll vor Moslem-Terroristen schützen – Schon jetzt ist klar, dass es kaum nützt

Erkennen, beobachten, festnehmen und, wenn möglich, abschieben – so ist der Plan, um Moslem-Terroristen in Deutschland von weitere nBluttaten abzuhalten. Den Umgang mit den sogenannten Gefährdern sollen immer ausgefeiltere Methoden perfektionieren. Funktionieren wird diese Art, den Terror zu bekämpfen, trotzdem nicht.



Salafisten in Franfurt: Lässt sich ihr Fanatismus katalogisieren und kategorisieren? Bild: pa

„Ganz normale Jungen waren das.“ Maria Dolores Vilalta, im spanischen 10 000-Einwohner-Städtchen Ripoll für die Eingliederung von Immigranten zuständig. wiederholt diesen Satz wieder und wieder vor den zahllosen Journalisten, die sie umlagern. Das Medieninteresse ist riesig. In der katalanischen Kleinstadt wohnten acht der Attentäter von Barcelona und Cambrils. Niemandem war vorher etwas aufgefallen.

Ebenso wenig galt auch der Palästinenser Ahmed Alhaw (26) als Gefährder. Am 28. Juli stach er im Hamburger Stadtteil Barmbek in einem Supermarkt auf fünf Menschen ein und tötete einen von ihnen. Das Messer hatte er nicht mitgebracht, sondern sich einfach in der Abteilung mit Küchenzubehör gegriffen. Noch einige Zeit zuvor hatte er in einen Interview treuherzig seine religiöse Toleranz beteuert. In die Kamera eines Journalisten erklärt er: „Ich darf niemandem dazu zwingen, das zu glauben, was ich glaube.“ Dann verurteilt er die islamischen Attentate in Paris. Auf „Spiegel TV“ war der Messermörder bei seinem Auftritt als Vorzeige-Flüchtling just zu sehen.

Im Fall von Anis Amri, dem Lkw-Attentäter auf dem Berliner Breitscheidplatz, blieben ebenfalls alle Maßnahmen der Terrorbekämpfung wirkungslos. Nachdem er einem V-Mann seine Mordpläne anvertraut hatte, wurde sein Handy angezapft. Polizisten beschatteten ihn. Als sie nur kleine Drogengeschäfte registrierten, stellten sie die Überwachung ein. Keine konkrete Gefahr, so der Rückschluss.

Genau das ist das Problem: Fanatismus lässt sich nicht kategorisieren oder katalogisieren. Als plötzlicher Flächenbrand fackelt er durchs Bewusstsein und trieb Ahmed Alhaw dazu, auf Deutsche in einem Supermarkt einzustechen. Als Schwelbrand lodert er jahrelang unter einer Decke von Täuschung und Harmlosigkeit – bis die Nagel-Bomben konstruiert, der Kleinlaster angemietet und auf der Schnellstraße in Richtung Dschihad unterwegs ist.

> Die Zahl der Gefährder steigt. 40 Polizisten sind nötig, um einen einzigen zu bewachen

Alle diese Arten von Fanatismus verursacht ein bestimmtes Buch: Es hat 604 Seiten, die sich in 114 Abschnitte aufgliedern. Etliche dieser Suren predigen Mord und Totschlag gegen Andersgläubige. Manche nennen den Koran daher ein Manifest der Gewalt. Die Auseinandersetzung damit, wie nah fromme Koranglaubige unweigerlich dem terroristischen Denken kommen, ist ein Tabu in Deutschland. Stattdessen versucht man das Unmögliche: Potentielle islamische Terroristen sollen frühzeitig als Gefährder erkannt werden. Sind sie identifiziert, sollen sie beobachtet, kontrolliert und wenn möglich abgeschoben werden. Derzeit gibt es laut Bundeskriminalamt 690 Gefährder in Deutschland. Ihre Zahl steigt ständig. Ende Januar waren es noch 570. Viele rekrutieren sich aus dem Dunstkreis der Salafisten. Die ultrakonservative islamische Strömung findet unter Moslems regen Zulauf. Verfassungsschützer sprechen von einem ungebremsten Wachstum, 10 000 sollen sich derzeit in Deutschland für ihre (wortwörtliche) Auslegung des Korans stark machen.

Sie alle zu kontrollieren ist unmöglich. Allein wenn jeder Gefährder rund um die Uhr überwacht würde, wären 25 bis 40 Polizisten pro Person im Einsatz, insgesamt also bis zu 28 000 Mann. Dieser Aufwand sprengt jede Polizeibehörde. Daher soll jetzt ein Rastersystem helfen, die Tatendurstigsten unter den Mordlüsternen herauszufiltern. Es heißt Radar-iTE. Das steht für „Regelbasierte Analyse potenziell destruktiver Täter zur Einschätzung des akuten Risikos – islamischer Terrorismus“. Fallanalytiker, Staatsschützer und forensische Psychologen der Universität Konstanz haben es entwickelt. Es soll demnächst bundesweit eingeführt werden. Nach Radar-iTE beurteilte Personen werden einer dreistufigen Skala zugeordnet. Sie unterscheidet zwischen einem hohen, einem auffälligen und einem moderaten Risiko. Nach der Bewertung „wägt die sachbearbeitende Dienststelle die Handlungsoptionen ab und wählt anhand der festgestellten Risiko- und Schutzbereiche individuell passende Interventionsmaßnahmen im rechtlich zulässigen und tatsächlich möglichen Rahmen.“

Das klingt nach einem – im Beamtendeutsch – erzählten Märchen. Was, wenn ein Gefährder seinen göttlichen Auftrag, Ungläubige zu töten, so ernst nimmt, dass er für eine Weile einfach einmal vortäuscht, am Koran nur noch mäßig interessiert zu sein? Wird aus dem auffälligen Risiko dann irgendwann ein moderates, bis die Akte schließlich von der „sachbearbeitenden Dienststelle“ ganz beiseitegelegt wird?

Mittlerweile gibt es sogar ein deutschsprachiges Magazin, dass Nachwuchs-Dschihadisten wertvolle Tipps zum Austricksen der Gegenseite liefert. Es heißt „Kybernetiq“ und bietet in seiner ersten Ausgabe unter anderem den Artikel „Werde zum Albtraum der Geheimdienste“. Auch der Verfassungsschutz hat die Story gelesen. Eine Behörden-Sprecherin: „Es ist handwerklich sehr ordentlich gemacht. Erstmals werden hier die gängigen Verschlüsselungstricks an einer Stelle auf Deutsch gebündelt.“ Da „Kybernetiq“ nicht direkt zu Gewalttaten aufruft, kann das Magazin nicht verboten werden.

Frank Horns

MELDUNGEN

Waren und Menschen gleich

Hamburg – Eine Hamburger Edeka-Filiale hat ausländische Produkte aus ihren Regalen entfernt, um gegen „Rassismus“ zu protestieren. Stattdessen prangen dort jetzt Aufsteller mit Sprüchen wie „Dieses Regal ist ohne Vielfalt ziemlich langweilig.“ Tomaten aus Spanien, Käse aus vielen Ländern oder griechische Oliven wurden demonstrativ aussortiert. Die Filiale folgt damit der Strategie, die internationale Wanderung von Waren mit der ungehinderten Einwanderung von Menschen gleichzusetzen, die ebenso grenzenlos erlaubt sein müsse. Diese Gleichsetzung von Menschen mit ihrer gewachsenen Kultur, ihren Wurzeln und Eigenarten mit seelenlosen Waren wird von Kritikern jener Sichtweise als frivol und menschenverachtend verworfen. *H.H.*

Islamkritiker verurteilt

München – Der Islamkritiker Michael Stürzenberger ist vom Amtsgericht München zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt werden könnte, und zu 100 Sozialstunden verurteilt worden. Um einstige Berührungen von Islam und Nationalsozialismus zu illustrieren, hatte er ein historisches Foto veröffentlicht, das NS-Größen zusammen mit dem damaligen Mufti von Jerusalem zeigt. Da auf der Armbinde eines NS-Vertreters das Hakenkreuz zu sehen ist, sah die Richterin den Tatbestand „Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“ als erfüllt an. Das Zeigen des Bildes mit dem Mufti und dem Vertreter des NS-Regimes diene der Herabwürdigung des Islam, so die Richterin. Das dokumentarische Abbilden des Hakenkreuzes ist eigentlich erlaubt. Daher will Stürzenberger gegen das Urteil vorgehen. *H.H.*

70 Prozent sind besorgt

Juden fürchten Folgen der Masseneinwanderung nach Deutschland

Der überwiegende Teil der in Deutschland lebenden Juden nimmt Antisemitismus als großes Problem wahr und äußert sich eher pessimistisch über die Zukunftsaussichten des jüdischen Lebens in der Bundesrepublik. Dies geht aus einer Studie der Frankfurt University of Applied Sciences, der ehemaligen Fachhochschule Frankfurt am Main, und des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung mit dem Titel „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland“ hervor, die diesen Monat veröffentlicht wurde. Auftraggeber war der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages.

62 Prozent der gut 500 über das Internet befragten Personen jüdischen Glaubens gaben an, in den vergangenen zwölf Monaten Antisemitismus in Form „versteckter Andeutungen“ erlebt zu haben. 29 Prozent sind demnach beleidigt oder belästigt und drei Prozent körperlich angegriffen worden. 60 Prozent betonten, über ein Verlassen Deutschlands nachgedacht zu haben, weil sie sich als jüdische Person nicht mehr sicher fühlen würden. Allerdings sagten drei Viertel, sich in Deutschland wohlzufühlen.

Sorgen bereitet einer Mehrheit der Befragten die aktuelle Zuwanderung. 70 Prozent befürchten laut Angaben der Studienautoren, „dass der Antisemitismus in Deutschland zunehmen wird, weil viele Flüchtlinge antisemitisch eingestellt sind“. Mit 56 Prozent befürchtet mehr als die Hälfte vermehrt körperliche Angriffe auf jüdische Personen oder Einrichtungen aus diesem Personenkreis. In der Hoffnung, dadurch die Akzeptanz jüdischen Lebens zu erhöhen, wurde im Rahmen der Befragungen mehrfach der Wunsch nach einem besseren Austausch mit muslimischen Institutionen in Deutschland sowie einer erfolgreichen Integration der Asylsucher geäußert.

> »Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland«

Doch nicht nur antisemitische Einwanderer fürchteten Juden als Folge der jüngsten Einwanderungswelle, so die Studie, sondern auch sich ausgelöste gesellschaftliche Konflikte. Denn Antisemitismus sei stets das Resultat eines aufgeheizten gesellschaftlichen Klimas gewesen. In diesem Zusammenhang sehen die Befragten laut der Studie Wahlerfolge der Alternative für Deutschland kritisch.

In den Interviews kam eine große Vielfalt an Bewältigungsstrategien zum Vorschein. Viele Befragte sprachen davon, dass sie sich große Sorgen um ihre Zukunft in Deutschland machten und bei einer Zunahme des Antisemitismus nicht ausschlössen auszuwandern. Dabei schätzen viele Israel wegen seiner politischen Lage als gefährlichen Ort für die Auswanderung ein, auch wenn es für sie der einzige Ort auf der Welt sei, an dem sie vor Antisemitismus geschützt würden. Über den Judenstaat wünschen sich nahezu alle Befragten eine neutralere mediale Berichtserstattung.

„Der Antisemitismus ist ... nicht nur deshalb bewusst und präsent, weil Personen darunter leiden, sondern auch, weil Jüdinnen und Juden sich mit Antisemitismus beschäftigen“, heißt es in einem Fazit der Studie. Die Studienautoren kommen deshalb zu dem Schluss, dass sich sowohl der Staat als auch die Gesellschaft mit Antisemitismus auseinandersetzen müssen, und dieses unabhängig von Konjunkturen, die durch Erinnerungskulturen, besondere Gewaltereignisse oder dramatische Anstiege von Antisemitismus entstehen. *Peter Entinger*

Ärger wegen Schröder

Mitten im Wahlkampf distanziert die SPD sich vom Altkanzler

Noch vor Kurzem gaben sich Kanzlerkandidat Martin Schulz und Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder beim SPD-Bundesparteitag als ein Herz und eine Seele. Sollte doch die Popularität Schröders Schulz bei dessen Wahlkampf Schützenhilfe leisten. Aber spätestens seit bekannt ist, dass Schröder für einen Posten im Aufsichtsrat des russischen Ölkonzerns nominiert wurde und auch nicht willens ist, dieses lukrative Angebot auszuschlagen, ist es vorbei mit der Harmonie. Rosneft steht seit der Krimkrise von 2014 auf der Sanktionsliste der EU.

Seit Jahren wird Schröder wegen seiner Freundschaft mit Putin kritisiert. Unvergessen ist sein Ausspruch, Putin sei ein „lupenreiner Demokrat“. Weil Rosneft-Leiter Igor Setschin, Chef des größten Erdölproduzenten der Welt und eng mit Wladimir Putin verbandelt ist – es heißt, er sei der Einzige, von dem der Kremlchef sich etwas sagen ließe – und als zweitmächtigster Mann Russlands hinter Putin rangiert, steht Schröder nun unter starkem Beschuss.

In der SPD ist eine teils öffentlich geführte Debatte über Schröder entstanden, welche die Nervosität der Partei widerspiegelt. Das Engagement des Altkanzlers bei Rosneft wird für die SPD zur Belastungsprobe im Wahlkampf.

Zunächst äußerten sich die Kritiker, allen voran Martin Schulz. Auf Facebook schrieb er: „Ich würde das nicht tun. Für mich ist klar: Auch nach meiner Zeit als Bundeskanzler werde ich keine Jobs in der Privatwirtschaft annehmen.“ Zuvor hatte sich schon SPD-Generalsekretär Hubertus Heil vom Altkanzler distanziert. Der Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordnete Ulli Nissen twitterte, Schröder habe die Bodenhaftung vollständig verloren. Christoph Strässer (SPD), ehemaliger Menschenrechtsbeauftragter der Regierung, sagte gegenüber der „Welt“. Schröders Rosneft-Engagement müsse „jeden, der das Völkerrecht achte, verärgern“. Ablehnend äußerte sich auch Gesine Schwan, da Schröders Russlandverbindungen viele Angriffsflächen böten. Von Fassungslosigkeit und Entsetzen in Parteikreisen war allgemein die Rede.

Bild: imago

Noch „gut Freund“: Schröder und Schulz beim Bundesparteitag der SPD im Juni

Lediglich der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil und Michael Groschek, Vorsitzender der NRW-SPD, zeigten Verständnis. Sie sehen Schröder als wichtigsten Brükkenbauer zwischen Deutschland und Russland. Applaus kam auch vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Berufung eines deutschen Vertreters sei angesichts der Bedeutung von Rosneft für die deutsche Mineralölwirtschaft zu begrüßen. So sieht es auch Schröder selbst, der die Aufregung nicht versteht, da vor allem deutsche Arbeitnehmer bei Rosneft und die Gewerkschaften dran interessiert sein dürften, dass ein Deutscher an wichtiger Stelle mit dabei sei. *M. Rosenthal-Kappi*

Zeitzeugen

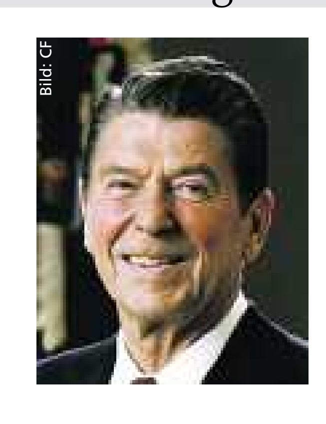


Bild: CF

Ronald Reagan – Der damalige US-Präsident initiierte 1983 die „Strategic Defense Initiative“ zum Aufbau einer umfassenden Raketenverteidigung aus Waffensystemen im Weltraum und auf der Erde. Zu SDI sollten auch Laserwaffen im Weltraum und auf Flugzeugen sowie von U-Booten abgefeuerte Abwehrraketen gehören. Unter seinen Nachfolgern wurde SDI aus Kostengründen nach und nach eingestellt.

Ursula von der Leyen – Die Verteidigungsministerin schob das gestoppte Vorhaben für ein neues Flug- und Raketenabwehrsystem „MEADS“ wieder an. Allerdings wird die Entscheidung erst 2018 fallen. „Wir kaufen nicht die Katze im Sack“, hieß es im Ministerium. „Wir wollen erst wissen, dass auf der anderen Seite ein potenter Generalunternehmer steht, der so ein Großprojekt auch dauerhaft managen und ins Ziel bringen kann.“



Bild: Imago

Stanislaw Petrow – Der Oberstleutnant der sowjetischen Luftverteidigungsstreitkräfte war am 26. September 1983 leitender Offizier in der Zentrale der sowjetischen Satelliten-Überwachung. Er interpretierte gemeldete Raketenstarts in den USA als Fehlalarm und verhinderte so einen Atomkrieg. Der Vorfall zeigte die Anfälligkeit von Frühwarnsystemen auf. Publik wurde er erst über zehn Jahre später nach dem Ende der Sowjetunion.

George W. Bush – Als US-Präsident kündigte er den ABM-Vertrag mit Russland. Er intensivierte die bereits unter seinem Vorgänger Bill Clinton begonnenen Arbeiten an einer „National Missile Defense“ zur Verteidigung der USA und ihrer Verbündeten. Allerdings besteht der Schutz für Europa bisher aus einem einzigen US-Raketenkreuzer im Mittelmeer. In den USA existieren zwei Stellungen zur strategischen Raketenabwehr.



Bild: CF

Kim Jong-un – Der Diktator Nordkoreas setzte das Raketenprogramm seines Vaters fort. Jüngst reagierte er aggressiv auf internationale Sanktionen gegen Raketentests, zuletzt im Juli mit dem Start zweier Langstreckenraketen. Das Gros des nordkoreanischen Militärs ist technisch rückständig. Experten schätzen, dass es ein Dutzend Atombomben geringer Sprengkraft hat, aber auch zwischen 2500 und 5000 Tonnen Chemiewaffen.

Auf die Taktik beschränkt

Noch gibt es kein strategisches Raketenabwehrsystem

Die Drohungen Nordkoreas mit Interkontinentalraketen, welche die USA erreichen können, und einem Raketenangriff auf die zu den USA gehörende Pazifikinsel Guam verleihen speziell der Abwehr nuklear bestückter ballistischer Raketen eine neue Aktualität.

Nordkorea verfügt über rund 1000 ballistische Raketen, die meisten davon Kurzstreckenwaffen, die Südkorea oder Japan erreichen können. Das Land hat Interkontinentalraketen getestet, aber wohl keine einsatzbereiten Flugkörper.

Bei den Abwehrsystemen muss man zwischen strategischen und taktischen Systemen unterscheiden. Kein Land auf der Welt verfügt über ein vollständiges strategisches Abwehrnetz. Es würde Frühwarnsatelliten und Waffensysteme im erdnahen Weltraum erfordern. Bisher haben nur die USA versucht, etwas Derartiges zu entwickeln. Dabei stellten Wissenschaftler fest, dass es sich kaum realisieren und mit vergleichsweise billigen Gegenmaßnahmen stören lässt.

Ballistische Raketen haben elektronische Störsysteme an Bord, die ihre Erfassung durch Radar behindern. Optische Sensoren auf Satelliten lassen sich durch Laser am Boden oder auf Flugzeugen blenden. Die Laserwaffen, welche die USA planten, lassen sich neutralisieren, indem man Raketen mit spiegelnden, polierten Oberflächen versieht und während des Fluges in Längsachse rotieren lässt. Der Laser wirkt dann nicht lange genug auf eine einzelne Rumpfpartie, um die Rakete zu beschädigen. Hinzu kommt, dass sich das System mit Hunderten von Raketenstarts so weit sättigen ließe, dass es Ziele nicht mehr effektiv bekämpfen kann.

Neue Aktualität durch die Drohungen Kim Jong-uns

Zurzeit dominieren deshalb taktische Raketenabwehrwaffen. Die US-Streitkräfte stützen sich dabei auf zwei Waffensysteme. Die Raytheon RIM-170 „Patriot“ machte erstmals im Golfkrieg von 1991 von sich reden. Die neueste Version kann von tieffliegenden Flugkörpern bis hin zu ballistischen Raketen alles bekämpfen. „Patriots“ sind auch bei vielen US-Verbündeten im Einsatz, so etwa in Japan und in Südkorea, aber auch bei der Bundeswehr. Das zweite sind schiffsgestützte Lenkwaffen vom Typ „Standard SM-3“, die sogar Satelliten in über 200 Kilometer Höhe treffen können.

Alle Kreuzer und Zerstörer der United States Navy sind mit „Standard“-Raketen bewaffnet. Gesteuert werden die Lenkwaffen vom „Aegis“-Radar, das rund 100 Ziele gleichzeitig verfolgen kann und eine Reichweite von 190 Kilometern hat. Diese Kombination findet sich auch auf japanischen und südkoreanischen Zerstörern. Auf den deutschen Flugabwehr-Fregatten der Klasse 124 ist ein ähnliches europäisches System installiert. „Patriot“ sowie die „SM-3“/“Aegis“-Kombination bieten den USA, Japan und Südkorea eine wirksame Verteidigung gegen nordkoreanische Raketenangriffe.

Russlands Luftwaffe und Armee verfügt über gut ausgerüstete Flugabwehrtruppen. Die Luftwaffe unterhält ein strategisches Abwehrnetz im Raum Moskau. Hinzu kommen dem „Patriot“-System vergleichbare mobile Systeme S-300 und S-400 zur Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen, die auch bei der Armee im Einsatz sind. Einzelne Versionen eignen sich auch zur strategischen Raketenabwehr. Die maritime Variante der S-300 ist zwar auf dem großen Raketenkreuzer „Peter der Große“ installiert, aber sonst auf keinem anderen Schiff der Flotte.

Israel hat nach den Erfahrungen des ersten Golfkrieges das „Arrow“-System zur Raketenabwehr entwickelt. Weltweit einzigartig ist die „Eiserne Kuppel“, ein Verteidigungssystem zur Abwehr von Artillerieraketen, Granaten und Mörsergeschossen.

Indien arbeitet an einer eigenen strategischen Raketenabwehr. Zudem hat es wie China importierte russische Systeme im Einsatz. Die Raketenmacht Nordkorea hat nichts dergleichen.

Friedrich List



Inzwischen auch im ostpreußischen Mohrungen stationiert: Das Mittelstrecken-Flugabwehrraketen-System „Patriot“ Bild: Imago

Wird »MEADS« Nachfolger der »Patriot«?

Die Bundeswehr verfügt zurzeit nur über ein einziges Waffensystem, das ballistische Raketen bekämpfen kann. Dabei handelt es sich um das von der Luftwaffe genutzte „Patriot“-System. Die Raytheon RIM-170 „Patriot“ wurde 1982 von den US-Streitkräften eingeführt und ersetzte ältere Raketen wie die „Hawk“ und die „Nike Herkules“. Die Bundeswehr führte das System ab 1989 ein.

Die ersten Versionen waren allerdings nur bedingt zur Raketenabwehr geeignet. Die älteren PAC-2-Flugkörper fliegen der sich nähernden Rakete entgegen, bis der Annäherungszünder anspricht. Das Ziel wird dann durch eine Art Schrotladung zerstört. Inzwischen verfügt die Bundeswehr auch über die verbesserte Variante PAC-3, die eine ballistische Rakete auch durch einen direkten Treffer zerstören kann. Eine „Patriot“-Batterie der Luftwaffe besteht aus rund 90 Soldaten und fast zwei Dutzend Fahrzeugen, darunter Sattelschlepper mit

Entscheidung nach der Bundestagswahl

Raketenstartern, Transportfahrzeugen, auf Lastern beweglichen Radars, Stromgeneratoren und einem ebenfalls mobilen Feuerleitstand.

„Patriot“ soll in den nächsten Jahren durch das europäische System „MEADS“ ersetzt werden. Die Abkürzung steht für „Medium Extended Air Defense System“, übersetzt etwa „mittleres Luftabwehrsystem“. Die Entwicklung begann 2001, damals als Vorhaben von Deutschland, den USA, Frankreich und Italien. „MEADS“ soll sowohl Ziele in Bodennähe als auch in großer Höhe bekämpfen können. Frankreich verließ das Programm frühzeitig wieder. 2011 sah es so aus, als würde Deutschland „MEADS“ doch nicht kaufen, und die USA beendeten ihre Beteiligung 2014. Nach der Ukraine-Krise 2015 wurde die Arbeit wiederaufgenommen. Nun soll „MEADS“ die deutschen „Patriots“ ab 2025 ersetzen. Eine endgültige Entscheidung soll jedoch erst nach der Bundestagswahl fallen.

F.L.

Schlechter als ihr Ruf

Der erste Irakkrieg machte die »Patriot« berühmt

Gegen die ersten ballistischen Raketen gab es keine Abwehr. Als dann nuklear bestückte Langstreckenraketen in Dienst gestellt wurden, suchten die Wissenschaftler in Ost und West nach geeigneten Abwehrmitteln. In den 1960er Jahren entwickelten die USA und die Sowjetunion spezielle Raketensysteme zur Abwehr anfliegender Atomraketen, also eine strategische Raketenabwehr.

Ab 1963 schützten vier Stellungen die Hauptstadt Moskau, einige Jahre später folgte ein zweites System um den Eismeerhafen Murmansk. Die USA entwickelten zwei verschiedene Systeme, die aber nie einsatzbereit waren. 1972 einigten sich die beiden Supermächte im sogenannten ABM-Vertrag, auf strategische Abwehr zu verzichten. Beide Seiten durften je ein System mit maximal 100 Flugkörpern behalten. Also behielt die Sowjetunion ihre Abwehrraketen in Dienst und modernisierte sie sogar.

In den 1980er Jahren legte der damalige US-Präsident Ronald Reagan die sogenannte Strategic Defense Initiative auf, ein großangelegtes Programm zur Entwicklung einer mehrstufigen Abwehr am Boden und im Weltraum. Sowohl bodengestützte Abfangraketen als auch mit Laserwaffen und Raketen bestückte Satelliten sollten einen massiven sowjetischen Atomschlag aufhalten. Allerdings erwies sich dieses Programm als so komplex und teuer, dass es von Reagans Nachfolgern nach und nach eingestellt wurde.

Die USA traten 2002 einseitig vom ABM-Vertrag zurück

Die Entwicklung taktischer Abwehrsysteme ging dagegen weiter. Hier war das Ziel, Flugabwehrsysteme zum Schutz von Truppenverbänden oder Schiffen zu entwickeln, die auch Lenkwaffen abfangen konnten. Deren Potenzial zeigte sich während des Irakkrieges von 1991. Damals schossen in Saudi-Arabien und Israel stationierte „Patriot“-Raketen der US-Streitkräfte zahlreiche irakische Raketen des sowjetischen „Scud“-Typs ab.

Allerdings waren die Erfolge der „Patriots“ längst nicht so beeindruckend wie zunächst angenommen. Effektiver war die Kampagne der verbündeten Luftstreitkräfte zur Jagd auf die mobilen „Scud“-Startrampen in der irakischen Wüste.

F.L.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Die Helfer rufen um Hilfe

Berlin: Lage an der Bahnhofsmission am Zoo spitzt sich immer mehr zu – Gewalt eskaliert



Furcht vor Übergriffen wächst: Dieter Puhl, Leiter der Bahnhofsmission am Berliner Zoo

Bild: Imago

Im Schatten der grassierenden Asylkrise ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Obdachlosen auf Berlins Straßen massiv angestiegen. Zu spüren bekommt dies insbesondere Bahnhofsmission am Zoologischen Garten. Dort kommt es immer öfter zu gewaltsamen Auseinandersetzungen unter den Obdachlosen und zu Übergriffen auf Helfer.

Zuletzt war Anfang August ein Streit zwischen mehreren Obdachlosen um ein gespendetes Kleidungsstück massiv eskaliert. Dieter Puhl, Leiter der Hilfseinrichtung in der Jebensstraße, beschrieb auf Facebook, wie sich die Lage im Laufe des Abends zuspitzte: „... ab 21.15 Uhr flogen vor unserer Tür die Fäuste und Flaschen, Messer wurden gezückt, es brodelte wohl etwas Wahnsinn kombiniert mit fünf Promille, leider bei vielen.“

Nachdem sogar Steine und Flaschen geworfen und ehrenamtliche Helfer bedroht wurden, musste die Polizei mit 25 Beamten anrücken, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bekommen. Im Zeitraum von zwei Monaten ereigneten sich in der von der Berliner Stadtmission betriebenen Hilfseinrichtung bereits zwei ähnlich schwere Gewaltvorfälle.

Hauptamtliche Mitarbeiter und ehrenamtliche Helfer der Bahnhofsmission haben mittlerweile Furcht vor weiteren Übergriffen. Die Polizei zeigt nun Dauerpräsenz in der Jebensstraße. Die Mission gibt das Essen erst einmal nicht mehr in den eigenen Räumen aus. Die Mitarbeiter reichen es nun den Obdachlosen aus dem Fenster hinaus. „Die Maßnahme soll eine Signalwirkung haben“, so Dieter Puhl.

Eine Sprecherin der Berliner Stadtmission erklärte, dass sich die Hilfseinrichtung am Bahnhof Zoo zunehmend an der Grenze der Belastbarkeit sieht. Nach Angaben der Stadtmission ist die Zahl der Hilfesuchenden pro Tag auf 700 angewachsen, viele der Obdachlosen hätten schwere Alkoholprobleme. Puhl macht auch auf finanzielle Probleme der Hilfseinrichtung aufmerksam: „Wir sind mit etwa 200 000 Euro jährlich unterfinanziert.“ Nach Angaben des Missionsleiters ist der Betrag seit Jahren nicht angehoben worden, während der Bedarf deutlich gestiegen sei.

Gedeckt wird das fehlende Geld bislang mit Spenden. Speziell die Deutsche Bahn engagiert sich in Berlin sehr stark bei der Hilfe für Obdachlose. Der Konzern hat im Bahnhof für mehrere hunderttausend Euro vor einiger Zeit ein Hygienezentrum eingerichtet. Bedürftige können dort Toiletten und Duschen nutzen. Für Obdachlose stehen zudem Waschmaschinen und Trockner bereit, um Kleidung und Schlafsäcke zu reinigen. Hunderte Bahnmitarbeiter helfen zudem jedes Jahr ehrenamtlich in der Bahnhofsmission mit.

Trotz solcher Hilfe von Firmen, Privatpersonen und Hilfseinrichtungen besteht weiterhin ein großes Manko: Helfer schätzen die Lage so ein, dass kein Obdachloser in Berlin hungern muss, allerdings stünden selbst im Winter viel zu wenige Schlafstellen in Notunterkünften zur Verfügung. Der Berliner Senat hat sein Engagement für Obdachlose in den letzten Jahren zwar ausgebaut, allerdings ist der Bedarf noch schneller gewachsen, vor allem ist kein schlüssiges Gesamtkonzept zur Betreuung der Obdachlosen erkennbar.

Zahl der Hilfesuchenden steigt stark an

So kann die Zahl der Menschen, die auf Berlins Straßen leben, bislang nur geschätzt werden. Der Senat selbst führt keine Statistik über die Menge der Betroffenen. Die Einführung einer „Wohnungslosenstatistik“ ist erst für die laufende Legislaturperiode angekündigt. Schätzungen gingen für Berlin bislang von 2000 Obdachlosen im Jahr 2010 aus.

Das ist lange her: Mittlerweile taxieren selbst niedrige Schätzungen die Zahl der Wohnungslosen auf mittlerweile 3000, genannt werden aber auch Zahlen im Bereich von 8000 bis zu 10 000 Personen. Passen muss der Senat nicht nur bei Auskünften über die Menge der Obdachlosen insgesamt, auch offizielle Zahlen zu den Herkunftsländern liegen nicht vor.

Leiter einzelner Hilfseinrichtungen haben daher auf eigene Faust Obdachlose befragt, um sich ein Bild zu verschaffen. Im Fall einer Berliner Notunterkunft ergaben die erhaltenen Daten, dass rund die Hälfte der Hilfesuchenden aus Osteuropa und dem Baltikum stammt. Selbst vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens ein Viertel aller Obdachlosen in Berlin aus Polen, Bulgarien, Rumänien oder anderen Ländern Ost- und Südosteuropas stammt.

Eine Rolle spielt dabei, dass Berlin seit der EU-Osterweiterung auf viele Osteuropäer wie ein Magnet wirkt, der ein besseres Leben verspricht. Scheitern die Hoffnungen auf Arbeit und Auskommen aber, führt dies in einem Teil der Fälle zur Obdachlosigkeit. Darüber hinaus gibt es offenbar auch eine erhebliche Zahl von Personen, die beispielsweise bereits in Polen obdachlos waren und in der Hoffnung auf bessere Notunterkünfte nach Berlin gekommen sind.

Weder Politik noch Medien thematisieren im Zusammenhang mit diesem Personenkreis ein Vorgehen, das eigentlich naheliegend scheint: Das Einbinden der Herkunftsstaaten in die Betreuung ihrer in Berlin gestrandeten Staatsbürger. *Norman Hanert*

Instrumentalisiertes Gedenken

Von Vera Lengsfeld

Es war ein Sonntag, als vor 56 Jahren die Grenze zu den Berliner Westsektoren abgeriegelt und eine Mauer gebaut wurde. Damit wurden mit einem Schlag Familien, Freunde und Arbeitskollegen getrennt. Bis zum Schluss hatten sich die Berliner nicht vorstellen können, dass die Lebensadern ihrer Stadt zerschnitten werden würden. Sie standen hilflos zu Hunderten diesseits und jenseits der wachsenden Mauer und winkten sich zu, solange sie sich noch sehen konnten.

Besonders dramatische Szenen spielten sich in der Bernauer Straße ab, wo die Wohnhäuser zum Osten gehörten, der Gehsteig davor aber zu West-Berlin. Die Bilder, dass sich Menschen aus den oberen Stockwerken abseilten oder in die Rettungstücher der Feuerwehr sprangen, gingen um die Welt.

Heute ist hier die Mauergedenkstätte. Es war, wie fast alles in Berlin, ein harter Kampf, ehe sie verwirklicht werden konnte. Die damalige PDS-Stadträtin gab die Anweisung, die ehemaligen Grenzanlagen abzureißen, ein evangelischer Pfarrer entdeckte Kriegsgräber auf dem Todesstreifen, auf denen keine Gedenkstätte errichtet werden dürfte. Schließlich wurde sie doch verwirklicht, auch wenn die bereits niedergerissenen Mauerteile durch eine Reihe Eisenstäbe ersetzt werden mussten, weil der Denkmalsschutz eine Wiedererrichtung verbot.

Die Bernauer Straße ist eine Touristenattraktion. Die Besucher staunten am Sonntag, dem 13. August, nicht schlecht, als vor der Versöhnungskapelle, die anstelle der von der DDR gesprengten Kirche errichtet worden ist, plötzlich Staatskarossen vorfuhren und sich der Platz mit Sicherheitsleuten füllte. Die Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU), der Kultursenator von Berlin, Klaus Lederer, und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (beide Linkspartei) waren zur Gedenkfeier für die Maueropfer angereist.

Deren langjähriges Konzept besteht darin, an einen bestimmten Menschen zu erinnern, der an der Mauer ermordet wurde. Diesmal war es der Pole Czeslaw Kukuczka, dessen Schicksal erst jüngst bekannt wurde.

Es wäre ein würdiges Gedenken gewesen, wenn Pfarrer Jeutner bei seiner Begrüßung die Mauer nicht mit dem israelisch-palästinensischen Grenzzaun verglichen hätte. Wer eine Mauer, mit der ein Staat Menschen einkerkerte und erschoss, wenn sie fliehen wollten, gleichsetzt mit einem Zaun, der das Eindringen von Terroristen erschweren soll, instrumentalisiert die Mauertoten dem Zeitgeist zuliebe.

»Sorry, no German!«

Berliner Szenelokale schaffen Deutsch ab – CDU-Mann genervt

Der CDU-Bundespolitiker Jens Spahn hat es wieder in die Schlagzeilen geschafft. Das neue Aushängeschild der Konservativen und Merkel-Kritiker in der Union hatte in einem Interview beanstandet, dass in einigen Innenstadtlokalen in Berlin ausschließlich Englisch gesprochen werde. „Mir geht es zunehmend auf den Zwirn, dass in manchen Berliner Restaurants die Bedienung nur Englisch spricht ... Auf so eine Schnapsidee käme in Paris sicher niemand.“

Spahns Zorn richtet sich nicht gegen Kellner, die außer der deutschen Sprache zusätzlich eine andere sprechen, sondern gegen den in manchen „Szenelokalen“ ausgeübten Zwang, ausschließlich auf Englisch zu bestellen. Das englischsprachige Stadtmagazin „Exberliner“ schrieb schon vor Jahren: „Sorry, no German!“ Selbst vom linksliberalen Berliner „Tagesspiegel“ kam Kritik: „Liebe Kellner, euer Englisch nervt!“

SPD-Bundesgeschäftsführerin Juliane Seifert widerspricht Spahn: „I'm feeling so sorry for him. Poor guy“ („Er tut mir so leid, armer Kerl!“). Auch der FDP-Chef von Rheinland-Pfalz, Volker Wissing, keilt gegen den CDU-Politiker: „Und wie viele Kellnerinnen und Kellner wohl von Jens Spahn genervt sind???“

»Den Gebrauch der deutschen Sprache sollten wir erwarten«

Spahn bleibt dabei: „Das (gemeint: den Gebrauch der deutschen Sprache) sollten und dürfen wir von jedem Zuwanderer erwarten.“ Es ist nicht das erste Mal, dass das CDU-Präsidiumsmit ähnlichen Themen Präsenz in den Medien aneckt. So erklärte Spahn unlängst: „Im Übrigen ist auch nicht jede kulturelle Verschiedenheit per se eine Bereicherung. Ich muss die zunehmende Zahl an Kopftüchern auf unseren Straßen ertragen, als Bereicherung empfinde ich sie allerdings nicht.“

Der Staatssekretär im Finanzministerium ist allerdings nicht durchweg so scharf konservativ profiliert. Er plädierte angesichts einer fraglichen schwarz-gelben Mehrheit nach der nächsten Bundestagswahl für ein sogenanntes Jamaika-Bündnis unter Einschluss der Grünen. „Wenn es rechnerisch diese Mehrheit gibt, sollte sie genutzt werden.“

Kritiker mutmaßen daher, Spahn ziehe die patriotische Karte nur wegen des Wahlkampfes, ohne ernsthafte politische Anliegen zu verfolgen. Generell, so Spahn, könne das Zusammenleben in Deutschland nur gelingen, wenn alle auch Deutsch sprechen. Das kann man als Kritik an der Kanzlerin verstehen – muss man aber nicht. *Hans Lody*

Polizei blutet aus

Es gibt nicht genügend geeignete Bewerber

Die Berliner Polizei hat Probleme, genügend geeignete Nachwuchs-Bewerber zu finden. Gesucht werden zum ersten Quartal 2018 rund 600 Aspiranten für den mittleren und gehobenen Dienst bei der Schutzpolizei und im gehobenen Dienst der Kriminalpolizei. Zwar bewerben sich genügend junge Frauen und Männer auf diese Ausbildungsplätze, viele müssen aber als ungeeignet abgewiesen werden.

Manche Bewerber sind in ungenügender körperlicher Verfassung, andere verfügen nicht einmal über ausreichende Rechtschreibkenntnisse. Während etwa in Bremen keine körperlichen Größenbeschränkungen gelten, wird in Berlin eine Mindestgröße von 1,60 Meter gefordert. Unlängst beschäftigten sich die Medien mit der abgewiesenen Bewerbung einer nur 1,54 Meter großen Frau, die dagegen vor Gericht gezogen ist.

Neben dem geringen gesellschaftlichen Ansehen – verursacht durch negative Berichterstattung in den meisten Medien – ist eine im Bundesvergleich schlechte Besoldung in Berlin einer der Gründe für die geringen Bewerberzahlen.

Frist schon zweimal verlängert

Auch das führe dazu, dass viele Beamte einer Nebentätigkeit nachgehen, lautet die Kritik. Von den 16 781 Beamten der Berliner Polizei gingen 1200 einer Nebentätigkeit nach. Die Gewerkschaft der Polizei warnte in diesem Zusammenhang vor einer „Billig-Polizei“.

Eigentlich endete die Bewerbungsfrist am 31. Juli. Sie wurde zunächst um zwei Wochen und nun noch einmal bis Ende August verlängert. Möglicherweise werden die Anforderungen noch einmal gesenkt. *H.L.*

Neiße: Steine gegen Autodiebe

Der Landkreis Spree-Neiße hat sich entschlossen, die Neißetalbrücke bei Forst mit zwei großen Findlingen für überbreite Kraftfahrzeuge unpassierbar zu machen. Die Brücke in der Niederlausitz war erst im September 2008 eröffnet worden und verbindet die Gemeinde Neiße-Malxetal mit dem östlich der Neiße gelegenen Gemeinde Triebel [Trzebiel]. Seit der Eröffnung sollen Kriminelle die Brücke häufig zum Abtransport von gestohlenen Autos, Land- und Baumaschinen Richtung Polen genutzt haben. Sie wurde daher bereits gesperrt. Kriminellen gelang es jedoch, die absenkbaren Poller zu überwinden. „Mit Akkuwinkelschleifern oder roher Gewalt zerstörten die Diebe die Sicherungen oder den inneren Mechanismus der Poller“, so ein Vertreter der Straßenbaubehörde gegenüber der „Lausitzer Rundschau“. Radfahrer, Fußgänger und in Notfällen auch Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge sollen die Brücke über die Neiße weiterhin passieren können. *N.H.*

MELDUNGEN

»Express«: Kim für Flucht bereit

Pjöngjang – Um nicht Opfer eines Krieges mit den USA zu werden, hat Nordkoreas Diktator Kim Jong-un möglicherweise vorgesorgt. Wie der britische „Express“ berichtet, lässt der kommunistische Führer dauerhaft zwei kleine Flugzeuge vollgetankt bereithalten, um sich notfalls rasch ins benachbarte China ausfliegen zu lassen. Verraten hat das laut dem Londoner Blatt der frühere Vize-Botschafter Nordkoreas in Großbritannien, Thae Jong-ho. Thae habe einst zum engsten Zirkel des Diktators gehört, bis er sich vergangenes Jahr entschloss, in den Westen überzulaufen und seine Geheimnisse mit dem britischen und dem US-Geheimdienst zu teilen. Offen bleibt, wie Peking zu den Fluchtplänen steht. *H.H.*

Dänemark gegen Islamschulen

Kopenhagen – Islamische Freischulen in Dänemark stehen unter dem Verdacht, die Hisbollah zu verherrlichen und Dschihad-Papiere zu vervielfältigen. Nachdem die Tageszeitung „Berlingske“ diese Missstände öffentlich gemacht hat, hat nun die zuständige Unterrichtsministerin Merete Riisager (Liberal Alliance) reagiert: „Islamische Freischulen, die die Anforderungen nicht erfüllen, sich nicht an Gesetze halten und nicht zu Freiheit und Demokratie erziehen, werden geschlossen.“ Riisager kritisiert, dass die Vorwürfe teilweise zehn Jahre alt seien und in der Vergangenheit nichts unternommen wurde. „Die Lehrer berichten von Zuständen, die bis zu zehn Jahre zurückliegen. Es ist schrecklich zu hören, dass es über so lange Jahre fragwürdige Zustände gab.“ Die Ministerin kündigte an, nunmehr unangemeldete Kontrollbesuche machen zu wollen. *Hans Lody*

Goldmine im Pulverdampf versteckt

Kritiker werfen Washington die hemmungslose Ausbeutung der afghanischen Bodenschätze vor

Wollen die USA den Krieg in Afghanistan überhaupt noch gewinnen? Informierte Kreise sagen „nein“: In Wahrheit komme Washington die chaotische Lage sehr entgegen, um in dem Durcheinander ungestört die Rohstoffe des Landes ausbeuten zu können. Die strenge Aufsicht eines stabilen Staates würde da nur stören.

Von den vielen militärischen Konflikten, in welche die USA verwickelt sind, fallen zwei aus dem Rahmen: Da ist zum einen das Austauschen von Drohgebärden gegenüber Nordkorea, was aber noch keinen militärischen Konflikt darstellt; das andere ist der Krieg in Afghanistan, der im 16. Jahre anhält und so derjenige ist, der die USA und gezwungenermaßen auch zahlreiche Verbündete am längsten fesselt und in dieser Weise die Aussichtslosigkeit des Versuches dokumentiert, politische Fragen mit Bomben zu regeln.

Tatsächlich ist für Washington die Präsenz in Afghanistan ein unverzichtbarer geostrategischer Vorteil, denn das Land stellt in der Kette von Staaten, die um Russland und China liegen und in denen die USA Militärbasen errichtet haben, ein wichtiges Glied dar. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Neben dem kriegerischen haben die USA auch noch ein wirtschaftliches Interesse an Afghanistan, und auch das ist nicht unerheblich.

Dort nämlich gibt es einen großen Reichtum an Bodenschätzen, der nicht allein Erdgas und Erdöl umfasst, sondern auch Kobalt, Gold, Lithium, Kupfer und Molybdän. Vor Kurzem schrieb die „New York Times“, diese Vorkommen an Seltenen Erden und anderen Metallen könnten Afghanistan zum weltgrößten Exporteur von Rohstoffen machen.

Damit wäre das Quasi-Monopol der Chinesen auf Seltene Erden gebrochen – ein Nebeneffekt, den die USA sowohl im Bereich Wirtschaft als auch unter „Militärische Belange“ verbuchen dürften. Jedenfalls werden die bislang entdeckten Vorkommen auf einen Wert von über 800 Milliarden Euro geschätzt. Eine wichtige Rolle spielt natürlich auch das Uran, das ebenfalls vorkommt, und dessen sich die USA auch schon systematisch angenommen haben. So sind US-Truppen bereits seit mehr als zehn Jahren in der südlichen Provinz Helmand stationiert und beuten dort Uranlager aus. Die Förderung wird mit Militärmaschinen außer Landes gebracht.

Naim Samim, eigentlich Chef der afghanischen Organisation für Bergwerke und Bodenschätze der Provinz, erklärt: „Derzeit ist dieses Territorium in den Händen des Gegners. Wir können auf dieses Revier nicht gelangen. Gerüchten zufolge fördern dort die Amerikaner und Briten Uran. Die USA betreiben im Raum von Garmsir einen Flughafen, von wo einigen Angaben zufolge Uran in die USA befördert wird.“

Abgeordnete des Provinz-Parlaments, der Wolesi Dschirga, die sich allerdings aus Vorsicht bedeckt halten, beteuern, es sei kein Zufall, dass die USA und Großbritannien ihre Stützpunkte in Helmand eingenommen hätten. Denn im dortigen Distrikt Khanashin lägen die allergrößten Uranreserven von ganz Afghanistan. Auch die Abgeordneten sprechen von Hinweisen, dass die Ausbeute mit US-Maschinen außer Landes geschmuggelt werde.

> Seit die NATO im Land ist, hat sich die Anbaufläche von Mohn für die Opiumproduktion verdoppelt

Eine wichtige Rolle spielt auch der Anbau von Schlafmohn, der Ausgangsdroge für Opium, Morphine und Heroin. Seit der Iran-Contra-Affäre in den 80er Jahren weiß die Welt, dass der US-Geheimdienst CIA seine Finger auch im internationalen Drogen-Handel stecken hat. Darauf deuten Indizien auch in Afghanistan hin. Seit die NATO in Afghanistan einmarschiert ist, hat sich die Anbaufläche für Mohn von 123 000 auf fast 250 000 Hektar verdoppelt, ein Gebiet so groß wie das Saarland. Diese Flächen liegen ganz überwiegend in den von den USA kontrollierten Regionen.

Im Netz kursieren Foto-Dokumente, die zeigen, wie bewaffnete US-Soldaten Mohnfelder bewachen. Der frühere US-Präsidentschaftskandidat und Kongressabgeordnete Ron Paul sagt vom Drogenschmuggel und der CIA, jener sei „eine Goldmine für Leute, die in der Untergrundregierung (dem Geheimdienst) Geld aufbringen wollen, um Projekte zu finanzieren, wenn sie dies auf legale Weise nicht können“.

Unter solchen Umständen erscheint die militärische Strategie in Afghanistan in neuem Licht: Es kann gar nicht die Absicht der USA sein, die Taliban zu besiegen, sodass eine wie immer geartete Regierung in Kabul über das Land herrschen könnte. Denn eine solche Regierung würde sich dagegen wehren, dass die USA das Land einfach ausrauben. Diese benötigen also die Taliban als Vorwand für ihre Präsenz im Lande, aber jene dürfen natürlich auch nicht zu stark werden, weil sie dann – Gott behüte – die mineralogischen Übungen der USA behindern könnten.

Nun zeigt die Geschichte des Kolonialismus, dass dieser für Staaten, die ihn treiben, ein Zuschussgeschäft ist – der Aufwand, den der Staat trägt, ist zu hoch, die Rendite geht an Privat. Dasselbe gilt für den NATO-Krieg in Afghanistan, trotz aller Bodenschätze und Opium-Ballen. Gewinn machen bei Kolonien wie in Afghanistan private Unternehmen, die den Staat die Lasten tragen lassen, während sie selbst abkassieren.

Der frühere US-Finanzminister und Publizist Paul Graig Roberts sagt mit Blick auf den militärisch-industriellen Komplex in den USA: „Für diesen Verbund privater und mächtiger Interessensgruppen hat der Krieg eine Rendite.“ Washington diene „dem militärisch-industriellen Komplex; die US-Demokratie ist eine Lüge, ein Betrug, ein Imitat.“ *Florian Stumfall*



Sisyhos am Hindukusch: Afghanische Polizeibeamte zerstören ein Opiumfeld Bild: Imago

Irisches Zigeuner-Pendant

Nach NRW hat der Zug der Traveller nun Hessen erreicht

Sie selbst nennen sich „Traveller“, also Reisende, wegen des irisch-keltischen Ursprungs gerne mit einem Irish davor. Abwertend werden sie „Tinker“ oder auch „Pavee“ gerufen. In Irland wird der Begriff Itinerants (Umherziehende, Wandernde) verwendet. In Australien werden sie als „Sundowners“ bezeichnet, gemäß der romantischen Vorstellung, dass sie ihr Lager aufschlagen würden, wo die Sonne untergeht. Die Rede ist von den ursprünglich aus Irland stammenden, aber auch in angelsächsischen Ländern wie Großbritannien, den USA, Kanada und Australien lebenden Landfahrern, die traditionell im Sommer auch durch Deutschland touren. Nachdem sie in den vergangenen Wochen einige Städte in Nordrhein-Westfalen in Aufregung versetzten, zogen sie in der vergangenen Woche nach Hessen weiter.

Der Begriff „Tinker“ geht auf das englische „tin“ für Zinn zurück und bedeutet abschätzig Kesselflicker; die Pavee sind Wanderhandwerker, die früher billiges Küchengeschirr reparierten. Heute arbeiten die Gemeindemitglieder üblicherweise als Klempner, Blechschmiede, Hufschmiede, Pferde- und Schrotthändler oder im Straßenbau. Aber es gibt auch Berichte über Diebstähle, Lärm, Sachbeschädigung und Müllberge nach illegalem Campen. Nach irischen Behördenangaben gibt es derzeit 25 000 Traveller oder knapp 4500 Travellerfamilien. Diese Minderheit führt traditionell ein Nomadenleben.

Lange Zeit ging man davon aus, dass die Traveller in Irland während der Hungersnot im 19. Jahrhundert ihres Landes enteignet wurden. Doch Forscher fanden kürzlich heraus, dass die Traveller schon um 1650 als separate Gruppe auftauchten. Ihre Lebensumstände sind dubios. Teilweise gibt es Gerüchte über einen aufwändigen Lebensstil.

> Sommerliche Streifzüge durch Europa

Doch eine Studie des University College Dublin ergab im Jahr 2010, dass die Lebenserwartung eines männlichen Travellers mit 61,7 Jahren rund 15 Jahre niedriger ist als die des Durchschnittsmannes ist. Travellerfrauen wurden demnach im Schnitt 70,1 Jahre alt und starben damit im Schnitt knapp zwölf Jahre früher als die durchschnittliche Zeitgenossin. Der Großteil der Traveller ist Behörden zufolge jünger als 25 Jahre; nur jeder fünfte werde älter als 50 Jahre. Die Suizidrate sei in der Travellergemeinde sechsmal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Traveller werden in europäischen Ländern häufig als „Zigeuner“ bezeichnet, haben aber mit denen nichts zu tun. Die Tinker sprechen ihre eigene Sprache, einen Mix aus irisch-gälischen, englischen und romanesischen Begriffen. Versuche, sie sesshaft zu machen, sind nach Angaben der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) nur bedingt erfolgreich. Das Umherziehen von Ort zu Ort ist Teil ihrer Kultur.

Nach jahrelangen Kämpfen und Kampagnen erkannte das irische Parlament am 1. März dieses Jahres die Traveller erstmals als ethnische Minderheit an. Gemeinsam mit der Travellergemeinde hat die irische Regierung einen neuen Inklusionsplan für die Landfahrer ausgearbeitet. Dafür hatten die Traveller jahrzehntelang gekämpft. Der irische Staat verspricht sich davon, die Volksgruppe besser in den regulären Arbeitsmarkt integrieren zu können. Dem widersprechen aber Gemeindemitglieder. Das Nomadendasein und die Streifzüge durch Europa während der Sommermonate seien Teil ihrer Kultur. *PE/I.H.*

»Wächter« werden zum Ziel

Frankreich leidet weiter unter Terror – Neue Maßnahmen geplant

Nach dem islamischen Anschlag auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und den jüdischen Supermarkt hatte Frankreichs damaliger Präsident François Hollande im Januar 2015 die Mission „Sentinelle“ (Wache) ins Leben gerufen. Seit damals patrouillieren 7000 bewaffnete Mitglieder dieser Sondereinheit der französischen Armee in allen größeren Städten, vor allem in der Nähe von Touristenattraktionen und Kirchen.

Die Soldaten konnten nicht verhindern, dass seit Beginn ihres Einsatzes 239 Menschen in Paris, Nizza oder Rouen von radikalen Moslems grausam ermordet wurden. Die Soldaten, die für mehr Sicherheit und weniger Terror im Lande sorgen sollten, sind selbst zum Ziel vieler Attentate geworden. Nach Anschlägen unter anderem auf der Champs-Élysées, im Eiffelturm, im Louvre, vor der Kathedrale Notre Dame und in Versailles schlug jetzt zum sechsten Mal in knapp zwei Jahren ein islamischer Attentäter mit einem Fahrzeug zu, indem er eine Gruppe von sechs Soldaten mit einem Leihwagen überfahren wollte.

„Das Auto fuhr langsam und hat dann plötzlich beschleunigt“, schilderte Innenminister Gérard Collomb das Attentat. Ort des Anschlags war die Kleinstadt Levallois-Perret bei Paris. In dieser gut bewachten Stadt befindet sich sowohl der Sitz des Inlandsgeheimdienstes DGSI als auch der Anti-Terror-Einheit SDAT, die beide nur wenige Hundert Meter vom Angriffsort entfernt liegen. Videokameras erfassten auch die Nummer des Leihwagens. Sechs Stunden nach dem Angriff stoppten Polizisten auf der Autobahn 16 zwischen Paris und Boulogne-sur-Mer im Norden Frankreichs einen verdächtigen Algerier, der im Tatauto unterwegs war, und verletzten ihn mit fünf Schüssen schwer. Der Täter hatte sich wohl bewusst die Operation Sentinelle als Ziel gewählt.

> Präsident Macron kündigt neues Anti-Terror-Gesetz an

Soldaten der Operation Sentinelle, die mit ihren Uniformen gut sichtbar in Dreiergruppen patrouillieren, sind zu den beliebtesten Zielen des Islamischen Staates in Frankreich geworden. Der spektakulärste Angriff ereignete sich im Februar im Louvre, als ein als Tourist getarnter radikaler Moslem mit einer Machete auf Sentinelle-Soldaten losging und „Allahu Akbar“ rief, bevor er niedergeschossen wurde. Zuletzt hatte Anfang August ein radikaler Moslem versucht, Militärs am Eiffelturm mit einem Messer anzugreifen.

Präsident Emmanuel Macron hatte bei seinem Amtsantritt am 14. Juli angekündigt, die Operation Sentinelle einer groß angelegten Revision zu unterziehen. Für September hat er Vorschläge angekündigt, wie die Mission, die 77 Prozent der Franzosen gutheißen, dauerhaft weitergeführt werden kann. „Sentinelle bleibt so lange bestehen, wie sie für den Schutz der Franzosen nötig ist“, versicherte Verteidigungsministerin Florence Parly.

Macron will am 1. November den seit mehr als zwei Jahren geltenden Ausnahmezustand aufheben und durch ein Anti-Terror-Gesetz ersetzen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem Hausarrest von bis zu drei Monaten und Durchsuchungen bei allen vor, „die eine besonders schwere Bedrohung für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung“ darstellen.

Mit ihren Maßnahmen versucht die Regierung, nicht nur die Franzosen zu beruhigen, sondern auch die Touristen. Nach den Anschlägen von Paris und Nizza ist der Tourismus in Paris und an der Côte d'Azur sehr stark zurückgegangen. *Bodo Bost*

Streit um Steuergelder für Air Berlin

Hat Berlin die Interessen der Urlauber in der Ferne oder des Lufthansa-Konzerns in Frankfurt im Sinn?

Air Berlin verursachte seit Jahren erhebliche Defizite. Im vergangenen Jahr betrug der Verlust 780 Millionen Euro. Die Lage verschärfte sich Ende März mit der Umstellung auf den Sommerflugplan. Flugausfälle und Verspätungen häuften sich danach. Nun ist das Unternehmen pleite. Was sind die Ursachen, und wie soll es weitergehen?

Der amtierende Vorstandsvorsitzende Thomas Winkelmann hat die Schuld an der Insolvenz weit von sich gewiesen. Als einen Grund für die Misere seiner Fluggesellschaft nannte der Vorstandschef die Verzögerungen beim Bau des Berliner Flughafens BER: „Natürlich ist Air Berlin auch ein Opfer der dauernden Verschiebungen um den neuen Flughafen BER.“ Seine Fluggesellschaft habe ihr „gesamtes Konzept der Umsteigeverkehre auf diesen neuen Flughafen ausgelegt“, so Winkelmann. Der 57-jährige gebürtige Hagener hofft trotz der Insolvenz seiner Fluglinie, Schaden von den Mitarbeitern abwenden zu können. Das Ziel sei, „einen Großteil der Jobs zu sichern. Das kriegen wir hin.“ Der Airline-Chef erklärte, es habe keine Alternative zu der Insolvenz gegeben. Nachdem der Hauptaktionär Etihad erklärt habe, keine weitere finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellen, sei man „zu dem Ergebnis gekommen, dass für die Air Berlin PLC keine positive Fortbestehensprognose mehr besteht“, hieß es seitens des Unternehmens.

Über die Gründe der Air-Berlin-Pleite wurde in den vergangenen Tagen viel spekuliert. So habe sich Unternehmensgründer Joachim Hunold verzockt, als er es nach dem Börsengang vor zehn Jahren plötzlich mit den ganz Großen aufnehmen wollte, statt Air Berlin in ihrer Nische, dem Ferienfluggeschäft, zu belassen. Der frühere Bahn-Chef und spätere BER-Sanierer Hartmut Mehdorn habe es immerhin geschafft, mit Etihad einen Investor zu finden, allerdings sei die Fluggesellschaft aus den Vereinigten Arabischen Emiraten zu wenig interessiert an den deutschen Begebenheiten gewesen. Ein klares Sanierungskonzept habe gefehlt.

> Ryanair fürchtet, dass die Lufthansa mithilfe der Intervention des deutschen Staates von der Air-Berlin-Insolvenz profitiert

Die Bundesregierung unterstützt Air Berlin mit einem durch eine Bundesbürgschaft abgesicherten Übergangskredit. 150 Millionen Euro schießt sie in der Urlaubszeit zu. Das damit für den Steuerzahler verbundene Risiko rechtfertigt sie damit, dass mehrere zehntausend deutsche Urlauber noch mit der Fluglinie ins Ausland geflogen seien und durch die Staatsintervention der Flugbetrieb wohl für drei Monate gesichert werde. Zudem halte sich das Risiko in Grenzen, da Air Berlin, so Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries, den Übergangskredit des Bundes sicherlich zurückzahlen könne.



Wetteifern eifersüchtig um die Erbmasse von Air Berlin: Ryanair und Lufthansa Bild: pa

Dies sollte aus dem Erlös der Start- und Landerechte (Slots) möglich sein, sagte die SPD-Politikerin.

Ryanair ist umgehend gegen die Staatshilfen für Air Berlin vorgegangen und hat Beschwerde bei den Kartellbehörden eingelegt. Der Insolvenzantrag sei mit dem Ziel arrangiert worden, dass die Lufthansa eine schuldenfreie Air Berlin übernehmen könne, erklärte die Billigfluglinie aus Irland. Dies verstoße gegen deutsche und EU-Wettbewerbsregeln. Reisende müssten künftig höhere Preise für Tickets zahlen, erklärte das Unternehmen. Deshalb würden Bundeskartellamt und EU-Kommission aufgefordert, umgehend Schritte zu unternehmen.

Der sich einst fast vollständig in deutschem Staatsbesitz befindliche Luftfahrtkonzern Lufthansa scheint sich in der Tat auf das Ende von Air Berlin gezielt vorbereitet zu haben. Seit Monaten soll es einen detaillierten Plan geben, demzufolge die Gesellschaft folgendermaßen reagiert: Sie nimmt Verhandlungen mit den Leasinggebern von Air-Berlin-Flugzeugen auf mit dem Ziel, die Maschinen entweder zu mieten oder zu kaufen. Im Erfolgsfall würde ein großer Teil von ihnen dann für die eigene Tochter Eurowings fliegen, die so wachsen könnte. Wie viele der etwa 9000 Arbeitsplätze verloren gingen, hinge dann davon ab, wie viele der rund 100 übrigen Flugzeuge Lufthansa dann für sich selber übernehmen würde.

„Wenn es tatsächlich zur Übernahme der Routen durch Eurowings kommt, ist Ryanair der große Verlierer. Sie sind künftig Nummer zwei in Deutschland, aber weit hinter der Lufthansa-Gruppe. Und es wird schwer für sie, ihren Marktanteil wie geplant auszubauen. Ein fußkranker Wettbewerber wie Air Berlin ist leichter zu verdrängen als eine wachsende Eurowings“, begründete der bekannte deutsche Luftverkehrsexperte Heinrich Großbongardt das Engagement von Ryanair in dieser Sache.

Die Einleitung eines Insolvenzverfahrens war seines Erachtens „abzusehen und unvermeidlich“. „Air Berlin hatte einen riesigen Schuldenberg mit sich herumzuschleppen. Es gab überhaupt keine Chance, den Kapitaldienst für Tilgung und Zinsen zu leisten, selbst wenn Air Berlin operativ schwarze Zahlen geschrieben hätte“, erklärte der frühere Pressesprecher bei Boeing und Cessna, der seit Jahren die Branche für verschiedene Medien und Unternehmen analysiert. Dass der Staat nun einspringe, sei sinnvoll. Niemandem sei damit gedient, wenn alle Air-Berlin-Maschinen von heute auf morgen am Boden stehen bleiben würden Das Unternehmen wäre sofort tot, 8500 Menschen wären ihre Arbeit los, Hunderttausende Passagiere könnten nicht mehr ihre Reise antreten, bestimmte Routen würden gar nicht mehr bedient. „Das kann niemand wollen“, sagte er gegenüber „Spiegel Online“. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Experte: Euro wird untergehen

Lindau – Beim sechsten Treffen von Wirtschafts-Nobelpreisträgern im bayerischen Lindau hat der Preisträger des Jahres 2004, Edward Prescott, den Untergang des Euro vorhergesagt. „Die Frage ist eigentlich nur, wie viel Schaden er dem Euro-Raum zufügen wird“, sagte er der „Welt“ am Rande des Treffens, an dem dieses Jahr 18 Preisträger teilnahmen. Laut Prescott könnten die Länder nach dem Ende des Euro ihre Währungen gegebenenfalls an die wieder einzuführende D-Mark koppeln. Laut „Welt“ sieht die Mehrheit der versammelten Ökonomen die europäische Einheitswährung ebenfalls kritisch. *H.H.*

Fiskus langt kräftiger zu

Berlin – Nach einem Dämpfer im Juni sind die Steuereinnahmen des deutschen Fiskus im Juli wieder kräftig gewachsen. Gegenüber dem Vorjahresmonat haben die Einnahmen des Staates um 9,2 Prozent zugelegt. Gemeindesteuern sind hier nicht mitgerechnet. Besonders stark stiegen die Erlöse aus der Tabaksteuer (68 Prozent) und der Energiesteuer (7,4 Prozent). Über den Solidaritätszuschlag nahm der Fiskus 4,8 Prozent mehr ein, mit der Versicherungsteuer 1,7 Prozent. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.987.096.710.459 €

Vorwoche: 1.987.061.495.216 €

Verschuldung pro Kopf:
24.180 €

Vorwoche: 24.179 €

(Dienstag, 22. August 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Invasion der Kreuzfahrer

Fluch des Billigtourismus – Attraktive Reiseorte bilden Fronten gegen Besucheranstürme

Europas Metropolen und viele Top-Urlaubsziele leiden seit Jahren zunehmend unter dem Massentourismus. Hauptursache sind die Billigflüge und immer mehr günstige Kreuzfahrtangebote. Wien, Prag, London, Rom, Florenz und viele andere Städte sowie sensible Regionen im Mittelmeerraum sind besonders betroffen. Venedig, Lissabon, Barcelona, Amsterdam, St. Petersburg, Dubrovnik und Reval [Tallinn] sowie Inseln wie Capri, Malta und Mallorca werden vom ausufernden Kreuzfahrt-Tourismus regelrecht überrannt.

Die Einwohner müssen es hinnehmen, dass täglich mehrere Kreuzfahrtschiffe anlegen, die jeweils 1000 bis 2000 Touristen auf einmal ausspucken. In Venedig kommen 80 000 Kreuzfahrt- und Individualtouristen pro Tag auf nur noch 56 300 Einwohner. Wegen der schrumpfenden Bevölkerung und der von den Kreuzfahrtschiffen verursachten Wellen ist Venedigs Bausubstanz akut gefährdet. In Südeuropa wächst der Widerstand gegen die anhaltende Besucherflut. Luftverpestung durch die Ozeanriesen, Dauerlärm, Verschmutzung der Sehenswürdigkeiten und steigende Mieten in überfüllten Orten lassen den Ärger hochkochen.

Bislang griffen die Bürgermeister von Barcelona, Rom und Florenz zu eher symbolischen Mitteln, um wenigstens anständiges Verhalten der Touristen unter Androhung von Bußgeldern durchzusetzen. Das spricht für die Hilflosigkeit der Verantwortlichen. Vor drastischen Schritten mit dem Ziel einer deutlichen Verringerung der Besucherzahlen schrecken sie zurück, da sich niemand das Etikett der Tourismus-Feindlichkeit anheften lassen möchte.

Mehr Handlungsspielraum würde sich ergeben, wenn sich Bürgerbewegungen und Stadtverwaltungen zu einem nationalen Aktionsbündnis zusammenschlössen. Dennoch dürfte es schwierig werden, sich auf gemeinsame Maßnahmen zur Eindämmung des Massentourismus zu verständigen. Im Gespräch sind eine Art von städtischem Eintrittsgeld für Touristen und eine zahlenmäßige Begrenzung der Besucher an bestimmten Orten.



Bild: Imago

Ein Fremdkörper in der Lagune: Kreuzfahrtschiff vor Venedig

Wichtigste Option zur Lösung des Dilemmas ist die ebenfalls schon lange erhobene Forderung nach einer Reduzierung der Anläufe von Kreuzfahrtschiffen. Auch eine Anhebung der Liegegebühren für die schwimmenden Hotels steht zur Diskussion. Für Venedig wird ein Verbot der riesigen Kreuzfahrtschiffe gefordert. Andere Städte könnten sich anschließen. Noch tun sich die Verantwortlichen aber schwer damit, derart weitreichende Entscheidungen überhaupt zu diskutieren.

Weltweit werden die Liegegebühren nach dem Raumgehalt der Schiffe und der Liegedauer berechnet. Für ein Kreuzfahrtschiff mit 2000 Betten werden Gebühren im fünfstelligen Bereich fällig. In St. Petersburg, Sydney und den beliebtesten US-Metropolen zahlen die Reedereien pro Schiff sogar bis zu 100 000 Euro pro Anlauf. Auf diesen Kosten basiert die Kalkulation der Reederei-Konzerne, die sich aufgrund des Überangebots auf dem gesamten Sektor mit Billigpreisen gegenseitig unterbieten.

Höhere Liegegebühren könnten einige Reedereien zur Aufgabe zwingen – oder aber zur Änderung der Fahrtrouten ihrer Schiffe. Da diese Reedereien durchweg kleinere Schiffe besitzen, bieten sich ihnen wesentlich mehr Anlaufziele zur Auswahl an. Damit käme man dem Plan der Politik, den Touristenstrom auf mehr Orte zu verteilen, zumindest etwas näher. *Dagmar Jestrzemski*

Konkurrenz naht

Deutschland hinkt bei Innovationen hinterher

Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung in Karlsruhe hat einen aktuellen Ländervergleich der 35 wirtschaftlich führenden Staaten bezüglich ihrer Innovativität durchgeführt. Hierbei wurden Faktoren wie Wirtschaftsleistung, Wissenschaft, Bildung und staatliche Strukturen einbezogen.

Am innovativsten waren demnach die Schweiz und Singapur, die 75 beziehungsweise 70 der 100 möglichen Punkte erhielten. Danach folgte mit einigem Abstand mit Werten in den 50ern und 40ern eine von Belgien angeführte Mittelgruppe, zu welcher die Bundesrepublik Deutschland, die weiteren Benelux-, mittel- und nordeuropäischen Staaten sowie die USA im oberen Bereich gehörten. Ihnen folgten unter anderem Frankreich, Australien, Israel, Kanada, Taiwan und Japan sowie mit deutlichem Abstand die ostmittel-, ost- und südeuropäischen Länder sowie China. In der unteren Gruppe blieben Mexiko, Indien und Brasilien sogar gänzlich punktfrei.

> Andere Staaten sind auf der Überholspur

Als besonderen Schwachpunkt Deutschlands stellten die Forscher dessen unzureichende Digitalisierung heraus. Auch die Finanzierung der Universitäten erwies sich als für ein Industrieland ohne größere eigene Rohstoffvorkommen oder eine potenziell ausgleichende größere politische Machtposition unzureichend. Die Bundesrepublik gibt also auch weiterhin deutlich zu wenig für ihre Zukunftssicherung aus, es fehlen die Gelder.

Bei der Digitalisierung nehmen die USA zwar einen Spitzenplatz ein, jedoch zeigte sich deren allgemeines Universitätsniveau als für einen führenden Industriestaat erbärmlich. China hingegen hat in der Bewertung deutlich zugelegt und befindet sich vor allem im Internet- und Telekommunikationsbereich mit an der Weltspitze. Würde man die praktische Umsetzung von Hochtechnologien stärker berücksichtigen, hätte das Reich der Mitte eine deutlich höhere Einstufung erfahren.

Das Institut warnt daher: „Die anhaltend gute Konjunktur, die Exportkraft der Industrie und die geringe Arbeitslosigkeit in Deutschland dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen.“ Andere Staaten seien längst auf der Überholspur. *Thomas W. Wyrwoll*

Widerwärtig

Von Harald Tews

Das hätte einmal ein Deutscher wagen sollen: Eine Kunst-Performance namens „Auschwitz on the Beach“, die sich auf der Kasseler documenta der europäischen Flüchtlingspolitik widmen will. Die italienisch-brasilianische Koproduktion kündigt ihre Propagandaschau auf widerwärtige Weise an: „Auf ihren eigenen Territorien errichten die Europäer Konzentrationslager und bezahlen ihre Gauleiter in der Türkei, Libyen und Ägypten dafür, die Drecksarbeit entlang der Küsten des Mittelmeeres zu erledigen, wo Salzwasser mittlerweile das Zyklon B ersetzt hat.“

Ist im Namen der Kunst alles erlaubt, wenn man sein Herz an die afrikanischen Zuwanderer verloren hat? Mal abgesehen, dass die documenta mit dieser „Performance“ erneut beweist, dass sie anstelle vom Kunst lieber politische Botschaften präsentiert, wird allein Deutschland mit neuem Massentod in Verbindung gebracht. Wenn Auschwitz und Zyklon B deutsche Erfindungen waren, dann ist es jetzt offenbar der Massenexodus übers Mittelmeer. Hätte ein Deutscher so zu sprechen gewagt, wäre die „Performance“ abgesagt worden. Bei Ausländern drückt man ein Auge zu.

Merkel umgarnt

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Eines muss man ihr lassen: Angela Merkel bedient ihr Mutti-Image recht gut, wie in der RTL-Sendung „An einem Tisch mit Angela Merkel. Deutschland fragt nach!“ zu sehen war. Bürger stellten Fragen zu Themen wie Terror, Asylpolitik, Rente oder Dieselskandal. Eine vorherige Absprache soll es laut Moderator Peter Klöppel und Merkel nicht gegeben haben. Zu jedem Thema wurde ein Betroffener vorgestellt, welcher der Kanzlerin dann direkt Fragen stellte.

Merkel bewies nicht nur, dass sie bestens auf alle Fragen vorbereitet war und mit Details und Zahlen aufwarten konnte, sondern – viel wichtiger für ihren Wahlkampf – dass sie die Klaviatur geschickt zu spielen weiß, derer sie sich bedienen muss, um die Menschen für sich zu gewinnen: Sie lässt die Bürger dicht an sich heran und spricht in einfachen und verständlichen Worten. Ihre Mimik signalisiert Interesse und Aufmerksamkeit. Inhaltlich gelobt sie, sich für positive Veränderungen bei den angesprochenen Themen einzusetzen. Was auch sonst?

Sehr lässig verbannte Merkel die Assistentin von der Seite einer alleinerziehenden Mutter, die nicht nach vorne zum Gesprächstisch kommen wollte, und setzte sich neben sie. Sie ließ sich nicht davon abbringen, der Mutter von drei Kindern ihre Argumente darzulegen, und umgarnte so die Frau, die am Ende mit der Antwort der Kanzlerin sehr zufrieden war. Das wirkte dann doch irgendwie inszeniert. Am Ende waren alle zufrieden, und die Medien urteilten, Merkel habe sich souverän geschlagen. Dabei wurde sie nicht mal wirklich hart angegangen – weder vom Publikum noch vom Moderator.

Im Kreis gelaufen

Von Hans Heckel

Eine alte, wenngleich etwas platte Weisheit behauptet: Wenn du im politischen Spektrum nur weit genug nach links läufst, kommst du irgendwann ganz rechts wieder heraus. Man nennt dies die „Kreistheorie“, wonach ganz rechts und ganz links nicht etwa die am weitesten voneinander entfernten Pole der ideologischen Palette darstellen, sondern im Gegenteil Tür an Tür wohnen.

Aus den USA rinnt gerade eine bizarre Bestätigung dieser Theorie zu uns herüber. Dort haben es linksradikale Kämpfer als Untat ausgemacht, wenn weiße Menschen Elemente aus „nichtweißen“ Kulturen übernehmen, etwa die gerade im linksalternativen Milieu beliebten Rasta-Frisuren, bunt-luftige afrikanische Frauengewänder oder indischen Körperschmuck. Dass Weiße so etwas tragen, verwerfen die Kämpfer als „kulturelle Aneignung“, die sie als eine Art neokolonialen Raub anprangern (siehe S. 12).

Ohne es zu ahnen, wandeln solche Linken auf den Pfaden der (von der von der Romantik beseelten) Radikal-Nationalisten des 19. Jahrhunderts. Die machten sich auf die Suche nach dem „wahren“, dem „rein“ Deutschen, Französischen, Russischen oder Englischen und trachteten danach, alle fremden Einflüsse aus ihrer Nationalkultur zu tilgen. Das Fremde habe ihre Kultur „verunreinigt“ und müsse entfernt werden. Historiker sehen in diesem Reinheitsstreben eine der Wurzeln des mörderischen Völkerhasses, der das 20. Jahrhundert überschatten sollte.

Linke kämpfen auf einmal gegen Kulturvermischung

Nun also kehren ausgerechnet stramm linke Kreise zu eben solchem „Reinheitsstreben“ zurück, wenn auch in Form seiner Umkehrung: Ihnen geht es nicht um die vermeintliche Reinerhaltung der europäischen, weißen Kulturen, sondern um den „Schutz“ nichtweißer Kulturen vor uns. Im Resultat landen sie jedoch bei den gleichen Denkmustern wie ihre Vorläufer vor 200 Jahren.

Ohne es zu ahnen, räumen sie damit auch gleich das Versprechen der „multikulturellen Gesellschaft“ ab. Das besteht (bestand?) darin, dass das Eindringen fremder Kulturen durchweg eine „Bereicherung“ darstelle. Doch die Voraussetzung für Bereicherung ist eben „Aneignung“. Nur was man sich „aneignet“, nicht bloß materiell, sondern gerade auch geistig-kulturell, kann einen „reicher“ machen. Oft hat die wohldosierte Übernahme und Interpretation auswärtiger kultureller Einflüsse die eigene Kreativität beflügelt. Ohne diese „Aneignung“ verharrt die Konfrontation mit dem Fremden in der bloßen Beschau.

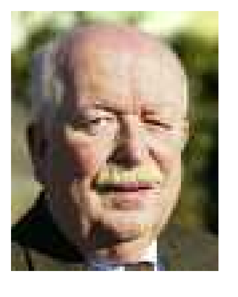
Nicht allein die „Kreistheorie“ findet somit ihre Bestätigung, sondern auch die, dass sich Geschichte bisweilen wiederholt. Allerdings, wie es heißt, nicht eins zu eins, sondern als Tragödie oder als Farce. Hier läuft gerade Letzteres an.



Eben noch (im Zweifel linke) Jugendkultur, nun auf einmal finsterer Rassismus? Jugendliche mit Rastafrisur auf einem Kirchenfest in Nordrhein-Westfalen

Bild: Imago

Gegenwind



Wer Deutscher ist

Von Florian Stumfall

Seit Russland auf Bitten der Regierung Assad in den syrischen Krieg eingegriffen hat, verliert der IS an allen Fronten an Boden. Das hat unter anderem zur Folge, dass immer mehr Syrer, die vor dem Krieg geflohen waren, in ihre Heimat zurückkehren. Die meisten von ihnen haben die Zeit der Bedrohung und Gefahr in benachbarten Regionen der Türkei zugebracht und standen nie auf der Liste derer, die der türkische Präsident Erdogan angeblich davon abhält, nach Europa weiterzuziehen.

Niemand weiß, wie viele Immigranten sich fälschlich als Syrer ausgegeben haben, und seit der Hauptstrom übers Mittelmeer kommt, ist die Frage nach dem Herkommen ohnehin obsolet geworden. Sicher ist nur eines: Von diesen sind so gut wie alle Wirtschafts-Flüchtlinge, die eine Menge Geld haben, das sie für die Schlepper ausgeben.

Dennoch hat es sich in Europa, zumindest aber in Deutschland eingebürgert, prima vista alle, die Italien überschwemmen, um dann nach Deutschland zu gelangen, als „Asylanten“ zu betrachten, denen Schutz, Aufnahme und Bleiberecht zustehe. Ausdrücklich ist von einem „Grundrecht auf Asyl“ die Rede, und niemand wehrt sich gegen diesen unsinnigen und fatalen Begriff. Es gibt kein Grundrecht auf Asyl. Ein Grundrecht ist der Anspruch eines einzelnen an den Staat, den jeder Mensch erheben kann: den auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Glaubensfreiheit, das Recht, Eigentum zu erwerben, und dasjenige, seine Meinung zu äußern. Ein Grundrecht ist nicht einmal an die Staatsbürgerschaft gebunden.

Anders das Asylrecht. Dieses ist von Bedingungen abhängig und wird nur Einzelpersonen gewährt, ist also ein Persönlichkeitsrecht für denjenigen, der glaubhaft machen kann, dass er in seinem Heimatstaat von ungerechtfertigter Verfolgung, Folter oder Todesstrafe bedroht ist und dort auf kein rechtsstaatliches Gerichtsverfahren hoffen kann. Dort, wo Asylprüfungsverfahren nach Buchstaben und Geist des Gesetzes durchgeführt werden, ist denn auch die Anerkennungsquote verschwindend gering.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dennoch ist der bestimmende Begriff in der Debatte um die Zuwanderung derjenige der Integration. Der Gedanke, dass im Grundsatz all diejenigen, die unter Umgehung der rechtlichen Regeln nach Europa drängen, im Prinzip, so sie nicht gleich abgewiesen werden, alsbald zurückgeführt werden müssten, scheint wenig verbreitet. Dabei käme nach Lage der Dinge bei sachlicher Beurteilung der Rückführung die Dringlichkeit zu, die allgemein der Integration beigemessen wird.

Allerdings ist dieser Begriff der Integration durch starke Abnutzung schon verschlissen und nur noch wenig brauchbar. Denn zum Ersten muss klargestellt werden, wo hinein sich denn die Hunderttausende nun integrieren sollten. Wer diese Frage stellt, erfährt zunächst eines: das Gewese um Integration ist zumeist leeres Gefasel. Bemüht man sich aber gründlicher darum, so kommt auf einmal eine Größe wieder zum Vorschein, die von der politischen Korrektheit längst verdammt worden war: die Leitkultur. Um die geht es, wenn man sich dem Traum hingibt, alle, die nach Europa strömen, wollten hier artgerecht und mit tiefer Seele Wurzeln schlagen.

Denn was sonst noch daran hängen mag, wäre nur eine Folge aus der Wirkkraft der Leitkultur: die Erfordernis, sich an die hier geltenden Gesetze zu halten, die Gebote der Höflichkeit zu achten, die Sitten zu respektieren, das Prinzip von Treu und Glauben zu ehren, in den großen Strom der europäischen Geistesgeschichte einzutauchen und abzuwehren, was immer dem allem entgegensteht, und sei es die eigene Vergangenheit.

Bei der Bewältigung der Schwierigkeit, mit ebenso verschiedenartigen wie anspruchsvollen Gegenständen umzugehen, gibt der Nationen-Begriff unverhoffte Hilfestellung. Er nämlich ist in sich dreigeteilt und auf diese Weise geeignet, Ordnung in die Vielfalt zu bringen. Da gibt es zunächst den rein formalen Begriff der Nationalität: Deutscher ist, wer einen deutschen Pass besitzt. In diesem, wie gesagt, rein materiellen Sinn ist das auch durchaus richtig. Doch diese einfache Gleichung vermag nicht, die ganze Wirklichkeit zu erklären.

Nehmen wir beispielsweise einen Südtiroler. Er ist, was seine Staatsbürgerschaft angeht, als Besitzer eines italienischen Passes Italiener. Von Nationalität aber ist er Deutscher. Seine Muttersprache ist Deutsch, er fühlt sich dem deutschen Kulturkreis zugehörig, und er bezeichnet sich selbst als Deutschen. Das ist der Unterschied zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität. Das Beispiel ist erweiterbar und anzuwenden auch auf Deutsche in Namibia oder Kasachstan. Es gibt also etwas, was über den Besitz eines staatlichen Dokuments hinausgeht. Das ist die Kulturnation. Leider sind Politiker, die damit etwas anfangen können, ja, die überhaupt von der verborgenen Existenz dieses Phänomens wissen, selten wie eine kostbare Perle. Sonst könnten nicht die allermeisten von ihnen so tun, als stünde in Sachen Integration alles zum Besten, wenn sich ein Türke dazu bereitgefunden hätte, einen deutschen Pass anzunehmen, womöglich zusätzlich zu seinem türkischen. Doch damit ist überhaupt nichts geschehen, und eine Doppelstaatsbürgerschaft beweist, dass der Neubürger der Kulturnation seines Aufnahmelandes nicht angehören will. Doppelstaatsbürgerschaft – das ist so etwas wie die schriftliche Verbriefung des Rechts auf Ehebruch vor dem Traualtar. Mit Integration jedenfalls hat das nichts zu tun.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Die Nagelprobe bei dem Problem aber ergibt sich bei der dritten Form der Nationalität, die meist in sehr engem Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zur Kulturnation steht. Es ist dies die Bekenntnis-Nation. Ist die Kulturnation schon ein Ding, das mit definitorischer Akkuratesse weniger gut zu fassen ist als durch Beispielhaftigkeit, so ist dies bei der Bekenntnis-Nation noch mehr der Fall. Vor allem: Bei ihr ist man versucht, dem anderen in die Seele zu schauen, denn es geht um Regungen des Gemüts. Steigt die Puls-Frequenz des Adepten beim Anblick der Staats-Flagge oder nicht? Um es einfacher und weniger inquisitorisch zu machen: Im Alltag erweist sich die Zugehörigkeit zur Bekenntnis-Nation dann, wenn es ein Fußballspiel zwischen den beiden konkurrierenden Ländern gibt und der in Frage stehende Trans-Nationale selbst erkennen kann, für welche Seite er die Daumen drückt.

Tatsächlich aber geht es um mehr als Fußball. Denn im Bereich des Bekenntnisses zu einem Staat entscheidet sich die für diesen so grundlegende Frage nach der Loyalität der Bürger. Für das Ausstellen eines Passes ist der Staat zuständig. Für den Herzschlag bei patriotischen Anlässen, soweit es diese außerhalb der Sportstadien überhaupt noch gibt, ist der Staat nicht zuständig, das ist Sache des jeweils einzelnen Betroffenen. Das beweist aber auch, dass es bei ihm liegt, wie er es mit der Integration hält, soweit sie über den Pass hinausgehen soll. Die emotionale als die entscheidende Komponente des „Deutsch-Werdens“ ist ausschließlich Angelegenheit dessen, der eine Staatsbürgerschaft anstrebt.

Daher gehen alle Politiker fehl, die der autochthonen Bevölkerung eine Pflicht zur Integration aufhalsen wollen. So etwas wäre gar nicht möglich, und wenn man es auch wollte. Wenn also Türken in Deutschland, Pakistani in England, Araber in Frankreich, Chinesen in den USA, Deutsche in Afrika oder Chile und Kurden in der Türkei seit Generationen für sich leben, so tun sie das, weil sie es so wollen.

Eine Vermischung findet da statt, wo der Zuwanderer enge kulturelle Verbindungen zum Aufnahmeland hat, so bei den Deutschen, die in die USA ausgewandert sind. Wo der Unterschied zu groß ist, bleibt sie aus, und das muss man dann dabei belassen, wohl oder übel.

Meistersänger vor Gericht

Bayreuther Festspiele werden zur Festung – Nach Sicherheitskontrollen folgt der Kriegsverbrecherprozess

„Die Meistersinger von Nürnberg“ feierten in diesem Jahr bei den Richard-Wagner-Festspielen in Bayreuth Premiere – unter der Regie von Barrie Kosky, dirigiert von Philippe Jordan. Und noch etwas war neu: Nach den Terroranschlägen in München, Würzburg und Ansbach im Juli 2016 hatten die Veranstalter ein strenges Sicherheitskonzept erarbeitet.

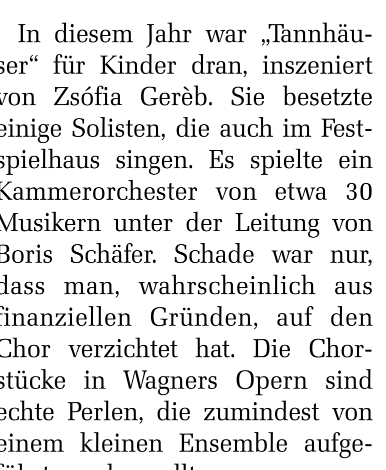
Das Festspielgelände ist abgesperrt. An jedem Eingang stehen Polizisten, die die Damen bitten, das Innere ihrer Handtaschen zu zeigen. Wenn diese größer als DIN-A4 sind, müssen sie in der Aufbewahrungsstelle abgegeben werden. Doppelt genäht hält besser: Man prüft die Festspielkarten sowohl am Haupteingang als auch an den Zuschauerraumtüren.

Die verschärften Kontrollen bekommen auch die Künstler und die anderen Mitwirkenden zu spüren. Zwar sind schon alle Teilnehmer seit sieben Jahren verpflichtet, einen Anhänger mit ihrem Namen zu tragen. Jetzt werden sie aber auch im Theatergebäude kontrolliert. Die Sänger und Dirigenten haben Verständnis für die Notwendigkeit, sich so oft ausweisen zu müssen – obwohl sie die Übereifrigkeit der Polizisten manchmal nervig finden. Es ist schwer vorstellbar, dass es bei einer elitären Veranstaltung wie den Bayreuther Festspielen einen Terrorangriff geben könnte.

Was die musikalische Seite der Festivals betrifft, gibt es hingegen nichts einzuwenden. Besonders das Orchester und der Chor zeigen ein hohes musikalisches Niveau. Genau wie in den vorherigen Jahren wurden in dieser Saison alle Dirigenten mit großem Beifall belohnt. Bei der „Meistersinger“-Premiere begeisterte Michael Volle das Publikum in der Rolle des Hans Sachs.

In dieser Saison waren zudem auch „Der Ring des Nibelungen“ (Premiere 2013), „Tristan und Isolde“ (2015) und „Parsifal“ (2016) zu sehen. Als Begleitprogramm organisierte die Festspielleitung in der Villa Wahnfried ein Symposium zum unvermeidlichen Dauerthema „Wagners Werk und der Nationalsozialismus“: Deutsche, österreichische und US-Wissenschaftler diskutierten darin über die Wirkung der Werke Wagners und seiner Schriften (besonders „Das Judenthum in der Musik“) auf das NS-Regime. Das Thema war mit Wagner jetzt posthum vom Kriegsverbrechergericht verurteilt wird. Sixtus Beckmesser wurde schon damals gerne als Karikatur eines Juden dargestellt, obwohl Wagner selbst nie so etwas vorschlug. Tatsächlich warf der Komponist aber jüdischen Musikern „künstlerische Unproduktivität“ vor, was zu Beckmesser passen könnte. Er singt nämlich ein Lied von Hans Sachs während des Wettbewerbs vor, ohne dessen Botschaft verstanden zu haben, likum, neben gewaltigem Applaus, einzelne Buhrufe zu hören. Alle Diskussionen führten aber zu dem gleichen Schluss wie früher: Wagner war Antisemit, es gibt jedoch keine direkte Linie von seinen Werken nach Auschwitz.

Von Katharina Wagner stammt die Idee, auch den jüngsten Zuschauern die Opern des Komponisten näherzubringen. Seit 2009 beauftragt sie die eigens gegründete Agentur BF-Medien mit der Vorbereitung einer Wagner-Oper für Kinder, die während der Festspiele auf einer der Probebühnen aufgeführt wird. Die Opern werden dazu auf 60 bis 80 Minuten gekürzt, was sogar bei dem „Ring des Nibelungen“ (2011) gelang. Die wichtigsten Motive der Musik bleiben, auch einige Dialoge werden eingebaut. Am Ende ähnelt die Inszenierung eher einem Musical, was bisher sowohl bei den Kindern als auch bei den Eltern sehr gut ankam.



Meistersänger vorm Kriegsverbrechergericht: Michael Volle als Hans Sachs Bild: Bayreuther Festspiele

Koskys Neuinszenierung versippt. Dem Trend der Zeit gehorchend, bellt er beflissen dem Publikum hinterher, dass Nürnberg nicht nur die Heimatstadt der Meistersinger war, sondern auch der Ort, wo später die Rassengesetze entstanden und die Kriegsverbrecherprozesse stattfanden.

„Die Meistersinger von Nürnberg“ indes wurden von den Nationalsozialisten für ihre Propaganda vereinnahmt, wofür und blamiert sich. Regisseur Kosky, seines Zeichens Australier mit jüdischen Wurzeln, versucht mit dieser Interpretation abzurechnen. In der Prügelszene am Ende des zweiten Aufzugs, die im Gerichtsaal spielt, wird Beckmesser (Johannes Martin Kränzle) eine karikierende Judenmaske aufgesetzt. Parallel steigt aus dem Zeugenstand ein monströser Ballonkopf von gleicher Gestalt. Nach dieser Szene waren im Pub-

In diesem Jahr war „Tannhäuser“ für Kinder dran, inszeniert von Zsófia Gerèb. Sie besetzte einige Solisten, die auch im Festspielhaus singen. Es spielte ein Kammerorchester von etwa 30 Musikern unter der Leitung von Boris Schäfer. Schade war nur, dass man, wahrscheinlich aus finanziellen Gründen, auf den Chor verzichtet hat. Die Chorstücke in Wagners Opern sind echte Perlen, die zumindest von einem kleinen Ensemble aufgeführt werden sollten.

Das Festspielhaus ist bei jeder Aufführung bis auf den letzten Platz gefüllt. Draußen sieht man oft einzelne Personen, die ein „Suche Karte“-Schild hochhalten. Manchmal gelingt es, so noch ein Ticket zu ergattern, natürlich zum erhöhten Preis. Auf dem Internet-Schwarzmarkt, zum Beispiel auf Ebay, sind die Karten oft zwei- bis dreimal so teuer. Aber es gibt immer jemanden, der um jeden Preis in Wagners „Tempel der Musik“ eintreten möchte, um zumindest einen einzelnen Akt einer der Opern zu sehen.

Die Bayreuther müssen rund zehn Jahre lang warten, bis sie ein Ticket kaufen können. 2010 lenkte die Festspielleitung ein und lädt seitdem die Gäste zu Generalproben ein. Alle anderen können sich die Premiere live im Kino ansehen. Das war in diesem Jahr für 39 Euro zu haben. Manche Menschen sind mit dieser Lösung zufrieden, denn im Kino kann man bequemer sitzen als auf den Holzstühlen im Festspielhaus. Und es ist nicht so eng und schwül wie im nicht klimatisierten Theater aus dem 19. Jahrhundert. Dafür hält sich eisern die Ansicht, nur im Festspielhaus mit seinen speziellen akustischen Bedingungen könne man Wagners Musik am besten hören. Dem sollte man mal was husten, was während der Premiere oft genug geschah! *Jolanta Lada-Zielke*

Das Leben eines Arbeitstiers

Offiziell Spielfilm, inoffiziell Dokumentation: Auf diese Formel könnte man den Film **Auguste Rodin** bringen, der am 31. August in die Kinos kommt. Zum 100. Todestag des französischen Bildhauers, der am 17. November ansteht, hängt Regisseur Jacques Doillon das eher unspektakuläre Leben Rodins an seinem durchaus spektakulären Werk auf.

Dieser Rodin hält sich fast ständig in seiner Pariser Bildhauerwerkstatt auf. Im Lehmverschmutzen Nachthemd, oder dem, was man früher unter Arbeitskittel verstand, huscht er durchs Atelier, um sein – letztlich unvollendetes – danteskes Höllentor oder seine gespenstig wirkende Balzac-Statue zu entwerfen.

Vincent Lindon spielt diesen Rodin weniger als feinen Charakterkopf denn als körperlich robustes Arbeitstier. Etwas Dramatik in sein Leben und in den Film bringt Kollegin und Muse Camille Claudel. Als sie zur Hälfte des Films auf Nimmerwiedersehen verschwindet, sinkt die Spannung gegen null. Kein Wunder, dass über das Schicksal Camille Claudels, die die restlichen 30 Jahre ihres Lebens in der Psychiatrie verbrachte, mehr Filme gedreht wurden (so 1988 mit Isabelle Adjani und 2013 mit Juliette Binoche) als über den biografisch weniger aufregenden Rodin. *H. Tews*



Bild: Wild Bunch

Im Atelier: Rodin (Vincent Lindon, M.) vor der Balzac-Statue

Schwer erziehbar

Witz, lass nach! – Auf den Kinofilm folgt die TV-Serie »Das Pubertier«

Carla ist 14 und das Gegenteil von Prinzessin Lillifee, nämlich rotzfrech und unverfroren. Trotzdem findet „Das Pubertier“ derzeit viel Aufmerksamkeit: Der gleichnamige Romanbestseller von Jan Weiler wird jetzt gleich doppelt filmisch vermarktet: Erst mühten sich diesen Sommer im Kino Jan Josef Liefers und Heike Makatsch als Eltern um eine Bändigung ihrer pubertierenden Tochter. Jetzt zieht auch das Fernsehen mit einer sechsteiligen Serie nach: „Das Pubertier“ läuft ab dem 7. September, jeweils um 20.15 Uhr, im ZDF.

Pasquale Aleardi gibt den antiautoritär erziehenden Vater, der lieber Pudding kocht, statt seiner Tochter mal die Grenzen aufzuzeigen. Chiara Schoras ist die Mutter, die ihre chaotische Familie mit einer weiteren Schwangerschaft überrascht. „Ich will gar nicht wissen, wie bescheuert dein drittes Kind wird“, kreischt Carla (Mia Kasalo) angesichts des angekündigten Familienzuwachses. Und die Großmutter (Gisela Schneeberger) setzt noch eins drauf: „Vielleicht ist das eure letzte Chance, endlich ein Kind zu kriegen, das euch mag.“

Genau hier liegt das Problem: „Das Pubertier“ ist ein Zwitter. Halb entwerfen die Drehbuchautoren eine humorvolle Familienserie, halb setzen sie auf Comedy. Da rutscht der Vater beim morgendlichen Weckversuch seiner Tochter auf glitschigen Pizzastükken aus, der Großvater fällt rücklings ins Blumenbeet und hat fortan Rücken, die Großmutter gibt sich mit Rotwein die Kante, nur der überfordert gewesen zu sein: „Sonst hätte ich ja einen Erziehungsratgeber geschrieben.“

Eines muss man ihm lassen: Der so harmlos daherkommende Autor und Kolumnist ist ein geschickter Geschäftsmann. Einen Roman gleichzeitig für Film und Fernsehen verfilmen zu lassen, das schafft so schnell keiner. Der Kinofilm, für den er zusammen mit Regisseur Leander Haußmann auch das Drehbuch schrieb, potenziert den Pubi-Wahnsinn, lässt etwa Liefers minutenlang unter dem Bett seiner flirtenden Tochter verharren – fehlen nur noch die eingespielten Lacher vom Band.

Bild: ZDF/Britta Krehl

Auf allen Kanälen unterwegs: Carla, das „Pubertier“

„Lass den Figuren doch mal Luft!“, wollte Weiler dem Theaterberserker Haussmann während der gemeinsamen Kinoarbeit noch zurufen – allein, dessen Slapstick-Humor setzte sich durch. Bei der TV-Serie übergab Weiler die Drehbucharbeit lieber gleich an ein dreiköpfiges Autorenteam, das von sich ziemlich begeistert ist. „Das Pubertier“ ist schnell, frech, teils urkomisch und geht ans Herz“, jubelt das ZDF. Mag sein – dem Zuschauer geht das Kind gelegentlich auch mächtig auf die Nerven. *Anne Martin*

Henriette Richter-Röhl als hysterische Schwester trifft einen Ton, der lustig, aber nicht lächerlich ist.

Was beim Zuschauen am meisten irritiert, ist die grenzenlose Nachsicht der Eltern ihrem pöbelnden Kind gegenüber. „Die Vorlage gibt leider nicht mehr her“, seufzt Autor Weiler, der immerhin zugibt, bei der Erziehung seiner eigenen beiden Kin-

Im Blumen-Rausch

Charles Baudelaire starb vor 150 Jahren

Literaturskandale sorgten 1857 für den Durchbruch zweier Autoren. Gustave Flaubert wurde damals im Februar in einem Prozess wegen Obszönität in seinem Romanerstling „Madame Bovary“ freigesprochen. Ein halbes Jahr später ging es für einen gewissen Charles Baudelaire weniger glimpflich ab. Wegen Verstoßes gegen die guten Sitten in seinem Gedichtband „Die Blumen des Bösen“ wurde er zu einer Geldstrafe von 300 Francs verurteilt, außerdem fielen von den 101 Gedichten sechs als blasphemisch und obszön empfundene Poeme der Zensur zum Opfer.

Durch diese damals heiß diskutierten Urteile wurden zwei bis dahin unbekannte Autoren auf einen Schlag berühmt und ihre beiden dichterischen Debütwerke zu Exportschlagern der französischen Literatur bis heute. Während „Madame Bovary“ als Meisterwerk des Realismus gefeiert wird, gelten die „Blumen des Bösen“ mit ihrem vom Ekel der Großstadt und Melancholie geprägten Ton als Geburtsakt der modernen Lyrik.

Baudelaire selbst gilt als Villon des 19. Jahrhunderts, der wie sein mittelalterlicher Dichtergenosse in den Gossen von Paris gelebt hat. Nachdem er als Dandy das üppige Erbe seines Vaters durchgebracht hatte und von der Mutter entmündigt wurde, trieb sich Baudelaire als Lebenskünstler jahrelang mittellos in den Straßen von Paris herum, steckte sich mit der Syphilis an, verfiel dem Alkohol und Opium – davon erzählen seine Prosagedichte „Die künstlichen Paradiese“ von 1860 –, war nach einem Schlaganfall halbseitig gelähmt sowie sprechunfähig und starb 46-jährig am 31. August 1867 in einer Pariser Anstalt.

Der Pionier der Moderne war aber auch Brückenbauer nach Europa für einen Bruder im Geiste: Edgar Allan Poe. Ab 1848 übersetzte Baudelaire die Horror- und Schauererzählungen des US-Autors. Seine ab 1856 erscheinende, fünfbändige Poe-Ausgabe setzte Maßstäbe. Bei dtv erscheint sie seit 2017 in der Neuübersetzung von Andreas Nohl in einer bibliophilen Edition mit allen Kommentaren und Texten Baudelaires zu Poe. Jüngst veröffentlicht ist Band I, „Unheimliche Geschichten“ (424 Seiten, 28 Euro). Neben einer zweisprachigen Ausgabe von „Die Blumen des Bösen“ bei dtv (520 Seiten, 12,90 Euro) gibt es bei Rowohlt jetzt auch eine Neuübersetzung durch Simon Werle (528 Seiten, 38 Euro). Zu empfehlen ist auch der Essayband „Wein und Haschisch“ (Manesse, 224 Seiten, 22,95 Euro). *H. Tews*

Ein Brückenbauer für Edgar Allan Poe

Meldungen

Musiker-Boykott bei Kultur-Fest

Berlin – Beim Pop-Kultur-Festival, das bis zum 25. August in der Berliner Kulturbrauerei stattfindet, haben vier arabische Gruppen ihre Teilnahme abgesagt. Grund ist die Tatsache, dass die israelische Botschaft das Festival mitsponsert. Die vier Musikgruppen aus Syrien, Ägypten und Tunesien folgen damit einem Boykottaufruf der anti-israelischen Initiative BDS (Boycott, Divestment and Sanctions), deren Ziel es ist, Israel wegen seiner Palästinapolitik politisch und wirtschaftlich zu isolieren. Gegner werfen dieser internationalen Bewegung Antisemitismus vor. *tws*

Schutz für Folios aus Ostpreußen

Berlin – Das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz bekommt zur Erhaltung des schriftlichen Kulturerbes von Kulturstaatsministerin Monika Grütters eine Förderung von 50 000 Euro zum Schutz der „Ostpreußischen Folianten“. Die rund 16 800 Ostpreußischen Folianten aus dem 16. bis 18. Jahrhundert sind unschätzbar reiche Quellen für die Geschichte des Herzogtums, dann Königsreichs Preußens beziehungsweise der späteren Provinz Ostpreußen. *tws*

Sie beförderte den Sputnik in den Weltraum

Eigentlich war die sowjetische Interkontinentalrakete R-7 für die atomare Abschreckung gedacht

Vor 60 Jahren meldete die Sowjetunion der erste erfolgreiche Test einer Interkontinentalrakete. Jedoch war das verwendete Modell R-7 militärisch nutzlos. Dahingegen erwies es sich als nachgerade ideale Raumfahrtträgerrakete, die in der Folgezeit über 1000 erfolgreiche Starts absolvierte und in modifizierter Form noch heute zum Einsatz kommt – so zum Beispiel bei den Zubringerflügen zur Internationalen Raumstation (ISS).

Ab August 1949 verfügten sowohl die Vereinigten Staaten als auch die UdSSR über Atombomben. Um diese Massenvernichtungswaffen ins Ziel zu bringen, brauchten sie Trägersysteme, ansonsten verpuffte die nukleare Abschreckung. Die USA bauten deshalb zunächst zahlreiche Langstreckenbomber zur Stationierung auf Stützpunkten rund um die Sowjetunion, während Moskau von Anfang an Interkontinentalraketen präferierte, die vom eigenen Territorium aus starten und sehr viel schwieriger abgewehrt werden konnten. Allerdings fielen die sowjetischen Kernwaffen damals noch recht plump aus, was Flugkörper nötig machte, die Sprengköpfe von mehreren Tonnen Gewicht tragen konnten.

Deshalb erging der Auftrag an das Experimental-Konstruktionsbüro OKB-1 unter der Leitung von Sergej Koroljow, eine Interkontinentalrakete namens R-6 mit drei Tonnen Nutzlast zu entwickeln. Am 12. August 1953 zündete die Sowjetunion jedoch ihre erste Wasserstoffbombe, weshalb der Kreml seine Forderung hinsichtlich der Zuladung auf 5,5 Tonnen erhöhte. Dies führte zur Weiterentwicklung der R-6 zur R-7, deren Entwurf am 20. November 1954 vom Ministerrat der UdSSR abgesegnet wurde.

Diese Rakete basierte teilweise noch auf Technologie aus dem Dritten Reich, denn Koroljow und seine Mitarbeiter hatten das Wissen verschleppter deutscher Raketenexperten wie Helmut Gröttrup oder Werner Albring abgeschöpft und von diesen unter anderem das Prinzip der Bündelung mehrerer Triebwerke zur Leistungssteigerung übernommen. Die so konfigurierte Zentralstufe der R-7 umgaben sie mit vier „Boostern“ genannten Starthilfen in Form von seitlich angebrachten R-5-Mittelstreckenraketen. Das Ergebnis war ein Monstrum von 34 Metern Länge, das voll betankt 280 Tonnen wog und seinen thermonuklearen Sprengkopf, dessen Detonationskraft angeblich bei 30 Megatonnen Trinitrotoluol (TNT) lag, bis zu 8800 Kilometer weit tragen sollte – bei einer Zielgenauigkeit von fünf- bis zehn Kilometern.

> In modifizierter Form ist die Ex-Waffe noch heute als Raumfahrtträgerrakete im Dienst, beispielsweise für die Versorgung der ISS

Parallel zur Entwicklung der R-7 erfolgte der Bau spezieller Startanlagen im nordrussischen Plessezk und auf dem 5. Staatlichen Zentralen Testgelände nahe der kasachischen Eisenbahnstation Tjuratam an der Strecke Moskau–Taschkent, das später zur Tarnung nach dem 320 Kilometer entfernten Dorf Baikonur benannt wurde. Dabei erwies sich die Errichtung der Rampen als extrem kostspielig. Sie verschlang rund eine Milliarde Rubel, immerhin zehn Prozent der damaligen sowjetischen Verteidigungsausgaben.

Nach der Fertigstellung des Startplatzes in Tjuratam gab eine staatliche Kommission grünes Licht für den ersten Erprobungsflug der R-7. Dieser erfolgte am 15. Mai 1957 und endete katastrophal. 98 Sekunden nach dem Abheben löste sich der Booster D, woraufhin die Rakete um 19.03 Uhr Moskauer Zeit abstürzte. Und auch der zweite und dritte Test am 11. Juni und 12. Juli 1957 scheiterten. Zuerst hob die R-7 überhaupt nicht ab, weil es Probleme mit der Treibstoffzufuhr im Booster B gab, dann wiederholte sich das Fiasko vom Mai in der 33. Sekunde des Aufstiegs aufgrund von Kurzschlüssen in der Steuerung.

Erst am 21. August 1957 konnte die R-7 tatsächlich die geplante Distanz von rund 800 000 Kilometern zwischen Baikonur und dem Zielgebiet auf der Halbinsel Kamtschatka zurücklegen. Allerdings zerbarst die Verkleidung der Attrappe des Nuklearsprengkopfes beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre. Nichtsdestotrotz bezeichnete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS den Test am 26. August als großen Erfolg der Ingenieure im „Mutterland aller Werktätigen“.

Dem Erstflug der R-7 folgte der noch deutlich spektakulärere Einsatz als Trägerrakete für die ersten drei Erdsatelliten vom Typ „Sputnik“ am 4. Oktober und 3. November 1957 sowie 15. Mai 1958 (siehe Seite 11). Diese Missionen fanden vor allem deshalb statt, weil die Konstrukteure, die weiterhin ohne Lösung des Problems der Gestaltung des Wiedereintrittskörpers mit der Bombe dastanden, Versuchsflüge ohne jegliche Zuladung vermeiden wollten.



Auf der Allunionsausstellung in Moskau: Eine auf der R-7 basierende Wostok-Trägerrakete Bild: Alex Zelenko / CF

Insgesamt startete das Team um Koroljow 31 R-7, wobei immerhin elf der 28 militärischen Tests mit Misserfolgen endeten. Das war aber keineswegs der einzige Grund, warum die erste Interkontinentalrakete der Welt letztlich nicht als Kernwaffenträger taugte, sondern stattdessen zum Basismodell der meisten sowjetischen Raumfahrtträgerraketen avancierte. Die Triebwerke der R-7 liefen mit Kerosin und mehr als minus 183 Grad Celsius kaltem flüssigem Sauerstoff. Dies führte dazu, dass die Startvorbereitungszeit 24 Stunden betrug und der Flugkörper im Gegensatz zur später entwickelten US-amerikanischen „Titan“ und dem R-7-Nachfolgemodell R-16 nicht aus getarnten unterirdischen Silos verschossen werden konnte. Damit waren Erstschläge ohne Vorwarnung ebenso unmöglich wie die schnelle Reaktion auf einen US-Angriff.

Trotzdem erklärte die UdSSR-Führung Koroljows R-7 am 20. Januar 1960 für einsatzbereit. Dem vorausgegangen waren die Stationierung mehrerer solcher Interkontinentalraketen in Plessezk und die formelle Gründung der Strategischen Raketentruppen der Sowjetunion am 17. Dezember 1959. Dass die R-7 wegen ihres unausgereiften Wiedereintrittskörpers niemals mit nuklearen Gefechtsköpfen versehen werden konnte, verschwieg Moskau eisern, um die atomare Abschreckung aufrechtzuerhalten.

Erst die im September 1960 in Dienst gestellte Version R-7A mit 12 100 Kilometern Reichweite hätte es tatsächlich vermocht, eine abgespeckte Wasserstoffbombe von 3,3 Tonnen Gewicht ins Ziel zu tragen. Und das wäre während des Höhepunktes der Kubakrise im Oktober 1962 auch fast passiert. Damals standen vier R-7A in Plessezk bereit, um Washington, New York, Chicago und Los Angeles von der Landkarte zu tilgen. Danach kam dann freilich das sukzessive Aus für die R-7- und R-7A-Flotte. Die letzte militärische Interkontinentalrakete dieses Typs wurde 1968 ausgemustert. *Wolfgang Kaufmann*

Ein gerechter Kampf gegen die Sklaverei?

Warum es im Sezessionskrieg zwischen den Vereinigten und den Konföderierten Staaten von Amerika wirklich ging

Die Tötung einer linken Gegendemonstrantin durch einen rechten Demonstranten in Charlottesville hat den derzeit in den Südstaaten tobenden Machtkampf um den Umgang mit der eigenen Vergangenheit und die Deutungshoheit über den Sezessionskrieg ins Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit gestellt. Wie in Deutschland gibt es derzeit auch in den Südstaaten der USA einen verstärkten Versuch des Linksliberalismus, die die Souveränität kostendende eigene Niederlage gegen die USA zu beschönigen und damit die heutige Fremdbestimmung durch Washington zu legitimieren und zu verfestigen. Dazu gehört, dass die eigene, unterlegene Kriegsseite kriminalisiert und moralisch diskreditiert wird. Dabei wird ähnlich polemisch und geschichtswissenschaftlich unzulässig wie der Kampf der USA gegen das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg zu einem Krieg gegen die Tyrannei der Kampf der USA gegen die Konföderierten im sogenannten Amerikanischen Bürgerkrieg zu einem Krieg gegen die Sklaverei heruntergebrochen.

Dabei trieft schon der Begriff „Amerikanischer Bürgerkrieg“ von Geschichtspolitik. Wenn die EU den Brexit nicht akzeptiert hätte, in Großbritannien einmarschiert wäre und das Land annektiert hätte, würden wir dann von einem „Europäischen Bürgerkrieg“ sprechen? Wenn die Sowjetunion 1990/91 den Austritt der baltischen Staaten nicht akzeptiert hätte, ins Baltikum einmarschiert wäre und es annektiert hätte, würden wir dann von einem „Sowjetischen Bürgerkrieg“ sprechen? Aber wie selbstverständlich sprechen wir von „Amerikanischen Bürgerkrieg“, wenn die USA den Austritt der Südstaaten nicht akzeptieren, in die Südstaaten einmarschieren und sie dann annektieren.

Und damit sind wir beim springenden Punkt. Der Sezessionskrieg brach aus, weil die USA nicht bereit waren zu akzeptieren, was die EU und die UdSSR, wenn auch zähneknirschend akzeptiert haben: den Austritt aus der Union. Wie wenig sich die USA an der Sklaverei störten, zeigen allein schon die beiden Tatsachen, dass es im Sezessionskrieg nicht nur auf Seiten der Konföderierten, sondern auch auf jener der Union Sklavenhalterstaaten gab und dass die von Präsident Abraham Lincoln geführte Regierung der Union am 22. September 1862 mit der berühmten Emanzipationsproklamation die Sklaverei in den Staaten des Kriegsgegners, nicht aber in den auf der eigenen Seite kämpfenden Sklavenhalterstaaten abschaffte.

Dass es überhaupt zu der Austrittswelle aus der Union kam, die dann zum Sezessionskrieg führte, lag an einer Meinungsverschiedenheit, die überraschend aktuell ist. Genauso wie heute in der EU war damals in den USA umstritten, ob es sich bei der Union um einen Staatenbund oder einen Bundesstaat handele und ob demzufolge das Recht der Bundesstaaten oder das des Bundes entscheidend sei. Als die Nordstaaten einen Bundesstaat mit dem dazugehörigen Primat des Bundesrechts durchzusetzen versuchten, traten die Südstaaten aus.

Letztere argumentierten, dass sie weiland freiwillig und aus eigener Souveränität in einen Staatenbund eingetreten seien und dass, wenn nun dieser Staatenbund unter dem Einfluss der Nordstaaten in einen Bundesstaat umgewandelt werde, sie das Recht hätten, auch wieder auszutreten. Seitens der Nordstaaten wurde hingegen argumentiert, dass in einem Bundesstaat eine Minderheit nicht einfach austreten könne, wenn ihr die Mehrheitsmeinung nicht passt. Folglich ging Washington gegen den Austritt der Südstaaten mit Waffengewalt vor und erzwang dessen Revision.

Wenn aus der EU derzeit ein Land austritt, muss es, wie das Beispiel Großbritannien zeigt, zwar die Entfesselung eines Wirtschaftskrieges durch Brüssel befürchten, aber doch keinen blutigen Widerstand. Die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika zeigt allerdings, dass sich das bei der von vielen europäischen Politikern unter dem Schlagwort „Vereinigte Staaten von Europa“ oder „vertiefte Integration“ mehr oder weniger offen geforderten weiteren Entwicklung der EU von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat irgendwann durchaus ändern könnte.

Schließlich gibt es noch einen wichtigen wirtschaftlichen Interessensgegensatz zwischen Nord- und Südstaaten, der zum Krieg führte. Die Südstaaten hatten eine stark agrarisch geprägte Volkswirtschaft mit einem auf dem Weltmarkt sehr erfolgreichen Exportprodukt, nämlich der Baumwolle, und waren an günstigen Importen von Industrieprodukten interessiert. Die Nordstaaten hingegen hatten eine aufstrebende, aber noch nicht konkurrenzfähige Industrie und war deshalb an Schutzzöllen interessiert, welche die Südstaaten zwangen, ihre Industrieprodukte denen auf dem internationalen Markt vorzuziehen. Der Süden war demzufolge für Freihandel und der Norden für Protektionismus.

Statt auf einen Kampf zwischen einem Sklaverei betreibenden Süden und einem diese ablehnenden Norden ließe sich der Sezessionskrieg mit nicht weniger Recht auf einen Kampf eines Protektionismus betreibenden Norden gegen einen diesen ablehnenden Süden herunterbrechen. Das wird das die Geschichtspolitik dominierende linksliberale, yankeefreundliche Establishment jedoch kaum tun, schon gar nicht gegenüber einer auf freie Märkte angewiesenen Exportnation wie der deutschen. *Manuel Ruoff*

Der Streit um das Robert-Edward-Lee-Denkmal in Charlottesville

In der Auseinandersetzung in Charlottesville ging es grundsätzlich um den Umgang mit den Konföderierten, aber konkret um den Plan der Stadtverwaltung von Charlottesville, nach der bereits im Juni erfolgten Umbenennung des Lee Park in Emancipation Park auch das in der Grünanlage stehende Denkmal für Robert Edward Lee zu entfernen.

Dieser Plan hat patriotisch empfindende Südstaatler umso mehr erbost, als der Oberbefehlshaber des konföderierten Heeres nicht nur wegen seiner militärischen Leistungen über die Grenzen seiner Heimat hinaus Verehrung genießt. Seine viel gerühmte Ritterlichkeit sticht umso mehr hervor angesichts von gegnerischen Nordstaatengenerälen wie William T. Sherman, welche die Totalisierung des Krieges betrieben.



Noch steht sie in Charlottesville: Robert-E.-Lee-Statue Bild: CF

Deshalb wurde in der Vergangenheit bei der moralischen Verurteilung der Konföderierten tunlichst darauf verzichtet, auf Lee zu sprechen zu kommen. Damit, dass nun selbst Lee ins Visier genommen wird, ist eine neue Stufe bei der Kriminalisierung der Südstaaten erreicht, die keine Tabus mehr zu kennen scheint. *M.R.*

Der Piepser war ein Schocker

Ein Satellit namens »Sputnik« öffnete das Tor zum Weltraum

Ein Dauerpiepser schockierte die westliche Welt. Im Weltraum umkreiste eine Aluminiumkugel die Erde und piepste nervtötend. Jedenfalls für westliche Ohren. Denn was dort den Weltraum eroberte, war ein künstlicher Erdsatellit sowjetischer Bauart. Mit seinem Start begann am 4. Oktober 1957 die Raumfahrt.

Für die USA und die Mehrheit der westlichen Welt war dieser Flug durch den Weltraum ein Schock. Zwar hatte die Sowjetunion einen Satelliten für das Internationale Geophysikalische Jahr, das für 1957 bis 1958 festgesetzt worden war, angekündigt, aber mit einem solchen frühen Start hatte im Westen niemand gerechnet. Das Wort vom „Sputnikschock“ machte bald die Runde.

„Sputnik“ hatten die Sowjets den Satelliten genannt. Das bedeutet „Begleiter“ oder „Weggefährte der Erde“. Später stand „Sputnik“ generell für künstliche Erdsatelliten. Der durch die piepsende Blechkugel ausgelöste Schock markierte einen Höhepunkt im Kalten Krieg zwischen den Supermächten. Stets waren sich die USA ihres technologischen Vorsprungs sicher gewesen – und nun das! Als im Juli 1955 die Sowjets, vier Tage nachdem US-Präsident Dwight D. Eisenhower den Bau eines Erdsatelliten angekündigt hatte, mit gleicher Ankündigung gefolgt waren, hatte man dies im westlichen Lager nicht ernst genommen. Nun war der Schock umso größer, denn mit dem Start hatten die Sowjets die Leistungsfähigkeit ihrer Raketen bewiesen. Und das in einer Zeit, die mit Ängsten und Sorgen befrachtet war: Wettrüsten, Kernwaffentests, erste Wasserstoffbombe der Sowjets, Massenvernichtungswaffen.

Eisenhower ging nach dem Start des Sputniks demonstrativ Golfen und ließ beschwichtigen: „Niemand wird irgendetwas von einem Satelliten auf Sie herunterwerfen, während Sie schlafen, also machen Sie sich keine Sorgen darüber.“

Ganz so lässig beurteilte die Mehrheit der US-Bürger die Situation allerdings nicht. Hatte der KPdSU-Chef Nikita Chruschtschow nicht gerade vor einem Jahr Richtung USA gedroht: „Wir werden Euch begraben!“? Hatten die Sowjets nicht gerade vor sechs Wochen eine nukleartaugliche Interkontinentalrakete abgefeuert, die binnen 30 Minuten von Moskau nach New York fliegen konnte (siehe Seite 10)? Der Sputnikschock hatte seine Gründe.

Noch auf der Erde: Der Sputnik
Bild: Imago

Dabei waren sich die USA ihres technologischen Vorsprungs ganz sicher gewesen. Sie hatten nicht nur Wernher von Braun und mit ihm zahlreiche Spezialisten des NS-Raketenprogramms. Nachdem die Amerikaner 1945 in Bleicherrode das Mittelwerk besetzt hatten, hatten sie 100 A4-Raketen abtransportiert. Die bildeten den Grundstock des US-Raketenprogramms. Und daran arbeitete Braun. Das Aggregat 4 beschäftigte Braun seit er technischer Direktor an der Heeresversuchsanstalt in Peenemünde gewesen war.

Nach der Kapitulation 1945 interessierten sich die Amerikaner mehr für die Raketen und Braun als für dessen Vergangenheit. Er half bei der Verladung der Raketen, später flog er in geheimer Mission mit einigen Vertrauten in die USA. In Fort Bliss (Texas) arbeiteten schließlich mehr als 100 Peenemünder. Als der „Sputnik“ geflogen kam, war das längst Allgemeinwissen. Mit einem Team von 1000 Mitarbeitern entwickelte Braun die erste US-amerikanische ballistische Rakete, die auf dem Aggregat 4 basierende „Redstone“. Ein erster Versuch wurde 1953 gestartet.

> Der erste künstliche Erdsatellit auf einer Umlaufbahn

Und dann schlug der Piepser ein. Die Sowjets hatten am 4. Oktober 1957 vom Kosmodrom Baikonur in Kasachstan eine weiterentwickelte Interkontinentalrakete gestartet. An Bord „Sputnik“, eine mit Stickstoff gefüllte Aluminiumkugel von 58 Zentimeterm Durchmesser und einem Gewicht von 83,6 Kilogramm. An den Seiten ragten zwei Antennen heraus, 2,9 und 2,4 Meter lang.

Dieser Start zeigte den US-Amerikanern, dass sie keineswegs den technologischen Vorsprung besaßen, den sie vermutet hatten. Im Gegenteil, offenbar waren ihnen die Sowjets in der Raketentechnik voraus. Erst jetzt wurde zusätzliches Geld für die Raumfahrt bewilligt. Am 1. Februar 1958 stießen dann auch die USA in den Weltraum vor. Eine Jupiter-Rakete, entwickelt aus der Redstone, brachte den Satelliten Explorer 1 in die Umlaufbahn. Im Vergleich zum Sputnik war der Explorer ein Leichtgewicht, er wog nur 13,9 Kilogramm. Aber immerhin, die USA waren nachgerückt, der Anschluss schien geschafft. Das „Time magazine“ setzte Braun auf das Titelblatt: „The Missileman“ (Der Raketenmann). Als Konsequenz aus dem Sputnikschock bündelten die USA nun ihre Raumfahrtaktivitäten, im Juli 1958 wurde die NASA (National Aeronautics and Space Administration ‚Nationale Aeronautik- und Raumfahrtbehörde') gegründet. Es war vorgesehen, Brauns Raketenentwicklung komplett zu übernehmen. Das scheiterte vorerst, weil die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichten. Darum stieß Braun erst mit einem Jahr Verspätung dazu.

Vorerst aber blieben die Sowjets den USA eine Nasenlänge voraus. Am 3. November 1957 schossen sie das erste Lebewesen in eine Umlaufbahn um die Erde. Sputnik 2 beförderte die Hündin Laika in den Weltraum. Laika (Kläffer) war als Streuner auf den Straßen Moskaus unterwegs gewesen, bevor sie für das Versuchsprogramm eingefangen wurde. Die dreijährige Hündin war ein Mischling aus Husky und Terrier. Mit ihr waren auch zwei andere Streuner gegriffen worden. Laika hatte das Unglück, bei den Versuchen zur Vorbereitung besonders anstellig zu sein. Darum fiel die Wahl auf sie. Die Raumkapsel war gerade so groß, dass der Hund stehen oder liegen konnte. Eine Rückkehr zur Erde war nicht geplant. Der Tag des Starts in den Weltraum war auch zugleich der Todestag des Hundes. Ihr Tod wenige Stunden nach dem Start wurde lange Zeit verschwiegen. Stattdessen wurde Laika mit Sonderbriefmarken wie ein Held des Sozialismus gefeiert. Tatsächlich starb sie schon nach wenigen Stunden an Überhitzung. Ihr Tod lieferte wichtige Erfahrungen, welche die bemannte Raumfahrt ermöglichten.

Der Piepser Sputnik öffnete Welten und Erfahrungen, an die man bei seinem Start noch nicht einmal dachte: die Mikrochips, das Internet, TV-Liveübertragungen sowie Opern- und Ballettübertragungen weltweit und selbstverständlich die Satellitennavigation.

Klaus J. Groth

Was die FDP und den DGB verbindet

Der Dachverband der Gewerkschaften und die Partei der Marktwirtschaft hatten durchaus Gemeinsamkeiten

Sowohl die Freie Demokratische Partei als auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hatten mit der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) beziehungsweise dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) ein Pendant im anderen Teil Deutschlands und betrieben ein Ostbüro für die mitteldeutschen Gesinnungsfreunde. Die Liberalen bauten 1948 ihr Ostbüro unter der Bezeichnung „Hilfsdienst Ost“ in Frankfurt am Main auf. Unter Karl-Heinz Naase siedelte das Büro später nach Bonn um. In West-Berlin befand sich eine Ausweichstelle, die von dem früheren Mitglied des Zentralrats der Freuen Deutschen Jugend Herbert Geißler und Rudolf Jacobi geleitet wurde. Um die Verbindung zu den Liberaldemokraten in der DDR aufrecht zu erhalten, wurde ein „Ost-Informationsdienst“ herausgegeben, der zumeist per DDR-Post eingeschleust wurde. Daneben existierten für die Bevölkerung jenseits der Sektorengrenze ab 1955 die „Jedermann-Briefe“ mit einer Auflage von je 150 000.

Während des Sommers 1952 warf das Ostbüro mit etwa 4000 Ballons rund 17400 Flugblätter ab. Außerdem kamen über 1000 Ballons von Gießen und Uelzen aus zum Einsatz. In den ersten neun Monaten des folgenden Jahres gingen von West-Berlin und dem westdeutschen Eschwege mittels 15 763 Ballons 857 147 Flugblätter in die DDR. Weitere zirka 425 000 Flugschriften wurden an DDR-Besucher in West-Berlin verbreitet. Ebenso erhielten sie eine nachgeahmte Ausgabe der Ost-Berliner Zeitschrift „Die Wirtschaft“. Im Rahmen tollkühner Aktionen zur Herbstmesse 1953 in Leipzig verteilte man rund 30 000 Flugzettel, etwa ein Drittel davon durch Flugblatt-Raketen.

Eine ziemliche Lähmung der Widerstandsarbeit bewirkte die DDR-Geheimpolizei damals mit der Entführung eines wichtigen Mitglieds des Ostbüros, in deren Folge sie 68 Vertrauensleute verhaften konnte. Drei in die Zentrale eingeschleusten Stasi-Mitarbeitern gelang es innerhalb von zwei Jahren, die Tätigkeit des Ostbüros so zu diskreditieren, dass dieses letztendlich Ende 1956 zumindest seine konspirativen Aktionen einstellte. Insbesondere verübten sie Sabotage an den Ballons, dass jene nach Polen flogen oder sehr schnell abstürzten. Damit die ausbleibenden Rückläufe an Antwortkarten aus der DDR an westdeutsche Deckadressen nicht Misstrauen erregten, schrieb die Stasi zur Täuschung solche selber an das Ostbüro. Dessen ehrenamtlichen Mitarbeiter Werner Hähn, der sehr an seinen bei seiner Flucht in der DDR zurückgelassenen Kindern hing, wusste man in Ost-Berlin zu ködern. Sechs Jahre verriet er Lageberichte, viele Empfänger der Briefe mit Flugblättern sowie mehrere Vertrauensleute „drüben“. Bis zu seinem tödlichen Unfall mit dem Auto, das die Stasi extra für ihn gekauft hatte zur Entführung eines Mitarbeiters, erhielt er von ihr 15 400 D-Mark Agentenlohn.

> »Denke daran, es geht um deine Gesundheit, die dir keiner wiedergeben kann. Hinterher nützen dir weder Rente noch Orden«

Erschwerend kam in all den Jahren hinzu, dass die Parteispitze der FDP die Widerstandsarbeit ihres Ostbüros nicht als sinnvoll bezeichnete und auf dessen Auflösung drängte. Der wahre Grund war, dass sie offiziell Kontakt zur LDP der DDR aufgenommen hatte. In völliger Verkennung der machtpolitischen Situation glaubte der FDP-Parteivorsitzende Thomas Dehler, durch seine Gespräche mit der Führung der LDP diese aus dem DDR-System herausbrechen und für seine westdeutschen Freien Demokraten gewinnen zu können.

In jenen Zeiten kämpfte der Deutsche Gewerkschaftsbund, der später recht DDR-freundlich wurde, gegen die Ausbeutung der dortigen Arbeiterschaft in Form von „freiwilligen“ Überstunden, Aktivisten-Kampagnen und den ständigen Norm-Erhöhungen. Sein Ostbüro unter Leitung von Gerhard Haas verbreitete „Die kleine Tribüne“ auf Extra-Dünndruckpapier, deren Titel dem offiziellen Organ der DDR-Gewerkschaft FDGB namens „Tribüne“ nachgeahmt war und ihren Lesern Hinweise auf ihre Rechte vermittelte. Ihr Widerstands-Symbol war die Schnecke, das überall in den Fabriken und Werkstätten gemalt werden sollte für ihre Devise „Arbeite langsam!“

Sehr erfolgreich war der Druck einer Broschüre, die von außen aussah wie der Versicherungsausweis der Sozialversicherung der DDR durch das Ostbüro. Sie appellierte an die Arbeiter: „Denke daran, es geht um deine Gesundheit, die dir keiner wiedergeben kann. Hinterher nützen dir weder Rente noch Orden“ und veröffentlichte viele Tipps, wie man nichtnachprüfbare Krankheiten und gesundheitliche Leiden vortäuschen kann, um den Dienst in den DDR-Streitkräften oder im gefährlichen Uran-Bergbau in Aue zu umgehen. Der Inhalt war einer ebenfalls getarnten Broschüre der britischen Propaganda aus dem Zweiten Weltkrieg entnommen.

Angebliche Schriften des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes (WGB) riefen die FDGB-Funktionäre zur Einhaltung der Gesetze und zum Einschreiten gegen Übergriffe der SED gegen „die Werktätigen im ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ auf und beschrieben andererseits die Arbeitsmöglichkeiten der freien Gewerkschaften in den einzelnen westeuropäischen Ländern.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Mohrungens berühmter Sohn

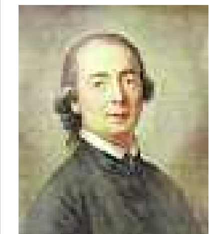
Im Jahre 1327, also vor 690 Jahren, erhielt das ostpreußische Mohrungen die Stadtrechte. Der Namen der Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises im Regierungsbezirk Königsberg stammt von den ersten Siedlern, die aus dem Südharz stammten. Er erinnert an den vermutlich von der Burg Morungen bei Sangerhausen stammenden mittelalterlichen Minnesänger Heinrich von Morungen, einen bekannten Sohn der Region.

Ein bekannter, wenn nicht der bekannteste Sohn von Mohrungen in Ostpreußen ist Johann Gottfried Herder. Der deutsche Dichter, Übersetzer, Theologe sowie Geschichts- und Kulturphilosoph der Weimarer Klassik wurde am 25. August 1744, also vor 273 Jahren, geboren. Seine Eltern, der Glöckner Gottfried Herder und seine Ehefrau Anna Elisabeth, ließen ihn am 28. August 1744 taufen.

Seine Kindheit und Jugend verlebte er in der später nach ihm selber benannten damaligen Kirchstraße. Während der Schulzeit kümmerte sich auch der Diakon Sebastian Friedrich Trescho um Herder, der in die Lateinschule ging und dort von Rektor Grimm unterrichtet wurde.

Nachdem Preußen und Russland im Siebenjährigen Krieg am 5. Mai 1762 den Separatfrieden von Sankt Petersburg geschlossen hatten, überredete ein russischer Regimentsarzt Herder in Königsberg zu einem Studium. Der 18-Jährige verließ Mohrungen noch im selben Jahr. Der Kontakt zur Mutter brach allerdings nie ab.

Das sich stetig ändernde Leben bereitete Herder viele Erkenntnisse über das Zusammensein von Menschen. Er arbeitete ab 1764 in Riga als Collaborator, sprich als Hilfslehrer, in der Domschule. Später war er Prediger in der Schlosskirche der Grafschaft in Bückeburg. Am 2. Mai 1773 heiratete er Maria Karoline Flachsland. Ab 1776 wohnte die Familie in Weimar. Herder wurde Oberpfarrer und war in mehreren Ämtern tätig. Am 18. Dezember 1803 starb Herder in Weimar. Zuvor waren bereits von 1793 bis 1797 in Riga seine „Briefe zur Beförderung der Humanität“ erschienen, in denen er die Gleichwertigkeit der Menschen aufzeigt.



Herder Bild: CF

Ostpreußens polnische Nachbarn verehrten Herder schon zu seinen Lebzeiten. Bereits wenige Jahre, nachdem sie in Mohrungen die Verwaltung übernommen hatten, gab es ein kleines Herdermuseum im Alten Rathaus. Mittlerweile ist im Dohna-Schlösschen das Johann-Gottfried-Herder-Museum untergebracht. Die für die Dohnas errichtete Stadtresidenz war nach vielen Beschädigungen in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges 1975 bis 1985 gründlich renoviert worden und ist seit 1986 eine Zweigstelle des Allensteiner Museums für Ermland und Masuren. Gegenüber der Stelle, wo das Elternhaus einst stand, kann man an dem Denkmal Herders sein Leben und Wirken in sich aufnehmen. Die Kirchstraße seiner Kindheit hat den Namen „ul. Herdera“ erhalten, und die Aula in der Schule heißt „Herder-Aula“. Somit tut auch die Republik Polen das Ihrige, dass das Wissen um das Leben und Werk dieses wahrhaftigen Menschenrechtlers der Nachwelt erhalten bleibt.

Elisabeth Krahn

Die Verfasserin ist Redakteurin der Kreisgemeinschaft Mohrungen

Der Moment der Woche


Foto: ddp images

Kimono statt Hidschab oder Burka: Eine rigide Einwanderungspolitik sorgt in Japan dafür, dass eine Islamisierung kein Thema ist. Keine andere Industrienation grenzt sich derart streng ab. So gewährte das Land im letzten Jahr nur 28 Bewerbern von rund 10 000 Antragstellern Asyl.

„An dieser Politik wird sich auch nichts ändern“, betonte jetzt Japans neue Justizministerin Yoko Kamikawa. Begründung: Zuerst wolle das Land eigene nationale Probleme lösen, bevor es sich mit Einwanderungspolitik beschäftige. Außerdem gehöre Japan schon zu den größten Geldgebern für Entwicklungsprojekte. Allein 2015 wären es 1,6 Milliarden Dollar gewesen. Gegenüber deutschen Hilfsgeldern ist die Summe allerdings schmal: Von Berlin aus flossen 2015 17,8 Milliarden Dollar in den ärmeren Teil der Welt. FH

Rastalocken gehen gar nicht

Immer absurder wird der Tugendwahn. Neuestes Hassobjekt: Die »kulturelle Aneignung«

Nun hat es Super Mario erwischt. Der kleine Klempner von Nintendo ist den Gerechtigkeitskämpfern vor die Flinte gelaufen. Der Grund: Auf dem Cover der neuesten Version des Computerspiels trägt Mario Sombrero und Poncho. Und das als Italiener?

Ein gar nicht so neuer Unsinn schwappt nach großen Erfolgen in den USA auch nach Deutschland über: die „kulturelle Aneignung“. Weiße Menschen sollen keine Symbole, Kleidungsstücke oder Handlungen anderer Völkerschaften übernehmen. Man würde ihnen Identität und Ansehen rauben.

Wer jetzt meint, dann dürften ja auch Indianer, Eskimos oder Kurden keine Jeans tragen oder VW Golf fahren, der irrt. Nein, die dürfen das. „Kulturelle Aneignung“ ist es allein, wenn Weiße okkupieren, was mit einer andere Rasse und Kultur verbunden wird. Wer sein Haupt mit Rastalocken schmückt, sich als Indianer verkleidet oder seine Stirn mit einem indischen Bindi, dem kreisförmigen Schönheitsfleck, schmückt, muss mit Schlimmem rechnen. Eine Protestwelle, ein Shitstorm, droht. Daher gehört das Einknicken in den USA schon zum Reflex. Nintendo hat die Bilder vom Umschlag entfernt.

Auch im Land der Freien will sich keiner mit den Gerechtigkeitsfanatikern anlegen. Eine paar Beispiele, wie verrückt es zugeht: US-Sänger Justin Timberlake twitterte, dass ihn der schwarze Schauspieler und Aktivist Jesse Williams inspiriere. Der hatte eine Rede gehalten über Rassismus und „kultureller Aneignung“. Aber: Der dumme Weißfisch! Wie konnte er nur denken, das sei keine kulturelle Aneignung? Timberlake entschuldigte sich. So wie das Model Karlie Kloss für das Tragen einer indianischen Federhaube oder Hollywoodstar Chris Hemsworth („Thor“), der sich auf einer Kostümparty ebenfalls im Kleider-Fundus der Rothäute vergriffen hatte. Sein zerknirschter Tweet danach: „Ich entschuldige mich aufrichtig und uneingeschränkt bei allen Ureinwohnern für diese gedankenlose Aktion.“

In Deutschland mag man nicht abseits stehen. Die deutsch-iranerin Hengameh Yaghoobifarah, wohnhaft in Berlin und anscheinend als eine Art Journalistin beziehungsweise Berufs-Feministin unterwegs, zählt derzeit wohl zu den lautstärksten Aufpassern in Sachen „kulturelle Aneignung“. Für Yaghoobifarah steht fest: Rastalocken bei Weißen geht gar nicht. Mit derlei Wuschelköpfen möchte sie nicht einmal reden oder nur daneben sitzen, offenbart sie im „Missy Magazin“, dem Magazin für Pop, Politik und Feminismus. Bei einer Technoparty hat sie entsetzt festgestellt, dass sie quasi auf einem kolonialrassistischen Rastalocken-Treffen, einem Schauplatz der „weißen Vorherrschaft“ gelandet war. Weitere rassistische Mode-Fauxpas waren Kimonos, Oberteile mit chinesischen Zeichen, Bindis, Saris, Turbane und Sharwals (das sind die Hosen, bei denen der Schritt ganz weit unten hängt). „Warum ist es für so viele Leute so schwierig, ein Outfit zu finden, ohne andere damit anzugreifen? Wie wäre es mit einer Jeans und einem Shirt? Einem Blümchenkleid? Einem karierten Rock?“, fragt sie pikiert.



Eine Verkleidung als Haremsdame? Das ist rassistisch! Bild: ÖgG e.V.

Es gibt immer mehr Pikierte: Beim letzten Karneval gab es eine Plakatkampagne, organisiert unter anderem von der Antonio-Amadeu-Stiftung und der Linkspartei. Mit waidwundem Blick hielten offensichtliche Araber, Japaner und Indianer ein Foto hoch, auf dem sich ein fröhlicher Karnevalist ihre Nationaltracht anmaßte. „Das bin nicht ich und das ist nicht okay“, befanden die volksfremden Spaßbremsen. Geschert um derlei „jekke“ Ansinnen haben sich wohl wenige Karnevalisten. Lachhaft ist die Aktion aber nicht. In Anlehnung an ein Gandhi-Zitat – sicher auch kulturelle Aneignung – bleibt festzustellen: „Erst ignorierst du den Mist, dann belächelst du ihn, aber wenn du ihn dann nicht bekämpfst, wird er dir schon bald den Alltag versauen.“

Als Nächstes warten schon „Lookism“ (Benachteiligung durch zu schön oder zu hässlich), „Femmephobie“ (Wenn Lesben „zu weibliche“ Lesben ablehnen) und ungleiche Bezahlung nach Rasse und Behinderungsgrad. Wo es endet: An der Stanford Universität in Kalifornien gibt jetzt einen Kurs zur „Überwindung des Weißseins.“

Volker Kleinophorst

Das diskrete Elend

Sie darben im Verborgenen: Aus Stolz, Scham und Unwissenheit verzichten viele Bürger trotz großer Armut auf staatliche Hilfe

Sicher gibt es Menschen, die viel und gern von der staatlichen Wohlfahrt in Empfang nehmen. Andere Bedürftige tun dies nicht: Nach Schätzungen von Armutsforschern könnten wohl zwei Dritteln aller Senioren Grundsicherung im Alter beantragen und ihre Rente damit aufstocken. Die meisten wenden sich ebensowenig an den Staat wie viele Erberslose und Alleinerziehende. Den Herrschenden ist das nur recht. So lässt sich die Mär vom Wohlstandsland aufrechterhalten.

Die ersten Flaschensammler kommen morgens gegen Vier auf den Platz in der Dresdner Innenstadt. Meist handelt es sich um ältere Männer mit ebenso alten Fahrrädern, die auf dem tagsüber höchst belebten Platz die Abfallbehälter durchforsten. Man kann auf Anhieb erkennen, dass hier keine alkoholisierten Nachtschwärmer unterwegs sind, sondern disziplinierte Frühaufsteher. Diese gehen ihrem „Job“ deshalb so zeitig nach, weil sie möglichst nicht gesehen werden wollen. Und die Chancen hierfür stehen ja auch gut. Die „Flüchtlinge“ in der benachbarten Erstaufnahmeeinrichtung, die den Platz sonst gerne lärmend in Beschlag nehmen, schlafen beispielsweise noch tief und fest.

Zwei Stunden später sind es dann verhärmte Frauen im Rentenalter. Auch sie hoffen auf ein paar Cent Pfandgeld, trauen sich aber nicht schon im Dunkel der Nacht auf die Straße. Also muss der Griff nach dem vielleicht von den Männern übersehenen Leergut diskret erfolgen, während die Leute ringsum zur Arbeit eilen.

So wie die Flaschensammler verschen viele Menschen hierzulande, die Gesellschaft möglichst wenig mit ihrer eigenen prekären wirtschaftlichen Lage zu konfrontieren. Deshalb verhalten sie sich nicht nur diskret, wenn sie im Abfall nach Verwertbarem suchen, sondern verzichten vielfach auf staatliche Leistungen wie Hartz IV oder Grundsicherung im Alter. Für dieses Phänomen haben Sozialwissenschaftler den Begriff „Verdeckte Armut“ geprägt.

Dieselbige wiederum erleichtert es Politikern vom Schlage der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), die Situation schönzureden. Als der Paritätische Wohlfahrtsverband im März 2017 seinen neuesten Armutsbericht vorlegte und darin auch auf die anwachsende Altersarmut verwies, meinte Nahles, das Armutsrisiko älterer Menschen sei doch im Vergleich zur übrigen Bevölkerung überaus gering. Dabei kommen mittlerweile sogar die offiziellen Zahlen alarmierend daher: Zwischen 2005 und 2015 (dem Zeitpunkt der letzten „Kleinen Volkszählung“) wuchs die Zahl der als arm geltenden Rentner und Pensionäre, die Grundsicherung bezogen, um 48,6 Prozent. Damit stieg die Armutsquote bei Älteren von 10,7 auf 15,9 Prozent und liegt nun schon leicht über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (15,7 Prozent).

Weitere Risikogruppen sind Alleinerziehende, Familien mit drei beziehungsweise mehr Kindern sowie Erwerbslose und Beschäftigte mit niedrigem Qualifikationsniveau. Hier liegt der Anteil der Armen im Bereich zwischen 25 und 59 Prozent. Ebenso trifft Armut auch Menschen mit Migrationshintergrund überproportional häufig, wobei sich in diesem Falle aber eine andere Tendenz zeigt: Die Armutsquote unter den Migranten sank in den letzten zehn Jahren um 1,8 Prozent, während sie sonst bei sämtlichen anderen relevanten gesellschaftlichen Gruppen anstieg: im Falle der Alleinerziehenden und Erwerbslosen beispielsweise um 11,5 beziehungsweise 19 Prozent.

Das alles sind freilich nur Zahlen, welche besagen, wer Leistungen bezieht und hierdurch in den Statistiken auftaucht. Viele Deutsche beantragen aber keine staatliche Unterstützung, obwohl ihre Einkünfte definitiv unter dem Existenzminimum liegen. Dies resultiert aus Unkenntnis der Rechtslage oder aus Angst, dass dann die Verwandten finanziell herangezogen werden. Ebenso scheuen Bedürftige die teilweise entwürdigenden Prozeduren im Zusammenhang mit der Antragstellung einschließlich peinlicher Kontrollen im persönlichen Lebensumfeld. Bei den Betroffenen mit relativ niedrigen, weil nur aufstockenden Ansprüchen obsiegt oft die Resignation angesichts des bürokratischen Aufwands, der im Verhältnis zum Ergebnis zu hoch erscheint.

> Der Staat spart wohl 20 Milliarden Euro pro Jahr


Reicht das Geld für eine warme Mahlzeit? Für viele, besonders ältere Menschen, eine tägliche bange Frage Bild: pa

Am Ende führt diese Zurückhaltung der Einkommensschwachen zur verdeckten Armut. Über deren Umfang liegen nur Schätzungen vor. So vermutet die Volkswirtin und Armutsforscherin Irene Becker eine Dunkelzifferquote von 68 Prozent bei der Grundsicherung im Alter. Das heißt, mehr als zwei von drei anspruchsberechtigten Rentnern oder Pensionären verzichten wohl auf ihnen zustehende Leistungen! Ähnlich sieht es im Falle der Erwerbslosen aus: Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stellen 40 Prozent derer, die eigentlich Hartz IV beziehen könnten, keinen entsprechenden Antrag. Alles in allem spart der Staat auf diese Weise wahrscheinlich um die 20 Milliarden Euro pro Jahr.

Umso schäbiger ist es, wenn Politiker wie Nahles den Drang vieler Armer zur Selbsthilfe missbrauchen, um die eigene Politik als erfolgreich zu verkaufen. Darüber hinaus besitzt das Ganze natürlich auch deshalb Brisanz, weil diejenigen, welche die Bundesrepublik gerne zum Sozialamt der ganzen Welt machen möchten, gleichzeitig die Mär vom „reichen Deutschland“ verbreiten.

Deshalb trachten viele politische Entscheidungsträger danach, die verdeckte Armut möglichst auch verdeckt zu belassen. Da sind beispielsweise all jene Versuche, die inzwischen zum integralen Teil des Stadtbildes gewordenen Flaschensammler durch speziell konstruierte Abfallbehälter von ihrem Tun abzuhalten. Dabei schrecken die Verantwortlichen nicht einmal vor immensen Kosten zurück. 2014 fielen in Hamburg für 160 solarbetriebene Mülleimer mit integrierter Schrottpresse pro Stück 5000 Euro an! Nachgefragt, warum man für insgesamt 800 000 Euro den Ärmsten der Armen auch noch das Pfandflaschen-Zubrot nehme, ließ der Senat der Hansestadt in seiner Stellungnahme verlauten: Bekanntlich werde „die Sicherung des Existenzminimums im Transferleistungsbezug sichergestellt“. Sprich: Wer sich mit Hilfe von Leergut über Wasser zu halten versucht, ist selber schuld daran – soll er doch dem Staat auf der Tasche liegen!

Den gleichen Mangel an sozialem Gewissen offenbart das strikte Verbot des Flaschensammelns auf Bahnhöfen und diversen Flughäfen, das folgendermaßen begründet wird: Man wolle den Reisenden einen angenehmen Aufenthalt garantieren und weder ihr Gefühl für Sicherheit noch für Ästhetik beeinträchtigen. Solche und ähnliche Äußerungen stehen ebenfalls für eine Form der Armut. Arm an Mitgefühl sind in diesem Fall die Verantwortlichen.

Wolfgang Kaufmann

Knapp mit 1872 Euro?

Die umstrittene Definition von Armut

Um in Deutschland als arm zu gelten, muss man nicht hungern und in Lumpen herumlaufen. Der Abstand des eigenen Einkommens zum sogenannten Medianeinkommen ist entscheidend. Es bezeichnet die Einkommenshöhe, von der aus die Anzahl der Haushalte mit niedrigeren Einkommen gleich groß ist wie diejenigen mit höheren Einkommen. Wer 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hat, ist von Armut bedroht. Bei 50 Prozent ist man offiziell arm. Das gilt zum Beispiel für einen Single-Haushalt, der über weniger als 892 Euro pro Monat verfügt, bei Familien mit zwei Kindern sind es 1872 Euro.

Die Koppelung der Armutsdefinition ans Medianeinkommen wird oft bemängelt. Kritiker wenden ein, dass selbst wenn alle Bürger plötzlich das doppelte Einkommen auf dem Konto hätten, es nach wie vor genausoviele arme Menschen wie vorher nach dieser Zählweise gäbe.

Wie viele Menschen in Deutschland dagegen tatächlich so arm sind, dass sie betteln müssen oder des öfteren Kohldampf schieben, weiß niemand. Die Zahl der Bettler in Städten wie Hamburg, Berlin oder Köln steigt. Darunter sind organisierte Migranten aber auch geborene Deutsche. Die wenigsten werden ohne große Not dieser entwürdigenden Tätigkeit nachgehen.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 34– 25. August 2017

MELDUNGEN

Königsberg per Flug erreichbar

Königsberg – Die russische Regionalfluggesellschaft RusLine will ab Oktober zwei Direktflüge von Königsberg nach Berlin beziehungsweise Prag anbieten. Geflogen wird jeweils einmal pro Woche, wobei bei guter Buchungslage an eine Ausweitung des Angebots zu weiteren Zielorten gedacht wird. RusLine (vormals Air Volga) ist trotz ihres jungen Namens bereits seit 20 Jahren im Geschäft und verwendet Flugzeuge wie die Bombardier CRJ 100 und 200 mit Platz für jeweils 50 Passagiere, die auch auf den Königsberg-Flügen zum Einsatz kommen sollen. Die Flugpreise dürften in der „Ekonom-klass" zumeist bei unter 100 Euro liegen. Hierbei kann man je nach Buchung zehn bis 20 Kilogramm Aufgabegepäck sowie fünf Kilogramm Handgepäck mitnehmen. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jablonki], Baustelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Sorquitten [Sorkwity], Baustelle. Straße Nr. 16c: Kaplitainen [Kaplityny], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. *E.G.*

Licht und Schatten in Cranz

Viele Neuerungen im beliebten Ostseebad – doch Urlauber sehen nicht alles positiv

Cranz zählt unbestritten zu den beliebtesten Ferienorten an der Ostsee. Die Veränderungen während der diesjährigen Saison hinterließen bei den Besuchern zwiespältige Gefühle.



Neue Sehenswürdigkeit: Windrosen-Mosaik an der Promenade Bild: J.T.

Die diesjährige Badesaison neigt sich dem Ende entgegen. Häufiger Regen und starker Wind ließen die Hoffnung der Urlauber auf ein baldiges Einsetzen des lange ersehnten Sommerwetters schwinden. Cranz zählt – unabhängig vom Wetter – von jeher zu den beliebtesten Kurorten der Region dank seiner Nähe zu Königsberg und seines verhältnismäßig breiten Strandes.

In diesem Jahr hatte Cranz viel Neues zu bieten, Postives wie Negatives. Der Ferienort verändert sich zunehmend. Zum einen wächst die Stadt in bislang ungekanntem Maße. Die gesamte Stadtumgebung gleicht einem riesigen Bauplatz. Vergrößterte sich Cranz vor ein paar Jahren vom Zentrum aus Richtung Königsberg, wird jetzt in Richtung Kurische Nehrung gebaut. Bäume verschwinden, Wiesen und Felder werden in alle Richtungen umgegraben. Im letzten Jahr gab es am Ende der Promenade noch ausgedehnte Grünflächen, die nun verschwunden sind. Der Bauboom hat einen Höhepunkt erreicht, obwohl die Nachfrage nach Immobilien viel geringer ist als das Angebot.

Auf der Promenade wurden in diesem Jahr überall Lautsprecher aufgestellt, aus denen abwechselnd auf Russisch und auf Englisch Informationen ertönen, die das Urlaubsvergnügen überschatten. Der ruhige Spaziergang auf der Promenade wird allzu oft unterbrochen durch Warndurchsagen: „Bürger, seien Sie wachsam, begehen Sie nicht die Wellenbrecher, fordern Sie das Schicksal nicht heraus. Das könnte zum Tod oder zu Behinderungen führen." So geht es von morgens bis abends. Immer derselbe Text. Mit Ausnahme einer Variante, die lautet: „Die gesamte Stadt ist mit einem Videoüberwachungssystem ausgestattet. Alle illegalen Handlungen werden aufgezeichnet und angezeigt. Die Polizeistation sorgt rund um die Uhr für Ordnung. Keine kriminelle Handlung bleibt ungestraft." Es entsteht der Eindruck, als ob man sich nicht an einem Ferienort, sondern mitten in einer Zivilschutzübung befindet.

Ein weiteres Ärgernis ist der überbreite Radweg im Vergleich zum Fußgängerbereich. „Blinder Eifer schadet nur," heißt ein Sprichwort. In Cranz gibt es nur vereinzelt Radfahrer, doch der Radweg ist an einigen Stellen so

Der Strand ist wieder breiter geworden

breit, dass die Fußgänger einem einzelnen Radfahrer ausweichen und aufpassen müssen, dass sie nicht angerempelt werden.

Eine weitere negative Änderung betrifft die Zahl der Kioske. Die Stadtverwaltung hat nicht alle Pachtverträge mit Kaffeebudenbetreibern, von denen es bisher viele gab, verlängert. Man konnte sich dort immer bequem mit Limonade, Kaffee, Wasser, Süßigkeiten und Sandwiches versorgen und dann den Sonnenuntergang am Meer genießen. Die alten Kioske sind verchwunden, und nun gibt es auf der etwa zwei Kilometer langen Promenade nur noch wenige große Pavillons, die Schilder mit der Aufschrift „zu vermieten" zieren. Ein paar Pächter haben sich wohl noch gefunden. Allerdings bilden sich lange Schlangen vor diesen Cafés. Offenbar hat die Stadtverwaltung mit ihrer seltsamen Entscheidung nicht an die Bedürfnisse der Urlauber gedacht und auch nicht die Interessen der Kleinunternehmer berücksichtigt, die plötzlich ihr Geschäft verloren haben.

Doch Schatten gibt es nur bei Licht. Zu den positiven Entwicklungen zählt, dass es endlich gelungen ist, den Strand in Cranz zu verbreitern. Der Kampf gegen das vordringende Meer war jahrelang vergeblich geführt worden. Dabei war die Lösung denkbar einfach: Entlang der gesamten Promenade wurden in kurzen Abständen hölzerne Wellenbrecher angelegt, die in geordneten Reihen 100 Meter ins Meer hineinragen. Man musste nur die 100 Jahre alte Erfahrung des Küstenschutzes, wie sie vor dem Krieg in Cranz noch angewendet wurde, wieder aus der Erinnerung hervorholen. Einziger Nachteil: Die aneinander gereihten Buhnen behindern etwas den Blick aufs offene Meer.

Cranz hat auch viele neue Skulpturen erhalten. Der Promenadenabschnitt bei der „Windrose" ist sehr bekannt. Bei Feiern trifft man sich dort. Es ist immer voll und laut, weil viele hier spazieren gehen. Obwohl der Platz „Windrose" genannt wird, gab es bislang nichts, was diesen Namen rechtfertigen würde. Die Behörden beschlossen, einen Wettbewerb für die Installation einer Windrose auszuschreiben. Als Ergebnis dessen kann man nun ein Mosaik bewundern. Es hat einen Durchmesser von zwölf Metern. Lateinische Buchstaben zeigen die Himmelsrichtung. Die Kosten für diese Promenadenverschönerung betrugen umgerechnet über 47 000 Euro.

Jurij Tschernyschew

Geschichte im Film

Dokumentation über Hindenburg und Hitler in Neudeck

In Neudeck wurden Aufnahmen für den Dokumentarfilm „Die Zweite Hauptstadt des Reiches. Hindenburg und Hitler" gemacht, für dessen Realisierung das Internet-Museum von Deutsch Eylau verantwortlich ist (http://www.ilawasprzedlat.pl). Es ist die dritte Episode einer Reihe von Dokumentarfilmen über die Geschichte Ostpreußens. Die erste war die „Große Flucht", die im Juni vergangen Jahres gedreht wurde. Bisher haben über 11 000 Menschen diesen Film gesehen. Nun folgt bald die Premiere eines Films über die Geheimnisse des Schlosses in Schönberg: „Die zweite Hauptstadt des Reiches. Hindenburg und Hitler" erzählt die Geschichte des Dorfes Neudeck, in dem der Reichspräsident Paul von Hindenburg im August 1934 starb. Von 1929 bis zu seinem Tod verbrachte er den größten Teil eines jeden Jahres in seinem Gut in Ostpreußen. Während seines Aufenthaltes in Deutsch Eylau wurde er von Kanzlern, Ministern, Botschaftern und sogar Staatsoberhäuptern besucht. Auch Adolf Hitler erschien mehrmals in Neudeck.

Hauptdarsteller ist Michał Młotek, der auch Autor des Drehbuchs ist sowie Gründer des Internet-Museums von Deutsch Eylau und Verfasser des Buches „Geheimnisse des Grenzlandes" über Paul von Hindenburg. Für Montage und Realisierung ist das „Forest Grandfather Studio" von Mateusz Kowalski verantwortlich. Der Film

Ostpreußische Geschichte in acht Episoden

soll auch ins Deutsche übersetzt werden.

„Die zweite Hauptstadt des Reiches. Hindenburg und Hitler" entsteht im Rahmen eines künstlerischen Stipendiums des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Bis Ende dieses Jahres wird als Teil des Stipendiums noch eine Episode der Serie entstehen. Sie wird den Titel „Geheime Aktion von Zychlinski" tragen und sich auf das Thema der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen und im Oberland von 1920 konzentrieren.

Vergangenes Jahr hatte Mlotek ebenfalls in Neudeck Fotos für eine Episode des Dokumentarfilms über die Schlacht bei Tannenberg gemacht. Der Film wurde unter Mithilfe des Spezialisten für die Geschichte Ostpreußens Przemysław Kawecki mit Unterstützung des Museums der Geschichte Polens realisiert. Er zeigt unter anderem die Ruinen des Gutshauses von Paul von Hindenburg in Neudeck und die Infanteriekaserne in Deutsch Eylau. Die Fotos wurden in Südostpreußen an den Orten aufgenommen, in denen die wichtigsten Ereignisse der Schlacht stattgefunden haben. In dem Film traten auch Historiker, Heimatkundler, Sammler und Schatzsucher auf.

Insgesamt besteht der Dokumentarfilm aus acht Episoden. Sieben können unter folgendem Link angesehen werden: http://www.ilawasprzedlat.pl/2016/06/26/powstaje-program-o-bitwie-pod-tannenbergiem-czesc-zdjec-powstawala-w-ogrodziencu-i-ilawie.

Leszek Chaburski

Entschädigung ostpreußischer Wolfskinder

Die Bundesregierung ist jetzt bereit, alle Ostpreußen mit jeweils 2500 Euro zu entschädigen, die als Kinder und Jugendliche in der Heimat für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten mussten (siehe auch Interview Seite 2). Von den Antragstellern sollten alle damals abverlangten Tätigkeiten aufgeführt werden, deren Verweigerung für sie unmittelbare und schwerwiegende Folgen gehabt hätte (wie zum Beispiel körperliche Misshandlungen, Hungertod, Kältetod und Ähnliches).

Die Entschädigung der ostpreußischen Wolfskinder, Königsberger Kinder und Waisenhauskinder erfolgt im Rahmen des schon im Sommer 2016 vom Bundestag beschlossenen Zwangsarbeiterentschädigungsgesetzes. Das bedeutet, dass jeder einzelne Betroffene gegenüber dem **Bundesverwaltungsamt bis zum 31. Dezember 2017** angeben muss, zu welchen Arbeiten er in Ostpreußen nach Kriegsende von der sowjetischen und/oder polnischen Besatzungsmacht gezwungen worden ist. Dies können zum Beispiel Tätigkeiten sein wie das Beseitigen von gefallenen Soldaten und Zivilisten, das Zusammentragen von Beute- und Demontagegut, das Arbeiten auf sowjetischen Sowchosen oder das Arbeiten im Dienste polnischer Bauern.

Im Fall der Wolfskinder sollten zusätzlich auch alle schweren körperlichen Arbeiten in Litauen und anderen Teilen der Sowjetunion aufgeführt werden, deren Verweigerung ebenfalls unmittelbare und schwerwiegende Folgen für die Betroffenen gehabt hätte. Es geht beim Ausfüllen des Antrags nicht darum, das ganze Schicksal im Detail zu schildern, sondern insbesondere um den Nachweis geleisteter Arbeit, die unter Zwang erbracht wurde.

Die Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker hat vergangene Woche in einer Presseerklärung mitgeteilt, dass die Beamten im Bundesverwaltungsamt für die Problematik um die ostpreußischen Kinder jetzt sensibilisiert sind. Für deren Anträge soll der Ermessensspielraum ab sofort vollumfänglich begünstigend ausgelegt werden. Auf die erste Seite des Antrags sollte zwecks besserer Erkennung und abhängig vom persönlichen Schicksal zusätzlich der Begriff „Ostpreußisches Wolfskind", „Ostpreußisches Hungerkind" oder „Königsberger Kind" geschrieben werden.

Die nötigen Formulare lassen sich hier herunterladen:

http://www.bva.bund.de/DE/Organisation/Abteilungen/Abteilung_VII/Zwangsarbeiter/zwangsarbeiter_node.html

Weitere allgemeine Informationen zum Zwangsarbeiterentschädigungsgesetz gibt es hier: http://www.bund-der-vertriebenen.de/themen-und-termine/entschaedigung-ziviler-deutscher-zwangsarbeiter.html

Anträge und Merkblätter lassen sich auch telefonisch oder per Briefpost anfordern unter: Bundesverwaltungsamt – Außenstelle Hamm, Referatsgruppe FT II, Herrn Rainer Hoffstedde, Alter Uentroper Weg 2, 59071 Hamm, Telefon (0228) 99358-9800, E-Mail: AdZ@bva.bund.de *EB*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

schließen wir gleich an das Ende der Folge 33 an, aber wir können leider nicht so Erfreuliches berichten, wie es den letzten Zeilen zu entnehmen war. Da schrieb ich über meinen Kollegen und ehemaligen *Ostpreußenblatt*-Redakteur **Horst Zander** und seine Frau **Lydia**, die ihren Familienhof in Hinterpommern wieder zurückerworben hatte und nun mit ihrem Mann dort ein Leben fern von aller Hetze in einer beschaulichen Landschaft führte, um das die beiden so manch ein Besucher – und es kamen nicht wenige, gab es aus dem alten Ostpreußenkreis – beneidete. Als „idyllischen Lindenhof“ bezeichnete ich dieses von alten Bäumen umgebene Anwesen. Hat sich was mit Idylle: Heute herrscht dort das Kreischen der Baumsäge, denn der furchtbare Orkan, der Polen so vernichtend traf, hat Hinterpommern nicht verschont, auch nicht den Ort Schimmerwitz am Walde und damit den Lindenhof. Wenn man ihn noch so bezeichnen kann, denn sämtliche Linden hat der Orkan entwurzelt, und auch im Obstgarten hat er Kahlschlag gemacht. Ein einziger Apfelbaum soll übrig geblieben sein, wie mir Horst Zander am Telefon berichtete. Es ist besonders schmerzlich, weil es sich zum Teil um 100-jährige Bäume handelt. Horst Zander behauptete, in seinem Leben noch nie solch einen Orkan erlebt zu haben. Doch die Zanders packen schon wieder an, denn zum Glück blieben die Gebäude verschont. Aber ein Stromausfall, der Wochen dauern könnte, kommt nun erschwerend hinzu. Das ließ uns Horst Zander bei dem Gespräch wissen. Hoffentlich hat sich inzwischen die Lage wenigstens in dieser Hinsicht verbessert – die alten Linden, die dem Hof den Namen gaben, bringt niemand mehr zurück. Die Säge kreischt weiter ...

Wer mit unserer Ostpreußischen Familie vertraut ist, wundert sich nicht, wenn auf eine in unserer Kolumne veröffentlichten Frage eine Resonanz erfolgt, welche die eigenen Erwartungen weit übertrifft. Anders ist es bei den Suchenden, die bisher die *PAZ* nicht kannten und sich auf Rat einer Leserin oder eines Lesers mit ihrem Anliegen an uns wenden. „Solch eine Reaktion haben wir nicht erwartet“, ist oft das Fazit. Das trifft auch für Herrn **Volker Kadow** aus Erfurt zu, der nach Königsbergern suchte, die ihm etwas über die Gartenstadt Westend sagen konnten, weil dort seine Mutter ihre Kindheit verbracht hatte. Er teilte mir am Telefon mit, dass er mit einem solchen Echo nicht gerechnet hätte. Es kam in Form von Briefen, Karten, Bildern, Plänen und Anrufen, die ihm in ihrer Vielseitigkeit die Kinderheimat seiner Mutter transparent machten. Wesentlich trugen dazu die Ausführungen von Herrn Professor Dr. **Günter Hertel** bei, die wir in Folge 30 veröffentlichten. Der von ihm erstellte Lageplan der Gartenstadt rief einen langjährigen Leser auf den Plan, der nun das oft zitierte Sahnehäubchen lieferte. Herr **Herbert Roesnick** aus Hamburg teilte uns mit, dass er seine ganze Kindheit in der Gartenstadt verbracht habe und deshalb authentische Auskunft geben könnte. So über die im Plan verzeichnete Haynstraße, die aber Burdastraße hieß – und da ist kein Irrtum möglich, denn in dieser Straße stand sein Elternhaus, in dem er bis zur Flucht lebte. So hat er noch viele Erinnerungen an sein Kinderparadies, das viel Freiheit und unbeschwertes Spiel bot – wie das Moddern im Wirrgraben, das eigentlich untersagt war, aber als kleiner Lorbass hält man sich nicht an solche Verbote. Auch über seine Schulzeit in Kohlhof kann er berichten, über die benachbarte Gartenstadt Charlottenburg und über Hardershof. Und damit wird er für Herrn Kadow zu einem verlässlichen Informanten für das von ihm geplante Buch über das Leben seiner Mutter. Hier zeigt sich einmal wieder die Ostpreußische Familie als Netzwerk, denn ich brachte die beiden als Telefonpartner zusammen – am besten hinterfragen lässt es sich eben im direkten Gespräch.



„Ist dieses Mädchen vorne meine Schwester?“, fragt Dr. Valery Sewastianow

Bild: privat

Und da schließe ich gleich meine schon x-mal ausgesprochene Bitte an, für die immer Wiederholungsbedarf besteht: Bei an unsere Ostpreußische Familie gerichteten Anliegen möglichst die volle Anschrift und Telefonnummer angeben, sie sind für eine intensive Bearbeitung der Suchfragen unerlässlich. Wenn eine Veröffentlichung der Telefonnummer nicht gewünscht wird, kann man vermerken: „Nur für den internen Gebrauch.“ Bei den meisten Anfragen muss recherchiert werden, denn viele Angaben sind ungenau oder fehlen gänzlich, wobei natürlich der Faktor Zeit eine Rolle spielt. Hinzu kommt, dass sich gerade die älteren Leserinnen und Leser, die als Zeitzeugen in Frage kommen, nur postalisch oder telefonisch melden können. Anschrift und Telefonnummer immer auf dem Schreiben vermerken, nur auf dem Umschlag genügt nicht. Bitte teilen Sie das auch den möglichen Fragestellern mit, die keine Bezieher unserer Zeitung sind, aber von Ihnen auf diese hingewiesen werden, denn die belassen es zumeist nur bei der E-Mail-Adresse. So, das wäre mein Zwischenruf, der hoffentlich beherzigt wird.

Auch der russische Wissenschaftler Dr. **Valery Sewastianow**, der heute auf einem alten Bauernhof im Samland lebt, kam zu uns auf Empfehlung seines Forstkollegen **Armin Eschment**, und mit diesem Namen bin ich seit alten Rossitter Zeiten vertraut, denn sein Vater war der bekannte „Nehrungsförster“ **Dietrich** Eschment. Aber die Suchfrage, die uns der russische Fragesteller vorlegt, gehört wohl zu den schwierigsten der letzten Zeit, und ich habe Mühe, aus der Fülle seiner in einem langen Schreiben übermittelten Informationen die wichtigsten herauszusuchen: Es handelt sich um die Identität des heute 70-Jährigen, verbunden mit der Suche nach einer vermuteten Schwester. Beider Schicksal beginnt 1947 im von den Russen okkupierten Königsberger Gebiet, in Georgenswalde an der Samlandküste. Dort hatte die Chefchirurgin und Majorin im Medizindienst **Taisia Lerman** mit ihrem Ehemann, dem Oberst im Medizindienst **Wasili Schafran**, ihren Wohnsitz, zu dem auch ein Klinikum gehörte. Zuvor war die Ärztin in einem Hospital im schlesischen Waldenburg tätig gewesen. Dort arbeitete auch ihre Tochter **Galina Lerman** als Krankenschwester. Diese fuhr mit ihrem Mann, dem Leutnant **Dmitry Sewastianow**, am 3. August 1947 zu Galinas Eltern nach Georgenswalde. Anscheinend hatten diese sie gerufen, weil sie eine Adoption vorbereiteten, denn sie holten zwei Kinder deutscher Herkunft aus einem nahen Kinderheim. Es sollte sich um Geschwister handeln, ein etwa drei- bis vierjähriges Mädchen, das den russischen Namen **Ludmila** erhielt, und einen erst einjährigen Jungen. Gemäß einer Verordnung sollten die Kinder älter als zwei Jahre sein – der Junge war aber erst etwa ein Jahr alt. Galina und Dmitry entschieden sich für den Jungen und fuhren mit ihm nach der Adoption, bei der Valery seinen russischen Namen erhielt, wieder nach Waldenburg zurück. Im Sommer 1948 mussten sie Schlesien verlassen und kamen nach Weißrussland. Dort, in der Stadt Baryssau beziehungsweise Borissow, wurde den Adoptiveltern eine Geburtsbescheinigung für den Sohn ausgestellt.

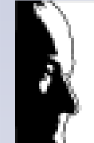
Und nun lassen wir Dr. Sewastianow selber erklären, wie sein Leben weiter verlief:

„Gemäß diesem Dokument bin ich am 13. Juni 1947 in Waldenburg geboren, aber ich habe immer gewusst, dass dies nicht in mein Leben passt. Aufgrund neuer Gesetze in der UdSSR konnte mir aber niemand die Wahrheit sagen. Das war lebensgefährlich für alle. Trotzdem wusste ich immer, dass meine Geschichte so nicht passt. Jedes Jahr sind wir nach Georgenswalde gefahren, und Großmutter sorgte für meine Gesundheit (Bronchitis). Vater war immer mit Fotoapparat und jeder meiner Schritte wurde fixiert. Damals war Fotografie nicht so einfach wie jetzt. Später hat meine Mutter die Fotos meistens verbrannt. Nur einen kleinen Teil hat sie für sich behalten, und jetzt weiß ich auch, wie, wo und wann. Auf einem Foto ist ein Mädchen mit mir zusammen aufgenommen. Wir sind ähnlich wie Zwillinge. Nur sieht das Mädchen drei bis vier Jahre älter aus als ich. Wir sind Geschwister. Ich suche dieses Mädchen. Nur sie weiß meinen Namen und den von meinen richtigen Eltern. Diese Geschichte habe ich als Suchfrage im November 2016 an das Deutsche Rote Kreuz beschrieben. Ich bin sehr erstaunt, dass DRK wirklich sucht, russisches RK kann das nicht. Größte Dankbarkeit an Frau **Monika Arnold**. Sie sucht Unterschriften in Archiven von 1947 von Leutnant Sewastianow, Major Lerman, Oberst Schafran. Adoption soll ordnungsgemäß dokumentiert worden sein. Bis heute läuft die Suche negativ. In dieser Zeit habe ich von einer anderen Seite aus mit der Suche begonnen. Ich sah alte Fotos aus verschiedenen Archiven. Nur ich konnte das Mädchen finden und habe auch gefunden. Wenn das Mädchen im Vordergrund einen kleinen Bruder in Georgenswalde verloren hat, dann bin ich das. Darum schreibe ich diesen Brief an Sie: Kann mir jemand bei der Suche helfen?“

Was veranlasst den Wissenschaftler, der vielfach ausgezeichnet wurde – so mit der Goldenen Medaille für die beste studentische Wissenschaftsarbeit in der UdSSR im Jahr 1974 – anzunehmen, dass er überhaupt eine Schwester hat, und zu glauben, diese auf dem hier abgebildeten Foto zu erkennen? Es wurde in der Adoptivfamilie wohl darüber gesprochen, und einmal soll es auch einen konkreten Grund dafür gegeben haben: Im Jahr 1959 hat jemand in Georgenswalde nach ihm gesucht. Seine Adoptivmutter stellte ihm damals täglich die Frage: „Wenn zu dir kommt fremde Frau und sagt dir, ich bin deine Mutter, was wirst du denn machen?“ Seinen Zieheltern ist er dankbar: „Sie haben mir das Leben gerettet, aber nicht gegeben. Sie selber lebten immer in Angst. Vater hat mir seine Karriere geschenkt.“ Er meint damit wohl geopfert, damit sein Sohn studieren konnte. Und noch einmal kommt Valery auf den Grund seines Schreibens an uns zu sprechen: „Ich will die Wahrheit wissen, um endlich frei zu sein. Eine 70-jährige Ungewissheit ist zu viel für jeden Menschen.“ Sein ganzes Leben hat er sich mit seiner „falschen Identität“ beschäftigt, die ihm viele Probleme bereitet hat, auch heute noch im Ruhestand, den er mit seiner Frau **Irina** auf einem alten deutschen Bauernhof im Samland verlebt, einsam zwischen Wald und Feld, mit selbst produzierten Nahrungsmitteln. Aber auch da erreichen ihn mögliche Antworten. (Dr. Valery Sewastianow RU-238730, Illowajskoe (Hutor), Krasnoznamensk, Gebiet Kaliningrad, RF, Telefon: + 795 0670 8471, E-Mail: drsev@mail.ru, mail.sevastianov@gmail.com)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Geistlicher Brückenbauer aus Oberschlesien

Der einen deutschen wie einen polnischen Pass besitzende emeritierte Bischof von Oppeln Alfons Nossol feierte seinen 85. Geburtstag

Am 13. August wurde in Groß Stein [Kamien Slaski] bei Oppeln [Opole] der Namenstag des wahrscheinlich im Schloss Groß Stein geborenen Heiligen Hyazinth, des Patrons des dortigen Sanktuariums, gefeiert. Anlässlich dessen gab es ein Pontifikalamt zum 60. Jahrestag der Priesterweihe, des 40. Jahrestages der Ernennung zum Bischof und des 85. Geburtstages von Alfons Nossol. Der Jubilar leitete die Messe höchstselbst.

Seit seiner Emeritierung 2009 ist es zwar etwas stiller um den seinerzeit dienstältesten Bischof der Republik Polen geworden, doch aus dem Gedächtnis gestrichen ist Erzbischof Alfons Nossol, der am 8. August seinen Geburtstag feierte, damit noch lange nicht. Wer im kirchlichen Sanatorium „Sebastianeum“ von Groß Stein nebst seinem Tagungsschloss Erholung oder eine Erbauung sucht, der kann dem einstigen Vorsitzenden der Ökumenekommission der Polnischen Bischofskonferenz schon einmal im Gang über den Weg laufen. Der im nahen Broschütz geborene Hirte aus deutscher Familie entgegnet dem verdutzten Besucher gerne ein „Grüß Gott“ oder fragt nach dessen Befinden – meist zielgenau nach Musterung in Deutsch, Polnisch oder „Wasserpolnisch“. Spätestens das löst bei vielen seiner einstigen Schäfchen einen wohligen Schauer aus. Denn sowohl das Deutsche, wie auch der regionale Mischidiom waren nach dem Krieg verpönt. Der zwischen den Nationalitäten geschickt ausgleichende Nossol brachte einer ganzen Generation der alteingesessenen Bevölkerung Oberschlesiens im Grunde ihre Würde erst wieder, indem er ihre Eigenarten aktiv mitlebte und ihnen somit Gewicht verlieh. Hier in Groß Stein hat der Erzbischof im Sebastianeum seine Altenwohnung im Obergeschoss gefunden. Oft schnappt er sich seine Nordic-Walking-Stöcke und hastet frohgemut die Treppe an der Rezeption hinunter, um in den Grünanlagen des Sanatoriums seine Runden zu drehen.



Im Plausch mit Besuchern in Groß Stein: Alfons Nossol

Bild: Wagner

Radio Vatikan erinnerte dieser Tage auf seiner Homepage an Nossols entscheidende Impulse: „1980 ermöglichte Nossol dem damaligen Augsburger Bischof Josef Stimpfle, die erste deutsche Predigt seit dem Zweiten Weltkrieg auf dem oberschlesischen Annaberg zu halten. Im Juni 1989 feierte er dort trotz polnischer Vorbehalte selbst einen deutschsprachigen Gottesdienst und führte solche Gottesdienste auch in seiner Diözese ein“. Vor allem erinnerte Radio Vatikan auch daran, dass auf seine Initiative im November 1989 der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und der seinerzeitige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki an einem von Nossol gefeierten Versöhnungsgottesdienst im niederschlesischen Kreisau teilnahmen.

Nossol hatte mit diesem Schachzug Schärfe aus dem deutsch-polnischen Streit darüber genommen, eine solche Messe am Annaberg zu feiern, wo kurz nach der Wende eine für Polen kaum akzeptabel erscheinende Massenkundgebung von den hier lebenden Deutschen drohte. Kreisau war aufgrund des dortigen nationalsozialistischen Widerstandes um Helmut James von Moltke eine gute Alternative.

Chris W. Wagner



ZUM 98. GEBURTSTAG

Napp, Eva, geb. **Noetzel**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 29. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hüttig-Langer, Hanna, geb. **Matzick**, aus Kleinsommershöfen, Kreis Elchniederung, am 31. August
Jakel, Frieda, geb. **Cytterich**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 26. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baldzun, Ella, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. August
Czerwinski, Luise, geb. **Kuntsch**, aus Millau, Kreis Lyck, am 26. August
Feldten, Lisbeth, aus Lyck, am 26. August
Jannsen, Erna, aus Lyck, am 29. August
Nowatzki, Elisabeth, geb. **Kobus**, aus Klein Stürlach, Kreis Neidenburg, am 31. August
Palfner, Hildegard, aus Ebenrode, am 29. August
Schwittay, Gertraud, geb. **Bertsch**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 29. August
Walleit, Erich, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 31. August
Weiss, Erna, geb. **Liedtke**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 29. August
Zabel, Luise, aus Neidenburg, am 30. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gold-Schmidt, Ella, geb. **Will**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. August
Hensel, Emil, aus Malschöwen, Kreis Ortelsburg, und aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 30. August
Napierski, Gerda, geb. **Bielinski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 28. August
Rosan, Horst, aus Neidenburg, am 30. August
Rosslan, Erich, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 28. August
Zielasko, Kurt, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baumgardt, Werner, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August
Kattanek, Helmut, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 31. August
Moser, Christa, geb. **Scheidereiter**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 27. August
Riedel, Herta, geb. **Rohmann**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 30. August
Ruch, Heinz, aus Röblau, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Sander, Hildegard, geb. **Goerke**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 29. August
Schellmat, Helga, aus **Ibenberg**, Kreis Elchniederung, am 31. August
Steffan, Gerda, geb. **Kujus**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 28. August
Wilimzik, Ella, geb. **Grubert**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Broszeit, Leo, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 30. August
Grüner, Ruth, geb. **Watteler**, aus Wehlau, am 29. August
Hajduk, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. August
Konstanski, Ingrid, geb. **Pyko**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 27. August
Kowitz, Emilie, geb. **Miszick**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 30. August
Medler, Annette, geb. **Krüger**, aus Neidenburg, am 25. August
Nelius, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 26. August
Neumann, Gerhard, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 25. August
Ronneberger, Marga-Marta, aus Maschen, Kreis Lyck, am 26. August
Ruddigkeit, Bruno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 29. August
Seinwill, Gustav, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 26. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Förster, Lisbeth, geb. **Slaby**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 31. August
Fuest, Elisabeth, geb. **Jakubowski**, aus Neidenburg, am 26. August
Hüser, Hansgeorg, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. August
Kösling, Gertrud, geb. **Zimmer**, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, am 30. August
Libuda, Christel, geb. **Steinert** aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 26. August
Maertin, Ursula, geb. **Weiß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. August
Manke, Inge, geb. **Schneller**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 30. August
Meyer, Charlotte, aus Marienfelde, Kreis Bromberg, am 28. August
Nowotschyn, Marianne, geb. **Rhode**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 30. August
Piechottka, Ruth, geb. **Gottschalk**, aus Ortelsburg, am 26. August
Schlie, Christel, geb. **Trzaska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, 29. August
Siebert, Erna, geb. **Nowak**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ballnus, Kläre, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. August
Borawski, Erich, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 30. August
Burkatzki, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Denda, Willi, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 27. August
Fastnacht, Peter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 155, am 31. August
Hansen, Nikolai, Kreisgruppe Düsseldorf, am 30. August
Jeschonnek, Reinhold, aus Treuburg, am 29. August
Ludwig, Heinz, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 28. August
Mosebach, Eva-Maria, geb. **Linowski**, aus Ortelsburg, am 31. August
Pietzyk, Anneliese, geb. **Malitz**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 31. August
Pitzl, Erna, aus Gropßschmieden, Kreis Lyck, am 25. August
Reiß, Erich, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 31. August
Slowik, Heinz, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 31. August
Spillner, Erika, geb. **Brakel**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 28. August
Wiesemann, Liesel, geb. **Grabowski**, aus Treuburg, am 31. August
Wischnewski, Walter, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. August
Wriede, Erna, geb. **Plonus**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 27. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barteleit, Horst, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 28. August
Bauermeister, Irmgard, geb. **Kraahs**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 31. August
Bley, Irmgard, aus Lötzen, am 29. August
Block, Irmgard, aus Heydekrug, am 31. August
Decker, Renate, geb. **Nowak**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 26. August
Fahrun, Siegbert, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 25. August
Forbrig, Dr. Irmgard, geb. **Sdunkowski**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. August
Gaschk, Gernot, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. August
Gogolla, Ruth, geb. **Chilla**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 27. August
Gruber, Magdalene, geb. **Sadowski**, aus Neidenburg, am 29. August
Häseler, Irmgard, geb. **Amonat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. August
Heimann, Werner, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 27. August
Herr, Margarete, geb. **Zacharias**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 31. August
Kägebein, Christel, geb. **Scheufele**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 27. August
Kowalewski, Ulrich, aus Treuburg, am 28. August
Kowalzik, Brunhilde, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 26. August
Krieg, Veronika, geb. **Böhm**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 24. August
Krüger, Gerhard, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 30. August
Lukatis, Hildegard, geb. **Siegmund**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 29. August
Materna, Gisela, geb. **Jorkowski**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 25. August
Nickschas, Ursula, geb. **Schnippat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. August
Schiemanz, Herta, geb. **Pinniak**, aus Bannitten, Kreis Wehlau, am 26. August
Schwarz, Marlene, geb. **Dingenthal**, aus Sangnitten, Kreis Preußische Eylau, am 27. August
Staud, Gertrud, geb. **Chaimowski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 28. August
Stephan, Gertrud, geb. **Poganatz**, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 28. August
Stettin, Edith, geb. **Lasarzik** aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 27. August
Tadday, Gottfried, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 28. August
Thun, Dora, geb. **Hinzer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. August
Weiss, Margarete, geb. **Oberüber**, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. August
Wischnewski, Liesbeth, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, am 31. August
Würzebesser, Helga, geb. **Sakautzki**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. August
Zabka, Erich, aus Herrmannsort, Kreis Allenstein, am 20. August
Zinnall, Werner, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bury, Christel, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 31. August
Clasing, Elfriede, geb. **Meyer**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. August
Cruspe, Edith, geb. **Trzaska**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Dannel, Dieter, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Dibowski, Renate, geb. **Franzka** aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Dörk, Werner, aus Kleeburg, Kreis Elchniederung, am 31. August
Eder, Hans, aus Lucken, Kreis Ebenrode, am 27. August
Franz, Edeltraut, geb. **Walendy**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 31. August
Gohlke, Gerd, aus Königsberg, am 28. August
Grenz, Siegfried, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 25. August
Ihben, Waltraud, geb. **Sengotta**, aus Waldpusch, Kreis Ortelsburg, am 31. August
Kolschewski, Otto, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 28. August
Kutzinski, Heinz, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 31. August
Laskowski, Werner, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 28. August
Lewanskowski, Edith, geb. **Kehler**, aus Lyck, am 25. August
Madaus, Elfriede, geb. **Henning**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. August
Marzinowski, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 30. August
Mertins, Horst, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 28. August
Moser, Irmgard, geb. **Milewski**, aus Lyck, am 31. August
Raphael, Siegfried, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 31. August
Reinhardt, Irene, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 29. August
Schlieper, Klaus Peter, aus Schönwiese, Kreis Preußisch Holland, am 29. August
Schniesko, Werner, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 25. August
Wolfschmidt, Hildegard, geb. **Slabi**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 26. August
Worßa, Helmut, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 28. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hofmann, Brigitte, geb. **Kumm**, aus Ortelsburg, am 30. August
Glitza, Siegfried, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Fröse, Klaus, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 31. August
Jurtzig, Sigmar, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 28. August
Kraffzik, Dieter, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 25. August
Loewe, Hartmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. August
Neidel, Vera, geb. **Saunus**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 27. August
Pietzko, Hartmut, aus Wehlau, am 30. August
Röschke, Marika, geb. **Daus**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 25. August
Sanden, Jutta, geb. **Schulz**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 30. August
Schulz, Marianne, geb. **Hakelberg**, aus Ebenrode, am 31. August
Sengpiel, Ursula, geb. **Ciesla**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 31. August



Geisler, Gottfried und Rosemarie, geb. **Sparka**, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 29. Juli



Bendig, Wilhelm, aus Sonnenborn, Kreis Mohrungen und Ehefrau Irmgard, am 31. August

TERMINE DER LO

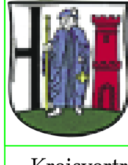
2017
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de

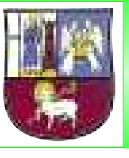
62 Jahrestreffen

Das jährliche Treffen der Stadtgemeinschaft Allenstein findet in diesem Jahr vom 8. bis 10. September in Gelsenkirchen statt. Eröffnet wird es mit der Stadtversammlung am Freitagnachmittag im Hotel Ibis. Am Abend treffen sich ehemalige und heutige Bewohner unserer Heimatstadt zu einem gemütlichen Beisammensein im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus.

Am Sonnabend beginnen die Veranstaltungen um 10.45 Uhr in der Propsteikirche mit einer ökumenischen Andacht und der Kranzniederlegung an der Gedenktafel, die den verstorbenen Allensteinern gewidmet ist. Anschließend besteht Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen. Ab 13 Uhr versammeln sich Stadtgemeinschaft und Kreisgemeinschaft Allenstein-Land im Schloss Horst. Ein reichhaltiges Angebot an Büchern und Informationen über Allenstein und Ostpreußen sowie eine Ausstellung alter Postkarten erinnern an vergangene Zeiten.

Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser- und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle, unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka, musikalisch umrahmt wird. Neben Vertretern der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein werden wie immer zahlreiche Angehörige der deutschen Minderheit aus Allenstein unter den Gästen sein.

Anschließend spielt Andreas Kokosch beliebte Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung. Wer es ruhiger mag, kann sich zum Schabbern in den Rittersaal oder den Garten zurückziehen, wo wieder eine Grillstation für das leibliche Wohl sorgen wird. Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

9. September, 15 Uhr, Schloss Horst, **Gelsenkirchen:** Heimat-Treffen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Der Sommer, der uns in diesem Jahr nicht gerade verwöhnt hat, geht seinem Ende entgegen. Am 9. und 10. September treffen sich die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen mit alten und neuen Bekannten wieder in der liebenswerten Kreisstadt Rotenburg (Wümme). Veranstaltungsort ist die Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium).

Eingeleitet werden die 63. Angerburger Tage am Sonnabend, 9. September, um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend findet ab 9.30 Uhr die erste Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung) statt, zu der alle ordentlichen und fördernden Mitglieder eingeladen sind, Bezieher des Angerburger Heimatbriefes gelten als fördernde Mitglieder, sie haben aber kein Stimmrecht und sind auch nicht wählbar. Auf den Seiten 16/17 des Angerburger Heimatbriefes ist die Einladung mit Tagesordnung veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stehen die Berichte der Funktionsträger, die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlags für das Geschäftsjahr 2018 und die Neuwahl des Vorstandes für die nächsten zwei Geschäftsjahre.

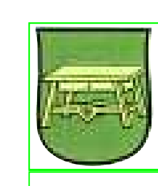
Um 13 Uhr starten wir vom „Hotel am Pferdemarkt“ zu einer Kaffeefahrt. Dafür wird ein Kostenbeitrag von 12 Euro einschließlich Busfahrt und Kaffeegedeck pro Person erbeten. Die Mindesteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 30. August nötig.

Ab 15.30 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule für alle geöffnet, die nicht an der Busfahrt teilnehmen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Der kulturelle Abend beginnt um 20 Uhr mit der Übergabe des Angerburger Kulturpreises durch den Landkreis Rotenburg (Wümme). Danach wird uns Klaus Papies aus Bremen in einem unterhaltsamen Vortrag Siegfried Lenz vorstellen. In gemütlicher Runde lassen wir dann den Tag ausklingen.

Am Sonntag, 10. September, sind die Räume in der Theodor-Heuss-Schule ab 9.30 Uhr geöffnet. In der Aula der Schule findet um 11 Uhr eine Feierstunde statt, zu der alle Besucher herzlich eingeladen sind. Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Rastenburg, wird die Gastrede halten. Nach der Feierstunde treffen sich die Teilnehmer zum Gedankenaustausch mit alten und neuen Bekannten. Gelegenheit zum Mittagessen besteht ebenfalls, außerdem werden Kuchen, Kaffee, Tee und andere Getränke angeboten. Am Sonnabend und Sonntag sind das Archiv und das Angerburger Zimmer mit der Heimatsammlung von 13 bis 16 Uhr im Verwaltungsgebäude Weicheler Damm 11 geöffnet.

Das vollständige Programm der 63. Angerburger Tage ist im Heimatbrief Nr. 159 (Juni 2017) auf den Seiten 46–48 veröffentlicht. Mit Ihrem Besuch bekunden Sie Ihre Verbundenheit mit Angerburg und unserem Patenschaftsträger, dem Landkreis Rotenburg. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft hofft, viele Besucher am 9./10. September begrüßen zu können und wünscht Ihnen eine angenehme und sichere Anreise.

Kurt-Werner Sadowski,
Kreisvertreter



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Ostpreußentreffen

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, zum diesjährigen Ostpreußentreffen in Winsen/Luhe, dem Hauptkreistreffen mit der Kreisgemeinschaft Schloßberg sind Sie und mitzubringende Gäste herzlich eingeladen. Wir beginnen diesmal mit einem „Tag der offenen Tür“ in den Heimatstuben in der Rote-Kreuz-Straße 6. Folgendes Programm wird geboten:

Freitag, 1. September

Ab 14 Uhr: Öffnung der Heimatstuben, geselliges Beisammensein, Buchverkauf, Kaffee, Kuchen und Leckeres vom Grill. Ausschank Pillkaller, Glücksrad für unsere kleinen Gäste.

Sonnabend, 2. September

9.30 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Winsener Friedhof mit dem Pfarrer im Ruhestand Kurt Perrey.

Ab 10.30 Uhr: Feierstunde im Schützenhaus unter anderem mit Andacht, Totengedenken, Grußworten und dem Vortrag „Mythos Rominten“ von Christoph Hinkelmann, Ostpreußisches Landesmuseum.

Ab 12 Uhr: Gemeinsames Mittagessen im Schützenhaus.

14 Uhr: Mitgliederversammlung/Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Schloßberg in der Heimatstube.

14 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode in der Stadthalle.

Ab 16 Uhr: Öffnung der Heimatstuben von Ebenrode und Schloßberg.

Der Vorstand bittet um rege Teilnahme und Werbung.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Freitag, 1. September bis Sonntag, 3. September, Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung. Es wird folgendes Programm angeboten:

Freitag, 1. September

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer

14 Uhr: Delegierten-Versammlung im Raum Zürich

16 bis 18 Uhr: Film- und Dia-Vorträge im Raum Luzern (UG)

Sonnabend, 2. September

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros

9.30 Uhr: Treffen im Restaurant

10 bis 12 Uhr: Lesungen im Raum Luzern (UG)

12 Uhr: Mittagessen

14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung, verschiedene Grußworte. Im Anschluss Berichte der Kirchspielvertreter sowie Wahlen

Ab 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, plachandern

16 bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern

Ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung

Sonntag, 3. September

10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.

Manfred Romeike,
Kreisvertreter



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

64. Bundestreffen

2. bis 3. September, Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 135, **33607 Bielefeld:** 64. Bundestreffen und 24. Kreisversammlung. Auskunft: Karin Banse, Telefon (05825) 642.

Rohrfelder-Treffen

10. bis 15. September, Haus Marienberge, Albert-Schmidt-Weg 1 **57581 Katzwinkel-Elkhausen:** 5. Rohrfelder-Treffen. Auskunft: Sigrid Meranke, Telefon (02742) 6022.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Matjesessen

Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil in der Vergangenheit immer am Freitag vor dem Kreistreffen ihren traditionellen Matjesabend im Steinwedeler Krug in Steinwedel gefeiert.

Im letzten Jahr haben wir dieses Matjesessen wieder in unser Programm aufgenommen und alle Landsleute und Besucher des Kreistreffens (nicht nur Funktionsträger oder Ehrengäste) aufgefordert, sich bei bestehendem Interesse zu melden, allerdings unter der Voraussetzung, dass jeder Teilnehmer die Kosten hierfür selbst übernimmt. Daraufhin meldeten sich etwa 30 Personen, die an dem Matjesessen teilgenommen haben.

Auch in diesem Jahr wollen wir diese Tradition fortführen und möchten Sie bitten, falls Interesse besteht, sich verbindlich anzumelden. Das Matjesessen findet allerdings in diesem Jahr zum ersten Mal im Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf statt. Termin ist Freitag, 1. September, um 19 Uhr!

Ihre Anmeldungen für dieses Matjesessen richten Sie bitte an den stellvertretenden Kreisvertreter Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57072 oder perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de.

Sondertreffen

Sonnabend, 2. September, 15.30 Uhr, Hotel „Haase“, Lehrter Straße 12, **Burgdorf**: Stadtgemeinschaft Zinten.

Sonnabend, 2., und Sonntag, 3. September, während des Kreistreffens, Hotel „Haase“, Lehrter Straße 12, **Burgdorf:** Kirchspiele Brandenburg und Pörschken.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Jahreshaupttreffen

8. September, 15 Uhr, Sitzungssaal C2, Rathaus, Krefeld: Jahreshaupt- und Mitgliederversammlung.

9. September, Gemeindesaal, Friedenskirche Krefeld: Jahrestreffen.

Treffen der Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 26. August, 11.30 Uhr, Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Beisammensein. Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 6. September, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Videovortrag oder Autorenlesung. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Heimatgruppe Sachsen – Sonnabend, 16. September, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau: „Mit dem Fahrrad nach Ostpreußen“ – Reisebericht von Dieter Am-Ende aus Johanngeorgenstadt. Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Heimatgruppe Schwerin: Mittwoch, 13. September, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Treffen. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail hehartig@web.de.

Heimatgruppe Thüringen – Sonntag, 10. September, 14 Uhr, Rigaer Straße 8/17, 99091 Erfurt: Mitgliedertreffen bei Familie Milbitz. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail fjboehlke@gmail.com.

Treffen in Schmalkalden

In der Zeit vom 14. Mai bis zum 17. Mai haben wir, die Heimattreuen Schwägerauer und Eichensteiner, uns wie üblich wieder im schönen Städtchen Schmalkalden im Hotel „Jägerklause“ getroffen. Diesmal konnten nicht alle, die sich gemeldet hatten, aus Krankheitsgründen teilnehmen. Es waren trotzdem zwölf Heimattreue zum 7. Treffen gekommen. Der weiteste war aus der USA (ein Familienmitglied der Fam. Neumann) angereist. Er war schon zum 2. Mal dabei.

Am 14. Mai reisten wir mit Bahn oder PKW an und trafen uns dann zum gemeinsamen Essen. Nach dem Siegfried uns herzlich begrüßt hatte und den Ablaufplan des Treffens bekannt gab, haben wir unsere kürzlich Verstorbenen Alfred Seidenberg, Heinz Rieske, Helmut Fischer und Irmgard Hertel mit einer Schweigeminute gedacht.

Danach haben wir uns über das zurückliegende Jahr ausgiebig unterhalten und uns an schöne Bräuche der Ostpreußen erinnert.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



Insterburg: Zwölf Schwägerauer und Eichensteiner trafen sich im thüringischen Schmalkalden. Bild: privat

Natürlich durften die Heimatlieder und Volkslieder nicht fehlen. Begleitet wurde der Gesang durch Heinz Fischer mit Gitarre und Willy Plewka mit Schifferklavier. Nach dieser besinnlichen Runde wurde der Abend mit einem selbstgemachten Bärenfang-Trunk beendet.

Am Montag nach dem gemeinsamen Frühstück trafen wir uns um unser Treffen zu beginnen. Siegfried und Heinz haben dann erzählt, wie es zum Schwägerauer Treffen kam. 2011 fand das Ostpreußen Treffen für ganz Deutschland ja in Erfurt statt. Da haben Alfred und Siegfried sich überlegt, wenn schon so viele Ostpreußen in Erfurt sind, warum organisieren wir nicht ein Schwägerauer Treffen zur gleichen Zeit. Gesagt getan. Es kamen einige Schwägerauer mit Angehörigen insgesamt über 25 Personen. So haben wir angefangen! Wir plachanderten über alte Zeiten, über Flucht und Neuanfang im geteilten Deutschland. Da wir aus der ehemaligen „DDR“ keine Verbindung zu unseren Schwägerauern aus dem „Westen“ anknüpfen konnten, war das ein herzliches und freudiges Wiedersehen!

So haben wir jedes Jahr ein Treffen organisiert und durchgeführt. Wir haben mehrere Fotoausstellungen gemacht, Lichtbilder gezeigt, gesungen und über Gemeinsamkeiten gesprochen. Daraus entstand auch unser Buch „Die Erinnerung bleibt“. Zu jedem Treffen haben wir uns ein Thema gestellt, über das wir gesprochen haben. Das waren Themen aus der Heimat, wie damals und heute, Bevölkerungsentwicklung in Ostpreußen, Ostpreußen und der 1. Weltkrieg, Agnes Miegel und Ostpreußen, die Salzburger in Ostpreußen, der 2. Weltkrieg mit Flucht und Vertreibung aus der Heimat, Neuanfang in Ostdeutschland und Westdeutschland, die Wende, der Zwei-plus-vier Vertrag vom 12. September 1990, Integration von ausländischen Flüchtlingen in der heutigen Zeit, der Islam - der Weg zu Gott und andere Themen die uns interessierten.

Natürlich sind dabei nicht die Gespräche über unsere Heimat zu kurz gekommen. Wir haben Bilder von damals und heute gezeigt. Haben über unsere Reisen, die nach 1990 möglich wurden, erzählt (Insterburg, Waldhausen, Schwägerau, Norkitten, Königsberg, Kurische Nehrung und mehr). Nach den gemeinsamen Abendessen wurde immer plachandert und gesungen.

Diese Treffen fanden zuerst in Bienenstädt und danach in Schmalkalden im Hotel „Jägerklause“ statt. Wie immer wurden wir im Hotel herzlichst begrüßt. Dank Familie Jäger und deren Personal war auch das 7. Schwägerauer Treffen eine gelungene Veranstaltung für uns Heimattreuen Ostpreußen. Sollten wir gesund bleiben, werden wir uns auch 2018 in Schmalkalden wiedersehen.

Heinz Fischer, Siegfried Schulz



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Kreistagssitzung

Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages am Sonnabend, 2. September ab 14 Uhr, und Montag, 4. September von 9 bis 12 Uhr. Am Sonntag, 3. September um 11 Uhr nimmt der gesamte Kreistag am 62. Hauptkreistreffen der Johannisburger teil, Saal 9/10, Kongresszentrum Westfalenhallen, Dortmund. Veranstaltungsort der Kreistagssitzung ist das „Mercure Hotel Dortmund Messe und Kongress. Strobelallee 41, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 1204/245.

Anreise: Sonnabend, 2. September bis 13 Uhr (Hauptbahnhof mit der U-Bahn 45) Abreise: Montag, 4. September (nach der Kreistagssitzung). Anmeldungen mit eventuellen zusätzlichen Tagesordnungspunkten sind bitte zu richten bis zum 15. August an den Ersten Vorsitzenden, Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel. Das Programm:

Sonnabend, 2. September

1. Eröffnung und Begrüßung
1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung
1.2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
1.3 Beschluss der Tagesordnung
1.4 Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung am 3. und 5. September 2016
2. Totenehrung
3. Entgegennahme des Jahresberichts des Kreisausschusses (Vorstand)
– Aussprache –
4. Bericht des Vereins „Rosch“
– Aussprache –
5. Bericht der Vertreterin des Patenkreises
– Aussprache –
6. Entgegennahme der Jahresabrechnung für das Haushaltsjahr 2016
7. Bericht des Prüfungsausschusses
8. Antrag der Kassenprüfer auf Erteilung der Entlastung des Kreisausschusses
9. Feststellung des Einnahmen- und Ausgabenvoranschlages für das Jahr 2018

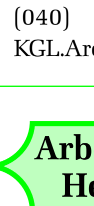
Montag, 4. September

10. Neuwahl des Vorstandes
11. Wahl von zwei Kassenprüfern
12. Berichte der Kirchspielvertreter
13. Tagungen und Veranstaltungen
14. Kreistreffen und Kreistagssitzung 2018
15. Aufgaben und Ziele für das Jahr 2018
16. Verschiedenes
17. das Schlusswort des Kreisvertreters

62. Kreistreffen

Unter dem Leitwort „60 Jahre Einsatz für Menschrechte, Heimat und Verständigung“ treffen sich die Teilnehmer am Sonntag, 3. September, in Saal 9/10, des Dortmubnder Kongresszentrums Westfalenhallen. Einlass ist um 9 Uhr, Beginn um 11 Uhr. Die Musikalische Einleitung übernimmt Taisia Fischer, die Begrüßung der Kreisvertreter Manfred Solenski. Es folgen:

– Singen mit musikalischer Begleitung von „Großer Gott wir loben Dich“,
– eine Andacht mit Gerhard Boesler, Stellvertretender Kreisvertreter,
– Glocken der Heimat (Robert Pappert): Chor „Heimatmelodie“ der „Deutschen aus Russland“ unter der Leitung von Taisia Fischer,
– die Grußworte der Gäste,
– der Jahresbericht von Manfred Solenski,
– die Wahl des Kreistages: Wahlleiter N.N.,
– das Singen des Masurenliedes „Meine Heimat ist so schön“. Chor „Heimatmelodie“,
– dass Schlusswort von Manfred Solenski,
– das Singen „Land der dunklen Wälder“ sowie des Deutschlandliedes (dritte Strophe).



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Heimatkreistreffen

Sonnabend 16. und Sonntag, 17. September, ab 9 Uhr, Stadthalle Otterndorf, Fröbelweg: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Labiau. Das Programm

Sonnabend, 16. September

9.30 Uhr: Gedenkfeier am Labiauer Stein „Am Großen Specken

10 Uhr: Offizielle Eröffnung in der Stadthalle

11 Uhr: Feierstunde - Unser diesjähriges Thema: Leben an der Küste

Nachmittags: eine Tanzgruppe aus der Wingst

19 bis 22 Uhr: Gemütlicher Abend bei Musik und Tanz

Der Eintritt kostet pro Person 10 Euro. Unser Museum Torhaus Otterndorf hat geöffnet, Zeiten in der Stadthalle erfragen. Die Bilderausstellung Labiau Stadt und Land, wie es einmal war, wird in der Veranstaltungshalle gezeigt.

Weitere Info beim Kreistreffen. Anmeldung erbeten, Telefon (04853) 562, Brigitte Stramm.

Sonntag 17. September

Wir erkunden Otterndorf: Mit allen, die am Sonntag noch da sind, wollen wir gerne noch schöne gemeinsame Stunden verbringen. Wir widmen uns dieses Mal speziell Otterndorf, machen eine gemeinsame Fahrt mit der kleinen Bahn durch den Ort bis zum Strand an der Elbe. Frau Holthausen wird unsere Begleiterin sein und uns Interessantes und Wissenswertes berichten. Denn das diesjährige Motto heißt: „Leben an der Küste.“ Wir knüpfen mit der Fahrt an den Festvortrag von Herrn Auf dem Felde aus Osten an. Anschließend gibt es ein gemeinsames Essen im Restaurant Elbterrassen, direkt auf dem Elbdeich in Otterndorf. Teilnahmekosten Strandexpressfahrt und Essen pro Person 20 Euro. Der Ausflug endet gegen 14 Uhr.

Es wäre sehr schön, wenn Sie sich bereits im Vorfeld zur Teilnahme anmelden würden, damit wir besser planen können, denn die Plätze im Strandexpress sind mit zirka 45 begrenzt. 10.30 Uhr Start an der Kirche.

Wir hoffen auf eine rege Beteiligung und wünschen eine gute Anreise nach Otterndorf

Brigitte Stramm, Kreisvertreterin



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Arbeitsreise in die Heimat, Teil III

Randvoll war der Terminplan von Ute und Dieter Eichler, als sie Anfang Juni zum Arbeitsbesuch nach Lötzen reisten. Ute Eichler hat das Wichtigste für die PAZ notiert. Im Dritten und letzten Teil beschreibt sie die Stadtentwicklung, unterschiedliche Lebensweisen und die bereisten Hotels.

In der verbleibenden zwei Aufenthaltstagen folgten weitere Besuche. Die Spannbreite der Gesprächspartner ermöglichte, vielseitige Eindrücke aus dem heutigen Leben in Stadt und Kreis mitzunehmen. Zum vierten mal in drei Jahren trafen wir Bürgermeister Wojciech K. Iwaszkiewicz. Er empfing uns in seinem komplett renovierten, neu eingerichteten Amtszimmer. Wie positiv sich das Erscheinungsbild der Stadt in den vergangenen Jahren entwickelt hat, das können ihm die Besucher aus Deutschland anhand von Beispielen bestätigen. Hier aber erfahren wir etwas von Bauplänen und Vorhaben. So wird in diesem Herbst begonnen, die Umgehungsstraße zweispurig in jede Richtung auszubauen. Auch muss ein neuer Kreisverkehr her. Und über den Lötzener Kanal wird eine neue Fußgängerbrücke gebaut werden. Die Stadt hat endlich wieder ein Kino! Es heißt „Neue Welle“ und befindet sich im Kulturhaus, ein Gebäude, das der evangelischen Gemeinde gehört.

Ein Sportplatz wird umgebaut werden – in Ausrichtung auf Leichtathletik – und beide Grundschulen neue Sportplätze erhalten. Die Finanzierung für den Bau eines Hauses mit 15 Wohnungen steht; es wird eine Form betreutes Wohnen für geistig Behinderte. Im Besitz der Stadt sind 700 Wohnungen. Die Stadt plant die Gründung einer neuen städtischen Firma mit den Aufgaben Straßenreinigung und Winterdienst. Diese Aufgaben waren bisher an private Firmen vergeben worden, die sie in mangelnder Qualität erfüllten. Und Lötzen führt – endlich – die Mülltrennung ein. Vier farblich verschiedene Tonnen – ähnlich dem Prinzip in Deutschland. Der Lernprozess muss einsetzen.

Die Instandsetzungsarbeiten auf dem Gelände der Feste Boyen gehen weiter (Zeughaus und Haus des Waffenmeisters). Kulturell bietet die Stadt eine große Zahl von Veranstaltungen. Gerade hat der St.-Bruno-Markt stattgefunden. Ein Höhepunkt ist das Fest der polnischen Armee im September, das in diesem Jahr hier für ganz Polen ausgerichtet wird. Lötzen ist noch immer Militärstandort; zusammen mit Arys sind hier 3500 polnische und amerikanische Soldaten stationiert.

Einen Gesprächsabend verbrachten wir zusammen mit dem Chef für Tourismus und Werbung der Stadt, Robert Kempa, und seiner Frau Joanna, die in diesem Jahr zur „Botschafterin von Gizycko“ ernannt worden ist. Da gehen die Gesprächsthemen, wie dem Wunsch nach einer Galerie in Lötzen, nicht aus.

An einem weiteren Abend wurde dem letzten „urdeutschen Landwirt“ Werner Lange und seiner Frau Ingrid in Grünau ein Besuch abgestattet. Beide sind seit 53 Jahren verheiratet. Ihre erwachsenen Kinder leben in Deutschland. Die Familie Lange bewirtschaftet den Hof nachweislich seit über 250 Jahren. Mit einer leider ungewissen Zukunft.

An einer anderen Adresse, bei Maik Veit in Wenzowken, stießen wir auf den Traum vom Aussteigerleben. Veit, der aus Sachsen stammt, hat nach Aufenthaltsjahren in Warschau und Allenstein, nach journalistischer Tätigkeit, sich in diesem Dorf unweit von Widminnen eingekauft und plant, in ungefähr zwei Jahren mit einer Milchviehherde von Jersey-Rindern sich eine Existenz als Produzent von Milch, Butter und Käse aufzubauen. Er hat kürzlich ein landwirtschaftliches Praktikum in Brandenburg absolviert; es war sein erster Aufenthalt in Deutschland seit zehn Jahren.

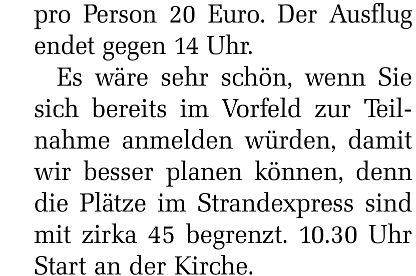
Ganz andere Wohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse lernten wir bei ihrem Besuch bei Adam Makara kennen, der in seinem Elternhaus unweit von Milken eine Galerie betreibt, in der er seine Werke ausstellt und auch zum Kauf anbietet. Ist er vom Frühjahr bis in den Herbst „der gute Geist“ in der Pension Teresa, Martinshagen, so wird im Winter besessen – und gekonnt – gemalt. Ein Autodidakt, der sein Talent entwickelt hat und auf dem Gebiet der Ölmalerei Ansprechendes zustande bringt.

Die Pension Teresa war während der Aufenthaltswoche ein Wohlfühlquartier. Große Zimmer mit Balkonen, gute Küche zu zivilen Preisen, ein gepflegtes Grundstück unmittelbar am Ufer des Buwelnosee. Deutsche und polnische Gäste gleichermaßen. Eine Adresse, an der Ruhe und Erholung findet, wer dies sucht. Eine gute Gastlichkeit, in der sich niemand allein gelassen fühlt – für Fragen und Wünsche ist stets jemand da. Ein Haus mit einer besonderen, nun auch schon 20-jährigen Geschichte, dem viele zufriedene Gäste zu wünschen sind.

Ein letzter Überblick: Wir legten in zehn Tagen knapp 2600 Straßenkilometer zurück. Die Hinfahrt über Dirschau und die Rückfahrt über Graudenz wurde jeweils von einer Zwischenübernachtung unterbrochen. Auf der Hinfahrt war es die erprobte Adresse von „Gosciniec & Hotel nad Wiesla“, auf der Rückfahrt wurde Neues gewagt: Eine Übernachtung bei „Korona“ (Agrotourismus) am Großen Radunsee. Sie kostete für zwei Personen, einschließlich Abendbrot und Frühstück, genauso viel wie einmal Bruderhilfe. Was uns Überlegungen anstellen ließ: Wie viel ist im polnischen Alltag die Bruderhilfe wert? Man kann 160 einfache Ansichtskarten für den Sockelbetrag kaufen oder acht Flaschen (0,5 Liter) guten Schnaps oder zu viert zwei Stunden mit einem Schiff der Weißen Flotte fahren. Also doch „Nikolaus im Sommer“? (Siehe Teil I).

Ein Arbeitsbesuch wie dieser wirkt nach: In Berichten, Gesprächen, Überlegungen, Fotos und in körperlicher Erschöpfung. Und auch in Dankbarkeit. *Ute Eichler*





Links: Bürgermeister Wojciech K. Iwaszkiewicz berichtete über eine neue Fußgängerbrücke und andere Vorhaben. Unten: Die letzten „urdeutschen Landwirte“ Ingrid und Werner Lange in Grünau. Die Familie Lange bewirtschaftet den Hof nachweisslich seit 250 Jahren Bild: privat



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Kreistagssitzung

Am 16. September um 10.30 Uhr findet die öffentliche Kreistagssitzung im Grandhotel Esplanade in Bad Nenndorf mit folgender Tagesordnung statt:

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwe-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

senheit und der Beschlussfähigkeit,

2. Genehmigung der Tagesordnung,

3. Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung vom 17. September 2016,

4. Bericht des Vorstandes,

5. Kassenbericht über das Haushaltsjahr 2016,

6. Bericht der Kassenprüfer,

7. Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes,

8. Präzisierung und Abstimmung der Anträge aus Kreisausschuss-Sitzung vom 25. Februar 2017 in Gießen,

9. Vorbereitung und Ablauf der Wahl zum 9. Kreistag in 2018,

a) Satzungsänderung in § 9 – 1. von 15 auf 11. stimmberechtigte Kreistagsmitglieder

b) Termin

c) Wahlausschuss

d) Wahlvorschläge

10. Neue Anträge/Mitteilungen,

11. Haushaltsvoranschlag 2018, inklusiv Zwischenergebnis 2017; Monate 01 bis 08,

12. Anregungen/Anfragen/ Verschiedenes

Die Kreistags-Mitglieder haben fristgemäß eine schriftliche Einladung erhalten. *Manfred Solenski, Kreisvertreter*

Heimatkreistreffen

Das diesjährige Heimatkreistreffen findet am 16. und 17. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade, L' Orangerie, Bahnhofstraße 8, statt. Wir laden Sie herzlich dazu ein und würden uns sehr freuen, viele Landsleute, deren Nachkommen und Heimatfreunde in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen. Sie können Ihre Zimmerbuchungen im Grandhotel Esplanade unter Telefon (05723) 798110 oder per E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen.

Ebenso ist Ihnen die Tourist-Information unter der Telefon (05723) 748560 oder per E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de behilflich. Der Programmablauf:

Sonnabend, 16. September

10.30 bis 13.30 Uhr: Kreistagssitzung, Sitzungsraum Grandhotel Esplanade. Diese Sitzung ist öffentlich,

14 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume mit individueller Begrüßung der Teilnehmer,

15.30 Uhr: Gemeinsames Kaffeetrinken mit netten Gesprächen. Ebenso Möglichkeit zum Erwerb von Aquarellen und Bildern aus dem Kreis Mohrungen,

ab 19.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit Musik und Überraschungen.

Sonntag, 17. September

9 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume,

9.30 Uhr: Besuch des Agnes Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung,

10.30 Uhr: Feierstunde – gemeinsamem Gesang „Land der dunklen Wälder“ – Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin – Totenehrung durch Elisabeth Krahn, gemeinsam singen wir: „Großer Gott wir loben dich“ – Festrede: „Das 500-jährige Reformationsjubiläum aus ostpreußischer Sicht“ – Schlussworte, danach gemeinsamer Gesang des „Deutschland Liedes“, dritte Strophe,

14.30 Uhr: Versdammlung der Mitglieder. Danach ein gemütliches Ausklingen bei Kaffee und Kuchen sowie guten Gesprächen. Schon jetzt bedanken wir uns ganz herzlich für Ihr Kommen zu unserem diesjährigen Heimatkreistreffen!

Bis zum Wiedersehen in Bad Nenndorf grüßt Sie in heimatlicher Verbundenheit der Vorstand der Kreisgemeinschaft Mohrungen

Termine in der Heimat

Freitag, 25. August: Herders Geburtstags-Feier in Mohrungen – Sonnabend, 26. August: 25-jähriges Bestehen des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen. Um 11 Uhr findet die Jubiläumsfeier in der „Aula“ der Herderschule in Mohrungen statt.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

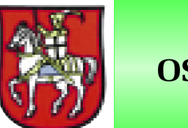
Heimattreffen

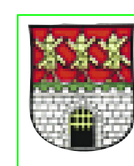
Zu unserem Heimattreffen am Sonntag, dem 3. September laden wir alle Landsleute und Freunde unserer Kreisgemeinschaft recht herzlich ein. Es findet, wie bereits zum ersten Mal vor zwei Jahren, im Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, 44894 Bochum-Werne, statt. Dieses Gebäude liegt genau gegenüber unserer Heimatstube, die am 3. September zwischen 13 und 16 Uhr geöffnet sein wird, Einlass in das Brühmann-Haus ist ab 9 Uhr. Die Feierstunde beginnt um 11 Uhr. Ein Grußwort erwarten wir von dem neu gewählten Oberbürgermeister unserer Patenstadt Bochum Thomas Eiskirch.

Die Feierstunde wird umrahmt mit Liedern des Ihnen allen seit Jahrzehnten bekannten Andza-Chors. Ab 12 Uhr heimatliches Beisammensein, Gelegenheit zur Stärkung innerhalb des Veranstaltungslokales. Angeboten werden ein kleines Mittagessen, wie auch Kaffee und Kuchen. Hinzuweisen ist noch darauf, dass bei dieser Zusammenkunft DVDs von Neidenburg, wie auch Landkarten und Stadtpläne zu erhalten sind. Um 17 Uhr wird die Veranstaltung beendet. Über eine große Besucherzahl würde sich der Vorstand freuen und Sie am 3. September herzlich begrüßen.

Jürgen Szepanek







OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Hauptkreistreffen

Liebe Forscherinnen und Forscher, die neuen Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Osterode Burghard Gieseler und Dr. Uwe Dempwolff möchten das nächste Hauptkreistreffen auch für andere Interessierte öffnen.

Deshalb haben sie die Schriftstellerin und Regisseurin Freya Klier eingeladen, die aus ihrem Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens“ liest.

Hier ist das ganze Programm:

Sonntag, 17. September, ab 9.30 Uhr, Stadthalle, Osterode am Harz: Hauptkreistreffen. Das Programm

9.30 Uhr: Einlass

11 Uhr: Glockengeläut aus der Evangelischen Stadtkirche in Osterode Ostpreußen

11.05 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer durch den Kreisvertreter

11.10 Uhr: Totenehrung

11.15 Uhr: Ansprache des Kreisvertreters

11.35 Uhr: Musikbeitrag der Kreismusikschule Göttingen

11.40 Uhr: Grußworte

12.10 Uhr: Musikbeitrag der Kreismusikschule Göttingen

12.15 Uhr: Die Schriftstellerin und Regisseurin Freya Klier liest aus ihrem Buch „Wir letzten Kinder der Ostpreußens“

12.50 Uhr: Musikbeitrag der Kreismusikschule Göttingen

12.55 Uhr: Schlusswort des Kreisvertreters

13 Uhr: Ostpreußenlied und Nationalhymne

13.05 Uhr: Ende der Feier

Im Anschluss an die Feierstunde ist unsere Heimatstube bis 18 Uhr geöffnet. *Freya Rosan*

SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Ostpreußentreffen in Winsen

In der wunderschönen Kreisstadt Winsen, südlich vor den Toren Hamburgs gelegen, haben die Heimatstuben der beiden Kreisgemeinschaften Schlossberg und Ebenrode ihre Heimstatt. In Winsen findet vom Freitag, 1. September, bis Sonnabend, 2. September, das ostpreußentreffen beider Kreisgemeinschaften sowie der Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg statt.

Beide Heimatstuben laden am Freitag, 1. September ab 14 Uhr zum Tag der offenen Tür in die Rote-Kreuz-Straße 6 ein. Neben vielem Sehenswerten gibt es bei gemütlichem Beisammensein auch Kaffee, Kuchen und Imbiss und der Pillkaller wird natürlich auch ausgeschenkt.

Am Sonnabend, 2. September findet um 9 Uhr die Kranzniederlegung auf dem Winsener Friedhof statt. Im Schützenhaus Winsen (Luhdorfer Straße 29c), das nur 200 Meter vom Bahnhof entfernt liegt, wird 10.30 Uhr die Feierstunde mit dem Frauenchor Winsen und Grußworten eröffnet. Höhepunkt wird der Vortrag „Mythos Rominten“ von Dr. Christoph Hinkelmann (Ostpreußisches Landesmuseum) sein. Gegen 12 Uhr wird gemeinsam Mittag gegessen und auch Zeit zum Plachandern sein. Ab 14 Uhr finden die Mitgliederversammlungen der Kreisgemeinschaften statt und ab 16 Uhr sind die Heimatstuben wieder geöffnet.

Alle Ostpreußen und Freunde unserer Heimat sind herzlich eingeladen. *Michael Gründling, Kreisvertreter*



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen

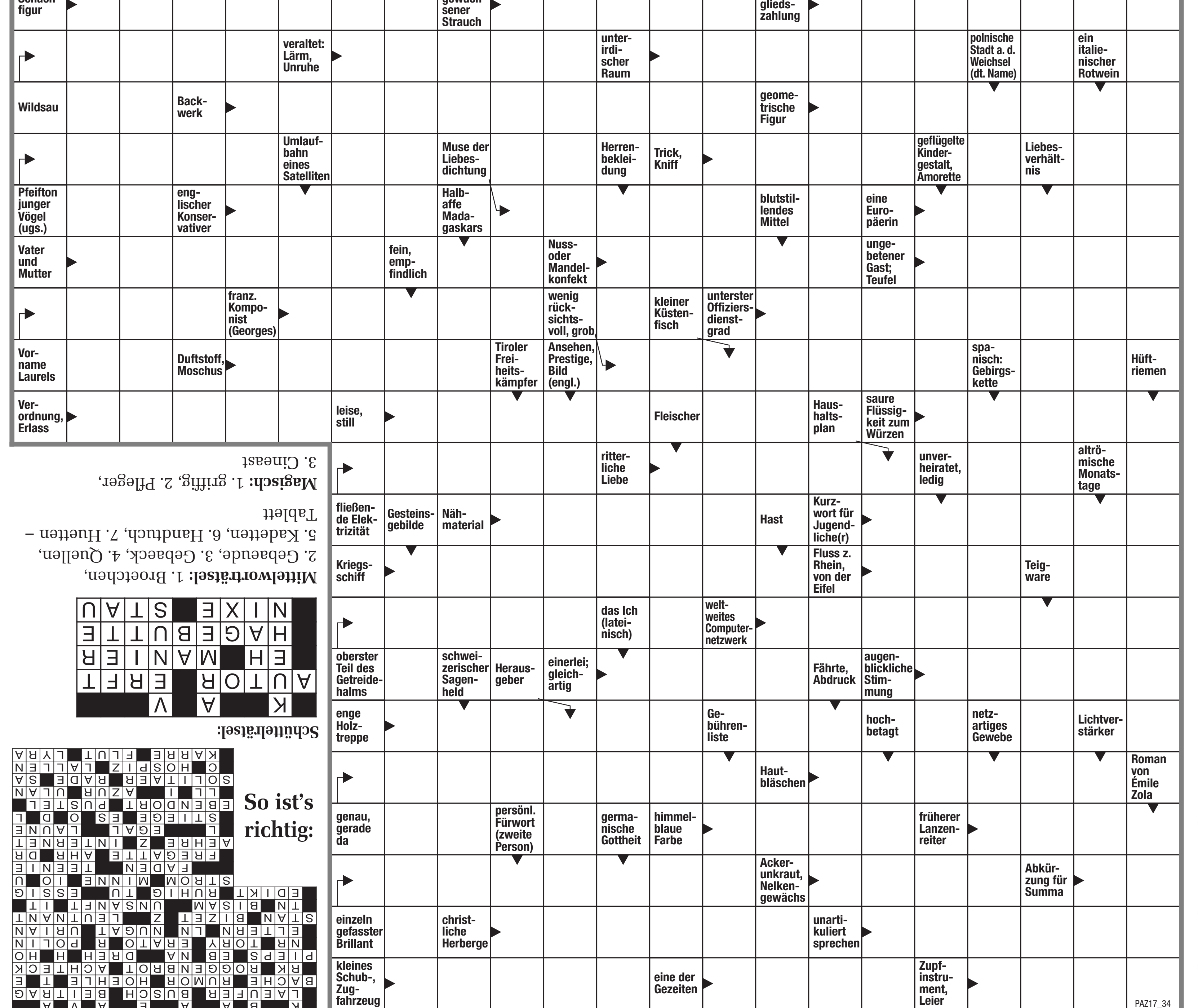
Sonnabend, 9. bis Montag, 11. September, 15 Uhr, Kreismuseum Syke: Hauptkreistreffen mit Mitgliederversammlung am 11. September, 11 Uhr, Tagungslokal Wessels Hotel, Hauptstraße 33, 28845 Syke.

Ausstellung

9. September bis 9. November, Kreismuseum Syke: Sonderausstellung „Ostpreußische Kirchenbauten im Kreis Wehlau und im nördlichen Ostpreußen. Von der Reformation bis heute.“



Freya Klier kommt: Die **Kreisgemeinschaft Osterode** hat sie zu ihrem Hauptkreistreffen in die Stadthalle von Osterode/Harz am Sonntag, 17. September, eingeladen. Die Schriftstellerin, Regisseurin und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin liest aus „Wir letzten Kinder Ostpreußens – Zeugen einer vergessenen Generation“. Beginn ist um 11 Uhr. Auch Nichtmitglieder der Kreisgemeinschaft sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen: Geschäftsstelle Osterode, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Dienstag 9–12, Donnerstag 14–17 Uhr.



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

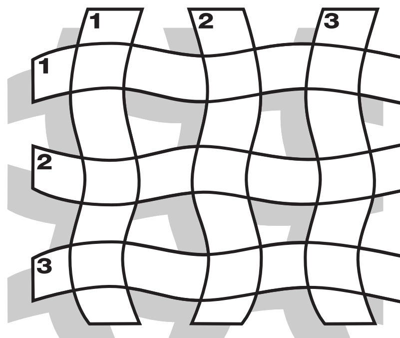
EHKNU		AHIT	AEEMR		ENSUV		IRTT	AEFT	ERTU
					EFRT				
AORTU			AEIM NR						
ABEEG HTTU									
EINX					ASTU				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für ein Servierbrett.

1	LACHS		KORB
2	BANK		TEIL
3	TEE		ZANGE
4	OEL		ANGABE
5	SEE		SCHULE
6	GAESTE		ROLLE
7	HOLZ		DORF

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 handlich; prägnant
2 Fürsorger, Betreuer
3 Filmfachmann, -fan

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: K, A, V, A, U, T, O, R, E, R, F, T, E, H, M, A, N, I, E, R, H, A, G, E, B, U, T, T, E, N, I, X, E, S, T, A, U

Mittelworträtsel: 1. Broetchen, 2. Gebaeude, 3. Gebaeck, 4. Quellen, 5. Kadetten, 6. Handtuch, 7. Huetten – Tablett

Magisch: 1. griffig, 2. Pfleger, 3. Cineast

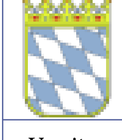
LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Sonnabend, 26. August, 14 Uhr vor dem Schorndorfer Rathaus: Treffen der Ost- und Westpreußen zu einer „Historischen Stadtführung mit Gottlieb Daimler", der am 17. März 1834 in Schorndorf geboren wurde und am 6. März 1900 in Bad Cannstatt starb. Nach der Stadtführung wollen wir den Nachmittag in der Gasthausbrauerei Kesselhaus ausklingen lassen. Anreise mit der S-Bahn bis Schorndorf. Für Autofahrer gibt es Parkmöglichkeiten im Parkhaus Bantel, bei der KSK Waiblingen, sowie bei der Gasthausbrauerei Kesselhaus. Eventuell auch direkt am Marktplatz. Anmeldungen bei Hans-Werner Schwalke, Telefon (0711) 512907, oder Uta Lüttich Telefon (0711) 854093.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

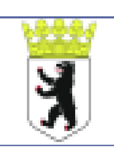
Landesgruppe – Der neue „Preußen-Kurier", ist da. Ausgabe 2/2017 der Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern bietet auf 40 Seiten spannendes aus der Heimat und vom vielfältigen Verbandsgeschaehen in Bayern. Der Preußen-Kurier ist auf der Internetseite der Landesgruppe abrufbar. Einfach auf www.low-bayern.de in der oberen Leiste Mediathek anklicken, dann den Unterpunkt Publikationen wählen.

Hof – Eine kleinere Gruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Hof traf sich zu einem heimatlichen Nachmittag. Man merkt, es ist Sommer- und Urlaubszeit, so begrüßte 1. Vorsitzender Christian Joachim die Anwesenden. Ausführlich und mit Fotos berichtete er von seiner erlebnisreichen Reise in den südlichen Teil Ostpreußens. In gemütlicher Runde bei Kaffee und Kuchen wurden beim heimatlichen Plausch Erinnerungen ausgetauscht. Vielen Dank für Ihr Kommen, bleiben Sie gesund und verleben Sie einen erholsamen Sommer, meinte der Vorsitzende zum Abschied. Wir haben ein volles Programm für Sie:
Sonnabend 9. September, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof: Erntedankfeier. – Donnerstag, 14. September, 19.30 Uhr, Gemeindehaus Michaeliskirche: Vortrag zum Lutherjahr. – Sonnabend, 14. Oktober, 10.30 Uhr, Saal des Jugendzentrums „Q": Gedenkstunde zum Tag der Heimat – Sonnabend, 11. November, 13 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Martinstag-Heimatnachmittag mit Gänseessen. Gäste sind zu diesen Veranstaltungen herzlich willkommen. *Renate Pfaff, Schriftführerin*

Landshut – Dienstag, 5. September: Ausflug mit Privatautos zum Wendelstein.

München – Freitag, 8. September, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Frauengruppe.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. September, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen mit dem Thema „Reiseberichte". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771 23 54.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 2. September., 7.30 Uhr, Kirchenallee beim Hauptbahnhof: 47. Berlinfahrt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.) zum Tag der Heimat nach Berlin. Bitte am Sonnabend um 7.30 Uhr am ZOB sein, damit wir um 7.45 Uhr abfahren können. Wir bitten, die 38 Euro Reisekosten zu überweisen beziehungsweise bar in der Geschäftsstelle im Haus der Heimat einzuzahlen. Auf der Hin- und Rückfahrt werden Imbisse gereicht. Im Bus erhalten Sie die Einlasskarte. Sie wird in Berlin in eine Eintrittsund Platzkarte getauscht. Es gibt dort auch ein Festprogramm und weitere Unterlagen. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen, eröffnet den Tag der Heimat und begrüßt die Teilnehmer. Die Festrede hält der Bundesminister des Inneren, Thomas de Maiziére. Das Programm wird musikalisch von den Potsdamer Turmbläsern umrahmt. Für die Hamburger Reisegruppe beginnt im Anschluss an den Festakt eine historische Berlinrundfahrt. Daher können wir nicht an der Kranzniederlegung teilnehmen. Den Mittagsimbiss nehmen wir am Berliner Alexanderplatz ein. Den Abschied von Berlin begehen wir am Reiterdenkmal Friedrich des Großen, Unter den Linden. Dort verabschieden wir uns auch von den Berliner Gästen mit einem traditionellen Sektumtrunk und deutschem Volksliedgut. Um rechtzeitig in Hamburg einzutreffen, planen wir um 19 Uhr aus Berlin abzufahren und wollen um 22.30 Uhr in Hamburg sein. Bitte überweisen Sie die 38 Euro auf das folgende Konto: Hamburger Sparkasse, IBAN DE 57 200 505 50 13 15 12 46 18, BIC: HASPDEHHXXX. Bitte beachten Sie, dass beim Ausfall keine Rückzahlung möglich ist.

Landesgruppe/Kulturreferat – Sonntag, 1. Oktober, Dittchenbühne, Elmshorn: Nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken mit einem Gläschen Bärenfang steht das Volksstück „Herr Puntila und sein Knecht Matti" von Bertolt Brecht auf dem Programm. Die Regie führt Maria von Bismarck. Der Preis für den Busausflug beträgt insgesamt 30 Euro pro Person. Im Preis enthalten sind die Fahrt mit einem modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Fahrt, Kaffee und Kuchen, ein Glas Bärenfang sowie die Theateraufführung. Die Abfahrten:
13 Uhr, Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle,
13.15 Uhr, Bahnhof Harburg,
14 Uhr, Kirchenallee (beim Hamburger Hauptbahnhof).
Die Rückfahrt ist für 18:30 Uhr geplant. Gehalten wird in der Kirchenallee, in Harburg und in Meckelfeld. Anmeldungen bei: Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und 0172/9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

– Nach Schwerin –

Landesgruppe/Kulturreferat – Sonnabend, 23. September, Schwerin: Noch sind ein paar Plätze im Bus frei, wenn es zum Ostpreußentreffen nach Schwerin geht. Der Fahrpreis beträgt nur 20 Euro. Der Eintrittspreis von sieben Euro ist an der Tageskasse zu zahlen. Es werden annähernd 2000 Teilnehmer aus ganz Deutschland erwartet. Sie werden auch in diesem Jahr ein hervorragendes Kulturprogramm erleben. Tragen Sie mit Ihrer Teilnahme dazu bei, dass weiterhin große Treffen der Heimatvertriebenen stattfinden können, um Verwandte, Freunde und Bekannte wiederzusehen und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass wir noch da sind. Die Abfahrten:
7 Uhr: Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle,
7.10 Uhr: Bahnhof Harburg,
7.30 Uhr: Kirchenallee (beim Hamburger Hauptbahnhof).
Die Rückfahrt von Schwerin ist um 17.45 Uhr. Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und 0172/9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

Außergewöhnliche Herbstreise

Mit dem Salzburger Verein geht es für sechs Tage nach Gumbinnen – noch sind Plätze frei

Umfangreich saniert und restauriert wurde die Salzburger Kirche in Gumbinnen. Aus diesem Anlass veranstaltet der Salzburger Verein vom 28. Oktober bis 2. November eine sechstägige Reise in das ostpreußische Ansiedlungsgebiet der Salzburger Emigranten. Das 500-jährige Jubiläum der Reformation 2017 bietet den passenden Rahmen. Einer der Höhepunkte soll ein festlicher Gedenkgottesdienst am Reformationstag in der erneuerten Salzburger Kirche sein.

Die Sechs-Tage-Reise im Komfort-Autobus wird vom Unternehmens Scheer-Reisen organisiert. Die Teilnehmerzahl sollte mindestens 25 Personen betragen. Sehr herzlich lädt der Salzburger Verein daher weitere Interessenten aus den Reihen der Leser des Ostpreußenblattes zur Mitreise ein.

Die Anreise beginnt am 28. Oktober in Wuppertal und führt über Zusteigepunkte in Bielefeld, Hannover und Berlin zunächst zur Zwischenübernachtung im Raum Posen. Am Zielpunkt Ostpreußen sind drei Übernachtungen im Gasthaus „Alte Apotheke" in Trakehnen vorgesehen.

Am 1. Tag sind Bus-Tagesausflüge in die Rominter Heide, nach Tollmingkehmen, an den Wystiter See, in Kirche und Museum Rominten sowie individuelle Besuche in den ehemaligen Heimatorten (Mietwagen privat) eingeplant.

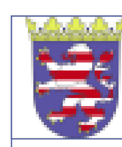
Am Reformationstag sind wir dann Teilnehmer am Festgottesdienst „Reformation 500" in der Salzburger Kirche und Gäste der Propstei Gumbinnen.

Am Nachmittag besuchen wir eine Festveranstaltung in der Aula des ehemaligen Friedrich-Gymnasiums mit Gedenken an die Ansiedlung der Salzburger Emigranten 1732. Die Rückfahrt am 1. November erfolgt wiederum mit Übernachtung im Raum Posen und endet am 2. November mit gleichen Zwischen-Haltepunkten (siehe oben) in Wuppertal. Der Reisepreis pro Person im Doppelzimmer beträgt 480 Euro. Einzelzimmer sind bei Bedarf verfügbar.

Die Anmeldungen zur Reise werden kurzfristig erbeten über die Firma Scheer, Leonhardstrasse 26 in 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077 oder Fax (0202) 506146 oder per E-Mail: info@scheer-reisen.de. Um eine parallele Meldung wird gebeten an: Geschäftsstelle des Salzburger Verein, Memeler Strasse 35, 33605 Bielefeld, Telefon (0521) 2994404, Fax (0521) 2994405, E-Mail salzburgerverein@online.de. Anmeldeschluss ist der 31. August, Anmeldeformular über Scheer. Bei telefonischer späterer Anmeldung bitte Visum-Beschaffung durch die Firma Scheer und Planung der Zustiegorte berücksichtigen!

Die Mitglieder des Salzburger Vereins freuen sich ausdrücklich über weitere, der alten Heimat verbundene Teilnehmer an dieser außergewöhnlichen Herbst-Reise.

Eckehard Schlemminger,



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 2. September: Tag der Heimat. Die Gedenkstunde mit Kranzniederlegung findet am 2. September auf dem Waldfriedhof in Darmstadt statt, und ist eine wertvolle Erinnerung an die verlorengegangene alte Heimat. Beginn der Veranstaltung ist um 14:30 Uhr. Die Sprecher der Gruppe würden sich sehr über eine rege Beteiligung freuen.

Wetzlar – Montag, 11. September, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128, 35578 Wetzlar: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit Vortrag von Roland Virnich „Die preußische Ostbahn – Lebensader für West- und Ostpreußen". Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 2. September, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Feststunde des BdV-Kreisverbandes zu Tag der Heimat. Ansprache: Staatsminister Axel Wintermeyer.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Mittwoch, 6. September, 18.30 Uhr, Parksaal, Godesberger Stadthalle: Bonner Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat mit dem Leitwort „60 Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung".

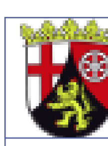
Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 9: Chorprobe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. – Donnerstag, 31. August, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Mittwoch, 6. September, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 8. September, 18 Uhr, Restaurant „Lauren's", Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 9. September, 11 Uhr, GHH, Konferenzraum, Bismarckstraße 90: Tag der Heimat. – Dienstag, 19 Uhr: Dokumentarfilm „Wir sind Juden aus Breslau", 108 Minuten, Regie: Karin Kaper und Dirk Szuszies. – Mittwoch, 13. September, 19 Uhr: Film, 2013, 86 Minuten, Regie: Helena Trestikova.

Iserlohn – Sonnabend, 26. August, 15 bis 17.30 Uhr, Varnhagenhaus, Piepenstockstraße 27, 58636 Iserlohn: Tag der Heimat. Die Sängerin Isabelle Kusari (Mezzosopran) hat ein musikalisches, poetisches und historisches Programm über die Kultur und die Geschichte der ehemaligen Deutschen Provinzen und Siedlungsgebiete zusammengestellt. Ein weiterer Höhepunkt beim Tag der Heimat soll das Auftreten der Singkreise der Landsmannschaften Ostpreußen Iserlohn und Ost- und Westpreußen Hemer, unter der Leitung von Lilli Janssen sein. Isabelle Kusari: „Bitte kommen Sie zahlreich und bringen Sie Freunde und Interessierte mit." Der Eintritt ist frei.

Neuss – Samstag, 9. September, 14 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Oberstraße: Gedenkfeier. Im Anschluss findet im Marienhaus, Kapitelstraße 36 eine Feierstunde statt. Es gibt einen Bustransfer vom Gedenkstein zum Marienhaus. Veranstalter ist der BdV-Kreisverband Neuss. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe.



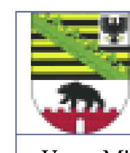
Iserlohn: Am 26. August zum Tag der Heimat tritt Isabell Kusari im Varnhagenhaus auf Bild: privat



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 2. September, 12 Uhr, Urania, An der Urania 17, Berlin: Tag der Heimat in Berlin. Leitwort „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung". 15 Uhr, Theodor-Heuss-Platz, Berlin: Kranzniederlegung



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 25 August, 14 Uhr, Knackmuschen Hof, Letzlingen: Grillfest mit Programm.

Magdeburg – Freitag, 25. August, 16 Uhr, Sportgaststätte beim TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises. – Dienstag, 5. September, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen. – Sonntag, 10. September, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Tag der Heimat, anschließend: Vorstandssitzung. – Freitag, 8. September, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Malente – Mittwoch, 30. August, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Rövkampallee 39, 23714 Malente: Gemeinsames Treffen. Der Vorsitzende wird über seine Familienreise in das Memelland berichten. Herr Falk wird Informationen aus der Vertreterversammlung der Landesgruppe mitteilen. Anmeldungen bis zum 19. August unter Telefon 2659. Gäste sind herzlich willkommen.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Landesgruppe: Donnerstag, 7. September, 14 Uhr, Vereinshaus, Naumburger Straße: Herbstfest „25 Jahre Ortsverband Hermsdorf e.V." – Donnerstag, 7. September, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Gruppe „Immanuel Kant".

Betreutes Denken

Zu: Bald fremd im eigenen Land (Nr. 32)

Es gibt Prozesse, die sind nicht aufzuhalten.

Die fortschreitende Fragmentierung Deutschlands durch Masseneinwanderung, wahllose Einbürgerung und zuletzt durch den unkontrollierten und ungeregelten Ansturm von Asylsuchern hat aus einem leidlich geordneten Industriestaat in der Mitte Europas ein Land gemacht, das den nahöstlichen Krisenherden zukünftig immer ähnlicher wird.

Millionen von Zuwanderern aus den Kriegsgebieten Nahost und Afrika werden durch das Umgehen bestehender Gesetze sowie mit Hilfe dubioser Gesellschaften (NGO) und deren Hintermänner in die EU eingeschleust, hauptsächlich in die Bundesrepublik. Diese sind der Meinung, hier herrsche Frieden, Wohlstand, und es gebe vor allem Geld. Und das alles umsonst.

Sie wollen Wohlstand und bemerken nicht, dass sie selbst zum Untergang des Wohlstands in diesem Lande beitragen. Wer dauernd von einem gesunden Körper zehrt und ihn sozial ausbeutet, bringt diesen Körper irgendwann zu Fall. Wenn diese Zustände dann eingetreten sind, ist es auch ein Leichtes, wie schon praktiziert, weitere Gesetze zu beschließen, um die Kontrollfunktionen des Staates und dessen Hintermänner über die Gesellschaft auszuweiten.

Wer auch immer die Fäden im Hintergrund zieht – sind wir denn schon vollständig im betreuten Denken angekommen? Der frühere Spruch „Deutschland schafft sich ab“ ist näher, als man denkt, besonders dann, wenn man sich die aktuelle Problematik im Mittelmeer und deren Konsequenzen ansieht. **Rainer Redeker, Offenbach am Main**

Eine Wippe vorm Roten Rathaus

Zu: Die Wippe muss wandern! (Nr. 32)

Wandern: Ja! Und ich weiß auch, wohin die Denkmals-„Wippe“ wandern muss. Wichtig bleibt, dass sie nicht vor dem Kuppelbau des erfreulicherweise wiedererrichteten Schlosses platziert wird.

Hier mein ganz einfacher und pragmatischer Vorschlag. Erstens: Man versetze den „Vier-Ströme-Brunnen“ dorthin, wo er hingehört, nämlich auf der Lustgartenseite vor das Schloss. Zweitens: Man baue die Wippe an die so frei gewordene Stelle vor dem Roten Rathaus. Ob sie überhaupt je die Funktion erfüllen wird, die sich deren Befürworter versprechen, bleibt fraglich, ist aber dort auch nur von untergeordneter Bedeutung. Drittens: Man rekonstruiere das Nationaldenkmal dort, wo es Krieg und Kommunismus zerstört haben.

Jetzt muss nur noch der Deutsche Bundestag zur Aufhebung seines Beschlusses gebracht werden. Dem Willen der Bevölkerung entspräche diese Lösung allemal. Notfalls muss ein Volksbegehren – ähnlich wie beim Flughafen Berlin-Tegel – der Politik Beine machen. **Heiner E. Frisch, Kaarst**

»Beton-Wurst mit zwei Zipfeln«

Zu: Die Wippe muss wandern! (Nr. 32)

Es haben drei Tage vor der Abstimmung im Deutschen Bundestag bei einer Umfrage 65 Prozent der Berliner gegen die Wippe an dieser Stelle vor dem Eingang des Humboldt-Forums gestimmt. Als Architekt sehe ich die Feingliederung aller Bauten im Umfeld der Schloss-Hauptfassade als unpassend für die Ablagerung/Deponie dieser „archaischen Keule“ an dieser Stelle an.

Kennt man in den Köpfen der Bundestagsabgeordneten Berlins Geschichte bis zurück zu den Markgrafen überhaupt, als dieser „Berliner Pöbel“ schon oft motzte? Ist die Anzahl der Mehrheitsmacher im Bundestag inzwischen ein so unsensibel gefühllos arbeitender Volksvertreter-Trupp, dass dieser nicht mehr empfindet, dass die feingliedrigen Schlossbrükkenfiguren und Architektur-Gebäude der nächsten Umgebung (Dom, Altes Museum, Zeughaus, Kommandantenhaus, Schinkelplatz, Bauakademie selbst bis zu den Geländern der Spree und den Pflaster-Katzenköpfen, ja selbst das ehemalige Staatsratsgebäude ist noch wirklich gegliedert) zu dieser „Beton-Wurst mit zwei Zipfeln“ nicht passt?

Oh mein Gott, da haben ja die Steinzeit-Menschen besseren Schmuck produziert. Man ist geneigt, die Statue der Amazone von August Kiß vor dem Alten Museum zum Leben zu erwecken. **Wolfgang Liebehenschel, Berlin**

Leserbriefe bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Tilsiter Nebelkerzen gegen ostpreußischen Dichter Bobrowski



Kein „bogen“ mehr für den Panzer: In Tilsit heißt es jetzt in richtigem Deutsch, dass man sich zu „verbeugen“ habe Bilder (2): Makert

Zu: Angst vor schleichender „Germanisierung“ (Nr. 32)

Als ich in der *Preußischen Allgemeinen* von der „Beschlagnahme“ zweier Fotos anlässlich der Ausstellung zum 100. Geburtstages des in Tilsit geborenen Dichters Johannes Bobrowski durch das Kulturamt in Tilsit gelesen habe, weil im dortigen Stadtmuseum zwei Hochzeitsfotos des Dichters in Wehrmachtsuniform zu sehen waren, fühlte ich mich an den Bildersturm durch Frau von der Leyen auf das Foto des verstorbenen Altbundeskanzlers Helmut Schmidt in einer Bundeswehr-Uni erinnert. Auch hier war die Wehrmachtsuniform schließlich der Stein des Anstoßes für die Fotoentfernung.

Als älterer Angehöriger der „Menschen, die schon länger hier leben“, kann ich den „Stalinisten“ im Königsberger Gebiet aus eigener Anschauung heraus versichern, dass die Menschen in den Nachbarländern wegen des Zustands der deutschen Gesellschaft im Nachkriegsdeutschland keine von deutschem Boden ausgehende „schleichende Germanisierung“ zu erwarten oder zu befürchten haben. Vielmehr müsste Angst vor einer vom deutschen Boden ausgehenden „galoppierenden Islamisierung“ Europas mit allen Konsequenzen vorherrschen. Also alles nur Nebelkerzen im lokalen Kompetenzgerangel und ein Nebenkriegsschauplatz. **Karl Krugmann, Erfurt**

Geld ja, Kultur naja

Im August 2016 haben wir Tilsit besucht und in der „Allee der internationalistischen Krieger“ die neuen Hinweistafeln mit geändertem Text fotografiert; auch das wiedererrichtete Denkmal von Königin Luise. Das Tilsiter Stadtmuseum birgt ebenfalls beeindruckende Exponate. Im Übrigen sind deutsche Investoren im Königsberger Gebiet willkommen, wie man uns sagte. **Dr. Roland Mackert, Sachsenheim**

Atomare Teilhabe

Zu: Atomwaffen-Gerücht (Nr. 28)

In der Meldung wird berichtet, dass in den USA über eine deutsche „Teilhabe an Nuklearwaffen“ nachgedacht und spekuliert werde. Von wegen Gerücht. Es ist den deutschen Medien völlig entgangen, dass im „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und der Zukunft der Bundeswehr“, beschlossen und herausgegeben von der CSU/CDU/SPD-Bundesregierung, eben diese „nukleare Teilhabe“ gefordert wird.

Im dem „Weißbuch“ heißt es: „Die Bundesregierung macht es sich zur Aufgabe und wird sich dafür einsetzen, ... weiterhin substanzielle Beiträge zur Stärkung der Allianz im Bereich Abschrekkung und kollektive Verteidigung zu leisten. Hierzu zählen die zyklische Übernahme der Verantwortung als Führungsnation bei den mobilen und schnell einsatzbereiten Kräften, Engagement im Rahmen von Rückversicherungsmaßnahmen sowie der verstärkten Vornepräsenz, der deutsche Beitrag zur NATO-Raketenabwehr, die nukleare Teilhabe sowie durchhaltefähige Beiträge entlang der NATO-Planungsziele.“

Politisch bemerkenswert ist, dass hiermit die Politik von Franz Josef Strauß in seiner früheren Eigenschaft als Bundesverteidigungsminister konsequent fortgesetzt wird, als dieser in den späten 50ern die Bundeswehr mit Atomwaffen ausrüsten wollte. Neu ist, dass es jetzt keinerlei Widerstand dagegen gibt, denn die Reste der deutschen Friedensbewegung schweigen wie interessanterweise auch sämtliche Bundestagsfraktionen. **Heinz Severitt, Goslar**

»Ein Richter, der nicht strafen kann, gesellt sich endlich zum Verbrecher«

Zu: Mild, Milder, Freispruch (Nr. 29)

Ein sehr guter Beitrag! Aber den angesprochenen Mankos in der bundesdeutschen Justiz lassen sich noch viele hinzufügen. Bei den Vernehmungen durch die Kriminalbeamten existieren keine authentischen Video- und Tonaufzeichnungen, die in Großbritannien schon lange Gesetz sind. Sofern Tonaufnahmen gemacht werden, so werden diese „nach der Vorschrift der Vernehmung“ danach wieder gelöscht. Der Ermittler formuliert „in seiner Sprache“. Die Richter bekommen die Originaltexte nie zu hören.

Bei Kapitalverbrechen wie Mord oder Vergewaltigung bekommt jeder Angeklagte nur eine Tatsachenverhandlung, die vorm Landgericht. Eine Berufung, wie sie Diebe oder Räuber bekommen, existiert nicht (in Frankreich seit 25 Jahren). Es gibt nur die Revision. Und die ermittelt nur formal prozessuale Fehler. Die traurige Folge: Bei 800 000 Landgerichtsurteilen jährlich gibt es etwa 200 000 Fehlurteile (nach BGH-Richter Ralf Eschelbach).

Obwohl es nur eine Hauptverhandlung bei Kapitalverbrechen gibt, besteht bei der Revision das Verbot der „Rekonstruktion der Hauptverhandlung“. Heißt: Kein BGH-Richter macht sich die Mühe, zu prüfen, wie ein Prozess wirklich gelaufen ist. Er hält sich nur an die Sätze des Urteils, die oft nicht mit Teilen des Prozessverlaufs übereinstimmen. Zudem: Das Landgericht führt – wie in Zivilprozessen – nicht einmal ein Wortprotokoll. Wie schon bei Ermittlungsverfahren existieren keine Ton- und Videoaufnahmen.

Was die milden und immer milder werdenden Urteile betrifft, die der Artikel hervorragend aufführt, kann man nur mit Goethe sagen: „Ein Richter, der nicht strafen kann, gesellt sich endlich zum Verbrecher.“ **David S. Vischer, Berlin**

Dornenreicher Weg

Auf Hiddensee reifen die Beeren des Sanddorns – Das »Melken« der Früchte ist mühselig, sorgt aber für kulinarische Genüsse

30 Minuten trennen Hiddensee von der Hektik der Welt. Das autofreie Ostsee-Idyll, das einst Gerhart Hauptmann begeisterte, lockt heute bekennende Müßiggänger auf „dat söte Länneken" im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft. Ab September wird eine hier typische Dünenpflanze „gemolken": der rote Sanddorn.

Wie ein Wellenbrecher legt sich die Insel, fast 17 Kilometer lang und 300 bis 3000 Meter breit, schützend vor die Westküste Rügens – zur Seeseite mit einem endlos langen Sandstrand, zur Boddenseite stark zerrissen und zerlappt in unzählige Buchten und Binnenseen. Seine Seepferdchen-Form, im Wappen verewigt, erinnert an Sylt. Doch damit hat sich's auch schon mit den Gemeinsamkeiten. Kein Schickimicki, keine Luxusläden, keine Szenekneipen stören das Idyll. Wer nach Hiddensee kommt, sucht Einsamkeit und Ruhe. Statt Abgasen und Ampeltakt prägt das gleichmäßig-ruhige Klackklackklack vieler Pferdehufe den Verkehr. Nicht breite Straßen, sondern gewundene Wege und Trampelpfade laden ein, die Insel zu Fuß oder per Fahrrad zu entdekken. Selbst Bürgermeister, Kurdirektor und Pastor radeln.

Der erste Spaziergang vom Fährhafen Kloster aus gilt dem Leuchtturm am Dornbusch. Verlassen schlängelt sich der Hochuferweg durch den Wald auf der Nordseite der Insel und gibt durch die buntbelaubten Bäume spektakuläre Blicke auf die Ostsee frei. Auf diesem schmalen Weg reihen sich im Sommer die Touristen im Entenmarsch auf und bilden manchmal kleine Staus, weil sich der Gegenverkehr als ganze Reisegruppe vorüberschlängelt.

Am Wegesrand leuchten überall orange-rote Beeren. Sanddornbüsche laden Einheimische wie Reisende zum Ernten ein. Ab September treibt es fast jeden ins stachelige Dickicht. Ohne Schutzausrüstung geht gar nichts. Dicht gedrängt stehen Urlauber an einem Sanddornbusch, eingepackt in bunte Regenumhänge. Dazu tragen die Besucher dicke Plastikhandschuhe. Beim Sanddorn-Melken werde es matschig, erklärt Restaurantfachmann Jan Müller. Er erntet Saft für sein Sanddorn-Lieblingsprodukt: Likör, den er im Hiddenseer Traditionslokal „Zum Klausner" serviert. Seinen Eimer hat er um den Bauch gebunden.

Da die Stacheln des Sanddorns nach vorne zeigen, zieht und drückt er die Beeren an den Zweigen von innen nach außen. So legen sich die Stacheln an und der Saft läuft in den Eimer. Bevor er in Flaschen kommt, wird die fruchtig-sämige Flüssigkeit durch einen Damenstrumpf gepresst und gleichzeitig gefiltert. Dann kann sie zu Likör verarbeitet oder heiß und mit Zucker genossen werden.

Hiddensee ist auch ein begehrtes Sammelgebiet für Zugvögel. Die Ostseeinsel liegt im Kreuzungsbereich der Vogelleitlinien von Nord nach Süd und von Ost nach West. Als Orientierung dienen den Vögeln zu den Zugzeiten Landmarken wie der Dornbusch mit seinem dichten Bewuchs, der einer Vielzahl von Vögeln als Rast- und Nahrungsstätte dient.

Ein Erlebnis ist auch der Zug der Kraniche in seiner artspezifischen Formation, begleitet vom eigenwilligen „Trompeten" der Vögel. Besonders zur Herbstzugzeit verweilen die Tiere wochenlang, bevor sie ihre Reise nach Spanien antreten, und sind dann gut zu beobachten. Damit sie in Ruhe nach Futter suchen und sich auf ihre lange Reise in den Süden vorbereiten können, führen Umwelthüter durch den Nationalpark. *Andreas Guballa*



Beeren-Melken: Regenumhänge schützen vor den Sanddorn-Spritzern Bild: gub

Wissenswertes über Sanddorn

Hoch stand der Sanddorn am Strand von Hiddensee ...", schwärmt Nina Hagen ihrem Hit von 1974 „Du hast den Farbfilm vergessen" über das Farbenspiel des Spätsommers auf der Insel. Im September färben sich die Sanddornbeeren orangerot und harmonieren mit dem Blau des Himmels über Hiddensee. Der strauchförmig wachsende Sanddorn wird mehrere Meter hoch. An den Zweigen finden sich Dornen, die hinter weidenähnlichen linealischen Blättern versteckt sind. Sanddorn ist zweihäusig. Während die Blüte im April/Mai eher unscheinbar ist, leuchten am zweijährigen Holz der weiblichen Sträucher die dekorativen Beeren vom Spätsommer bis in den Winter.

Der Sanddorn, ursprünglich beheimatet in Nepal, ist heute von den Alpen über den asiatischen Raum bis nach Sibirien verbreitet. Man findet ihn häufig an den Küsten von Nord- und Ostsee, wo er zu Küstenschutzzwecken angepflanzt wird. Seine Fähigkeit, sich über unterirdische Triebe zu vermehren und somit schnell auszubreiten, macht ihn zum genialen Helfer des Küstenschutzes und bringt ihm den Fluch eines manchen Gärtners ein, der den Sanddorn als Zierstrauch anpflanzte und seiner Ausbreitung im Garten machtlos gegenübersteht.

Sanddorn gehört zu den sogenannten Pionierpflanzen, die auch auf unbewachsenen Sanddünen schnell Fuß fassen. Er lebt in Symbiose mit Luftstickstoff bindenden Bakterien und ist so in der Lage, auch nährstoffarme Standorte zu besiedeln, mehr noch, den Boden zu bereiten für anspruchsvollere Pflanzen wie Holunder und Laubbäume.

Auf Hiddensee gibt es auf den Bessinen und auf dem Dornbusch umfangreiche natürliche Vorkommen. Entlang der Westküste ist der Sanddorn mit der Kartoffelrose und der Ölweide zu Küstenschutzzwecken angepflanzt worden und hat sich von dort weiter ausgebreitet.

Traditionell wird auf Hiddensee ab September der Sanddorn gemolken, die Beeren werden am Strauch ausgedrückt. Der Saft, reich an Vitamin C, wird weiterverarbeitet zu Marmeladen, Gelees, dem legendären Sanddornlikör sowie süßen und herzhaften Spezialitäten.

Rezept für Sanddorn-Muffins: Eine Fertigmischung für Muffins wird nach Packungsanleitung zubereitet. Statt Milch wird jedoch Sanddornnektar zum Teig zugegeben. Die Muffins werden wie gewohnt gebacken. Für die Glasur wird Puderzucker mit Sanddornnektar verrührt. Die Muffins werden glasiert und nach Belieben verziert. *gub*

»Det typische Berlin«

Des Kaisers Urenkel eröffnet die Festspiele im Nikolaiviertel

Zurück in die Vergangenheit: Dieses Wochenende lädt das historische Nikolaiviertel im Herzen Berlins zu einer Reise durch die Jahrhunderte ein. Die Wiege der deutschen Hauptstadt verwandelt sich am Sonnabend und Sonntag in eine riesige Freilicht-Bühne und hat gleich drei Gründe zum Feiern: Berlin feiert sein 780-jähriges Gründungsjubiläum, das Nikolaiviertel das 30. Jahr des Wiederaufbaus und die Nikolaifestspiele ihren fünften Geburtstag.

Das Motto der diesjährigen Festspiele lautet „Menschen, Maschinen, Sensationen". Eröffnet werden sie am 26. August um 12 Uhr vom Urenkel des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II., Franz Friedrich Prinz von Preußen. Danach startet zwischen Rotem Rathaus und Spreeufer ein Karneval der Berliner Geschichte, die 1237 ihren Anfang nahm. Zumindest ist dies das Datum der ersten urkundlichen Erwähnung. Denn die Wurzeln der Stadt, so wissen Historiker, sind sehr viel älter. Aber egal, denn fest steht, im Nikolaiviertel hat Berlin seinen Ursprung.

Doch es erlebte nicht nur glanzvolle Zeiten. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Wiege Berlins mit der ältesten Kirche der Stadt, der rund 800 Jahre alten Nikolaikirche, fast komplett zerstört. Der Wiederaufbau erfolgte erst von 1981 bis 1987 anlässlich des 750. Stadtjubiläums. So sind die meisten Häuser vor rund 30 Jahren entstanden, was dem historischen Ambiente keinen Abbruch tut.

Wer auf dem Natursteinpflaster durch das Viertel mit seinen schmalen Gassen, den vielen kleinen Boutiquen und urigen Lokalen voller Alt-Berliner Gerichten, Geschichten und Flair bummelt, fühlt sich durchaus in alte Zeiten versetzt. Das Nikolaiviertel ist wie ein kleines Dorf inmitten einer pulsierenden Metropole. Ob Einheimische oder Touristen – hier findet jeder „det typische Berlin".



Bild: Nikolaiviertel e.V./Frank Herrmann

„Rad"-Fahrer: Beim Nikolaifest geht es phantastisch zu

Außerdem erzählen auch Museen über die wechselvolle Historie. So informiert die Nikolaikirche, die heute ein Museum ist, über Kirchen-, Bau- und Stadtgeschichte und das Ephraim-Palais über Kunst- und Kulturgeschichte. Das Knoblauchhaus zeigt Wohnkultur aus der Biedermeierzeit, und das Heinrich-Zille-Museum plaudert über Leben und Werk des beliebten Pinselheinrichs.

Diesem typisch Berlinerischen wird das historische Freiluft-Spektakel am letzten Augustwochenende noch eins draufsetzen. Denn sicherlich werden neben Berliner Originalen wie der legendäre Eckensteher Nante, Schusterjungen und Leierkastenmännern auch Lustwandler und Quacksalber die Gäste aus aller Welt phantastisch unterhalten. An bestimmten Punkten werden verschiedene Themen wie die Pest oder die Hugenotten vorgestellt.

Zu bestaunen sind auch historische Fahrzeuge wie der originalgetreue Nachbau der ersten Berliner Elektro-Droschke von 1882 und des Dampfautomobils Lykamobil Typ 2 von 1898. Wer Lust auf einen 40-Meter-Höhenflug mit Blick über das Berlin von gestern, heute und morgen hat, steigt in den Jules-Verne-Heißluftballon. *Barbara Eising*

Programm im Internet unter: www.nikolaifestspiele.de

Schwer zu schultern

Früher nützliches Utensil, heute Statussymbol – der Schultornister

Hurra, die Schule beginnt wieder! Diesen Freudenschrei werden weniger die Schüler als deren Eltern ausstoßen, die froh sind, nach den langen Sommerferien die Quälgeister tagsüber endlich wieder los zu sein. Zur Belohnung lassen sie ihre Brut mit neuesten Tornistern an den Start gehen. Die luxuriösen Markenranzen gibt es heute in vielen Formen und Farben. Mit Reflektoren zur Verkehrssicherheit, kleinen Außentaschen für die Brotbüchse und Trinkflasche sowie bunten Bildern kann man sie erwerben. Doch das war nicht immer so.

Blickt man in die Geschichte zurück, dann wussten bereits unsere Vorfahren, dass man schwere Dinge besser auf dem Rücken trägt. Jäger und Sammler bauten sich Holzgestelle, die man mit Riemen über die Schultern tragen konnte. Diese Tragegestelle wurden Kraxen genannt. Aus der Kraxe entstand dann ein geflochtener Korb mit Riemen. Später entwickelte sich für die Soldaten eine Tragehilfe, oft aus Kalbfell oder Segeltuch mit Schulterriemen: der Tornister. Dieser ist der direkte Vorläufer der Schulranzen. In einigen Regionen heißt die Schultasche noch immer so.

Bis ins 19. Jahrhundert war in den deutschen Staaten der Schulbesuch nicht einheitlich geregelt. Bauernkinder mussten eher bei der Ernte und im Stall helfen, als in die Schule zu gehen. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich die allgemeine Schulpflicht durch. Doch noch hatten die Kinder nichts, was sie hätten in die Schule tragen können. Hefte und Bücher waren teuer. So bedurfte es auch keines Tornisters. Erst langsam entwickelte sich nun ein Schulranzen aus Leder und Leinen, manchmal mit Fell besetzt. Schon von Beginn an gingen Mädchen und Jungen mit unterschiedlichen Ranzen zur Schule. Bei den ersten Schulranzen hatte der Tornister für Jungen eine lange Klappe vorne, für Mädchen aber eine kurze. Der Jungenranzen wurde mit Riemen verschlossen, der für Mädchen mit sich kreuzenden Riemen auf der Klappe. Ende der 1960er Jahre wurden die Schultaschen bunter und mit Tiermotiven geschmückt. Auch gab es bald bunte Schulranzen aus Lackleder.



Bild: Stiftung Stadtmuseum Berlin

Schulmode anno dazumal: Ranzen mit Schiefertafel

Mitte der 70er Jahre änderte sich noch mehr. Ranzen wurden nun aus textilen Geweben und Kunststoffen hergestellt. Ein großer Vorteil, denn so wurden die Schultaschen viel leichter. Wichtig war nun auch die Verkehrssicherheit. Da der Verkehr immer dichter wurde in den Städten, musste der Schulranzen zum Schutz für die Schüler zu 20 Prozent mit leuchtendem Stoff ausgestattet werden. Das fluoreszierende Material leuchtet durch Bestrahlen erst richtig auf zum Schutz vor Autofahrern in der Dunkelheit. Die deutsche Industrienorm für Schulranzen, DIN 58124, wurde 1990 eingeführt. In den 90er Jahren wurden dann Rucksäcke immer wichtiger. Im neuen Jahrtausend sind alle Farben möglich, und viele bunte Drucke zieren die Schultaschen. *Silvia Friedrich*



Ansicht eines Insiders

Ex-FPD-Parteifreund rechnet mit Christian Lindner ab

Der FDP-Parteitag 2015 stand unter dem Motto: „Beta-Republik-Deutschland“. Diese politische Null-Aussage steht für Digitalisierung und Modernität. Dies entspricht der Aussage von Gerhard Papke: „Lindners Tonalität folgt überaus geschmeidig dem Zeitgeist und verfolgt eine Politik systematischer Risikominimierung.“ Seine Positionen hätten etwas „Flüchtiges“.

Sein Buch „Noch eine Chance für die FDP? Erinnerungen und Gedanken eines Weggefährten“ über die sehr enge Zusammenarbeit und dann das Auseinanderleben der beiden „Freunde“ öffnet zuweilen interessante Einblicke in das politisch-parlamentarische Leben. Papke war wissenschaftlicher Referent in der Theodor-Heuss-Akademie (FDP), als er 1998 gebeten wurde, sich eines „Zivis“ (Zivildienstleistender) anzunehmen, der dort als „Hausmeister“ dienen sollte, aber im Grunde auf eine schnelle Karriere aus war. Christian Lindner habe zwei „linke Hände“ gehabt und sei total desinteressiert an dieser Zivi-Aufgabe gewesen. Der junge Mann habe „Höheres“ vorgehabt. Er war „PR-Berater“, fuhr einen Porsche Boxster und habe einen Sponsor gesucht, damit er „mit eigenem Wagen an der Love-Parade“ in Berlin teilnehmen konnte. Er erklärte „mit der größten Selbstverständlichkeit der Welt, dass er bei der Landtagswahl im Mai 2000 natürlich ins Parlament wolle“. Dieses Selbstbewusstsein motivierte auch Papke, und so begannen beide mit Eifer, systematisch an diesem Vorhaben zu arbeiten. Sie erkannten, dass „Verpackung und Inszenierung“ ihrer beiden Personen wichtiger sei als der politische Inhalt, der ohnehin nur aus „Allgemeinplätzen“ bestehe. Die FDP erzielte bei den Wahlen am 14. Mai 2000 ganz überraschend stolze 9,8 Prozent und beide zogen in den Landtag. „Bambi“ Lindner fiel Jürgen Möllemann sofort auf. Er erkannte das Talent und meinte: „Was ist der Junge doch für ein begnadeter Schauspieler.“ Der war und sei er bis heute. Ständig wechsele er seine Rollen und spiele sie perfekt.

> Selbstinszenierung anstelle von Inhalten

Das Mitglied des Landtags (MdL)-Gespann Papke/Lindner lief wie geschmiert und umschiffte alle parteiinternen Konflikte, wobei der erfahrene und 18 Jahre ältere Papke der „Ideengeber“ war und Sacharbeit betrieb und Lindner der ehrgeizige „Lehrling“ mit dem Hang der Selbstdarstellung. Papke war von 2005 bis 2012 Fraktionsvorsitzender und danach bis zum 31. Mai 2017 Vizepräsident des Landtags. Lindner war bis 2009 MdL, wechselte dann als FDP-Bundestagsmitglied nach Berlin, um 2012 nach NRW in den Landtag zurückzukehren. Am 7. Dezember 2013 wurde Lindner Parteivorsitzender.

Nach umfangreichen Einblicken in die Alltagsarbeit schildert Papke das sich anbahnende Zerwürfnis mit Lindner. Nach dem bitteren Abschied der FDP aus dem Bundestag mit nur 4,8 Prozent musste sich die Partei „relaunchen“. Nun schlug Lindners Stunde. Er entwarf ein neues Lindner-Bild der Partei und setzte ganz auf „Jugendlichkeit, Dynamik und Internetaffinität“. Die FDP suchte wieder eine stärkere „Bodenhaftung“, doch nun schwebte sie vollends in indifferenten Wolkenkuckucksheimen. „Standfestigkeit“ sei keine Tugend des stets strahlenden Lindner. Ein klares „inhaltliches Profil“ sei bei aller rhetorischen Begabung nicht zu erkennen.

Papke attestiert Lindner eine „dialektische Sprachkompetenz“, die ihm gestatte, „Konkretisierungen zu vermeiden“, um sich nicht in die Karten schauen zu lassen. Ein Beispiel? „Unser Land wird durch Zuwanderung sein Gesicht ändern. Manche sagen sogar, Deutschland müsse sich ändern. Zweifellos werden die traditionellen Prägekräfte nachlassen, neue werden Einfluss gewinnen.“ Diese Aussage ist inhaltsleer. Lindner zeigt ein so hohes Maß an Flexibilität, dass sich die FDP zu einer egozentrischen „Inszenierungspartei“ entwickelt, die alle ihre Prinzipien so weich formuliert, dass sie jederzeit verdreht und flott dem „Zeitgeist“ angepasst werden können. Papke hat die Reißleine gezogen und kandidiert nicht mehr für den Landtag.

Lindner trimme die FDP systematisch auf das „Format internetaffiner Jugendlichkeit“. Wie bei der „Piratenpartei“ nehme die Digitalisierung eine Schlüsselrolle ein. Er fordere sogar ein „Digitalisierungsministerium“. Doch man kann nicht den Menschen auf bloße Zahlen, nur noch auf 0 und 1 reduzieren. Deswegen wendet er sich nicht an konservative Wähler und macht sich über die „verstaubte Bürgerlichkeit“ lustig. Aber auch Lindner, der jugendliche Hoffnungsträger, entgeht dem Altern nicht. Er sollte achtgeben, dass er nicht eines Tages als „dummdreister Umfaller“ landet. Er ist der Letzte des „Talente-Triumvirats“ der FDP. *Wolfgang Thüne*

Gerhard Papke: „Noch eine Chance für die FDP? Erinnerungen und Gedanken eines Weggefährten“, *Münchner Verlagsgruppe, München 2017, gebunden, 232 Seiten, 19,99 Euro*

Hassfigur Nummer Eins

Historiker über Donald Trump

Der US-Präsident Donald Trump ist für viele Menschen die Hassfigur schlechthin. Dabei wissen sie oft gar nicht genau, was Trump eigentlich denkt und plant. Diesem Mangel soll nun das Buch „Wir hätten gewarnt sein können“ abhelfen. Es stammt aus der Feder der beiden Historiker Brendan Simms und Charlie Ladermann von den Universitäten Cambridge und Austin (Texas) und enthält eine Zusammenstellung von öffentlichen Äußerungen des früheren Unternehmers aus den letzten Jahrzehnten, welche Auskunft über dessen politische Vorstellungswelt geben sollen.

Bei der Lektüre dieser Zitatensammlung fällt Folgendes auf: Zum einen sind die Autoren keineswegs unparteiisch, wovon die zahlreichen eingestreuten Kommentare zeugen. Zum anderen hielt Trump offensichtlich seit den 1980er Jahren konsequent an seinen Grundüberzeugungen zur Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik fest. Er ist also mitnichten ein prinzipienloser Opportunist, der den Wählern nach dem Munde geredet hat, wie häufig behauptet wird. Vielmehr sprach sich der jetzige Präsident schon vor längerer Zeit dafür aus, Amerika seine frühere Größe zurückzugeben, kein Geld mehr für die Verteidigung von Ländern aufzuwenden, welche selbst im Reichtum schwimmen, die Wirtschaft der USA wieder stark zu machen und illegale Einwanderung zu begrenzen. Ebenso zollte er seinem Vorgänger Barack Obama zunächst großen Respekt, bis dieser dann nach Trumps Meinung zu nachgiebig gegenüber der muslimischen Welt auftrat.

Letztlich erfüllt das Buch also durchaus den Zweck, über den Gedankenkosmos des 45. US-Präsidenten aufzuklären – der Leser sollte allerdings die permanenten Spitzen von Simms und Ladermann ignorieren. *Wolfgang Kaufmann*

Brendan Simms/Charlie Ladermann: „Wir hätten gewarnt sein können. Donald Trumps Sicht auf die Welt“, *Deutsche Verlags-Anstalt, München 2017, gebunden, 157 Seiten, 12 Euro*



Jeder ein Schauspieler

Anleitung zur Verführung

Ständig versuchen Menschen andere zu verführen. Im Normalzustand können denkende Menschen dem widerstehen. Das ändert sich aber, wenn wir verliebt sind. Es droht der Verlust des logischen Denkens, wir reagieren emotional und handeln oft völlig irrational. Ein verliebter Mensch kapituliert. Das nutzen Verführer aus. Sie studieren die psychologischen Komponenten des Verliebtwerdens, Der Verführende nutzt die Faszination der Machtausübung über den Verliebten. So erklärt es jedenfalls der Drehbuchautor, Dramatiker, Essayist und Übersetzer Robert Greene in seinem Buch „Die 24 Gesetze der Verführung“.

Er geht der Frage nach, wie wir uns Charme und Überzeugungskraft aneignen können. Dass jeder die Fähigkeit hat, ein Verführer zu sein, beschreibt er optisch ansprechend. Er schildert zunächst die unterschiedlichen Verführertypen und formuliert im Anschluss daran seine 24 Gesetze der Verführungskunst. Greene kommt dabei sicherlich seine Erfahrung als Drehbuchautor zugute. Denn, wie er im Vorwort formuliert, muss ein Verführer auch immer ein guter Schauspieler sein. Eine unterhaltsame Lektüre. *MRK*

Robert Greene: „Die 24 Gesetze der Verführung“, *dtv, München 2017, broschiert, 240 Seiten, 9,90 Euro*



Spurensuche in West-Berlin

Alliierten-Museum informiert über Einfluss der amerikanischen Siegermacht

Als sich die US-Streitkräfte im Sommer 1994 in Berlin mit einer Konfetti-Parade von den Berlinern verabschiedeten, standen manchem Zaungast Tränen in den Augen. Aus ehemaligen Besatzungssoldaten waren in den Augen mancher echte Freunde geworden.

Nach der deutschen Vereinigung entband US-Präsident Bill Clinton die Streitkräfte, die seit 1945 ihre Mission in Berlin erfüllt hatten, von ihren Aufgaben. Der Große Zapfenstreich zum Abschied verursachte Wehmut, hatten doch die GI mit ihren Familien den Südwesten der Stadt mit ihrer Musik, ihrer Art zu leben, ihren Gebäuden und Freizeitanlagen geprägt wie keine der drei anderen alliierten Siegermächte. Unzählige Berliner hatten diesen Lebensstil der „Amis“ gerne abgeguckt und sich in deren Wohnsiedlungen, die angelegt waren wie amerikanische Vorstädte, so gefühlt, als lebe man selbst in den USA.

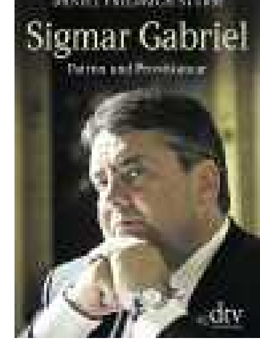
Das vom Verein Alliierten Museum herausgegebene Buch „Die Amerikaner im geteilten Berlin. Spurensuche im Südwesten der Stadt“ lässt die Zeit zwischen 1945 und 1994 noch einmal Revue passieren. Der Autor Arno Helwig ist Leiter des Projekts „Amerikaner im Südwesten“ im ehemaligen Truppenkino „Outpost“. 20 historische Orte werden vorgestellt, vom US-Hauptquartier über amerikanische Wohnsiedlungen bis hin zu Landmarken des Kalten Krieges wie dem Checkpoint Charlie. Eingeteilt in die Kapitel „American Way of Life“, „Im Kontakt mit der Berliner Bevölkerung“, „Politische und militärische Präsenz“ sowie „Der Kalte Krieg“ vermittelt das Buch auch einen übersichtlichen Abriss der historischen Ereignisse im Südwesten Berlins nach Ende des Krieges.

So mancher Lebensweg eines Nachkriegsberliners hat durch die Anwesenheit der Amerikaner und durch die Arbeit bei den Streitkräften eine ganz andere Wendung genommen.

Wer damals im Berliner Südwesten lebte, wird im Buch alles sofort wiedererkennen. Denn es war eine schöne Zeit mit Freunden, was sich nicht nur im alljährlich im August stattfindenden Deutsch-Amerikanischen Volksfest zeigte.

Das kleine Werk ist optisch fast unscheinbar. Ganz im Gegensatz zu seinem sehr interessanten Inhalt. Dass es in einem Verlag erschien, der im ehemaligen Osten Berlins liegt, macht noch einmal deutlich, dass sich die Situation nach bewegten Zeiten in der Hauptstadt zum Glück normalisiert hat. Das Büchlein wäre es wert gewesen, in größerer Ausgabe zu erscheinen. Zu schade, wenn man es übersähe. *Silvia Friedrich*

Arno Helwig (Hg.): „Die Amerikaner im geteilten Berlin. Spurensuche im Südwesten der Stadt“, *Ch.Links Verlag, Berlin 2017, broschiert, 64 Seiten, 5 Euro*



»Eine Ansammlung von Kleingeistern«

Christoph Hickmann und Daniel Sturm zeichnen mit kritischem Blick Sigmar Gabriels Parteikarriere in der SPD nach

Das vorliegende Buch entstand offensichtlich, als man Sigmar Gabriel noch als SPD-Bundeskanzler-Kandidaten ansah. Die Autoren, Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Welt“, haben ihn lange begleitet, viele Hintergrundgespräche geführt und 120 seiner Gesprächspartner interviewt.

Gabriels Kindheit war nicht einfach: Nach seinen Worten war sein Vater ein „schrecklicher Nazi“", zu dem er kaum Kontakt hatte. Mit Ehrfurcht spricht er hingegen von seiner Mutter, die als Krankenschwester arbeitete und um die er sich bis zuletzt kümmerte. Bei den „Falken“ kämpfte er für Nicaragua und Chile. Die Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands waren entsprechend dem SPD-Zeitgeist ohne Interesse. Aus Respekt vor Helmut Schmidt trat er der Partei bei. Er schaffte den Sprung von der Realschule aufs Gymnasium,.

Wegen einer Nichtigkeit gaben 1981 viele SPD-Mitglieder in Goslar ihr Parteibuch zurück. Auch Gabriel hatte „mit der Sozialdemokratie gebrochen“. Doch ein Funktionär gab die Parteibücher eigenmächtig nicht an die Geschäftsstelle weiter, wodurch die Austritte nie rechtskräftig wurden. Die Autoren entschuldigen Gabriels Haltung „mit jugendlichem Rigorismus“, doch sollte ein Erwachsener eigentlich wissen, was er tut. Sie räumen ein, dass sich hier „jene Ausschläge ins Extreme“ zeigten, „die eigens von Gabriels Wesensmerkmalen sind und auch seine Beziehung zu der Partei bestimmen“. Er könne sich berauschen an der SPD und genauso an derselben Partei verzweifeln. Der Leser erfährt, die SPD sei für Sigmar Gabriel dann ein großartige Partei, wenn sie seiner Meinung sei. Tue sie das nicht, sehe er die SPD eher als eine „Ansammlung von Kleingeistern, denen erstens der historische Überblick, zweitens das Gespür und drittens der Blick für die Realität fehle“. Den Verfassern zufolge gibt es beim heutigen Außenminister kaum Maß und Mitte.

1990 wurde Gabriel in den Landtag Niedersachsens gewählt. Im März 1998 attackierte er den späteren Bundespräsidenten Christian Wulff in einer brillanten Rede so, dass der damalige Ministerpräsident Gerhard Schröder ausrief: „A star is born“. 2005 wurde Gabriel Bundesumweltminister, vier Jahre später Vizekanzler. Nach den Bundestagswahlen mit lediglich 23 Prozent der Stimmen für die SPD wurde er Parteivorsitzender. Bei seiner Rede in Dresden gelang es ihm, bei den Delegierten wieder Vertrauen und Zuversicht zu wecken.

2013 hatte er als Parteivorsitzender den ersten Zugriff auf die Kanzlerkandidatur, doch er lehnte ab. „Gabriel kniff, um das Amt als Parteivorsitzender zu retten“, kommentieren die Autoren. Ende des Jahres stand man vor der Großen Koalition, doch Gabriel verzichtete darauf, Außenminister zu werden. Das könne er seiner Familie „nicht antun“, die ihm Halt gebe. Als er 2015 mit nur 74,3 Prozent zum Vorsitzenden gewählt wurde, wollte er „alles hinwerfen“, doch die Genossen beschworen ihn, zu bleiben. Indes: Das Verhältnis zwischen ihm und der Parteispitze war zerrüttet.

Gabriel werde für seine Redekunst bewundert. Er kann Menschen begeistern und überzeugen. Seine Hyperaktivität sei zugleich sein Fehler: Er brauche dringend ein Umfeld, das ihn abschirmt, seine guten Ideen zur Reife bringt und die schlechten schnell vergessen lässt.

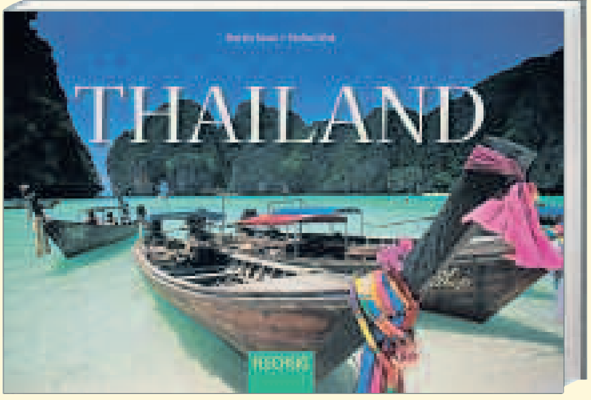
Die Autoren monieren: „Nur sollte Politik über den Tag hinausgehen, hinausdenken.“ Nicht wenige in der Partei misstrauen ihm angesichts der allzu häufigen Änderungen seiner Meinung. Sie erinnern an seine wechselvolle Haltung zu Griechenland oder zum Parteiausschluss seines Mitgenossen Thilo Sarrazin wegen dessen Buchs. Vehement verdamme er deutsche Rüstungsexporte, die in seiner Zeit als Wirtschaftsminister indes stark zugenommen hatten.

In der allgemeinen heutigen Vergesslichkeit liege eine Chance für Gabriel, liest man im Buch. Dessen Resümee ist einerseits: „Es ist eine Zeit, die eigentlich viel von dem gebrauchen könnte, was Sigmar Gabriel kann“, um andererseits zu dem Schluss zu kommen: „Was diese Zeit nicht braucht: Den Sigmar Gabriel, der er die meiste Zeit seines politischen Lebens gewesen ist.“ *Friedrich-Wilhelm Schlomann*

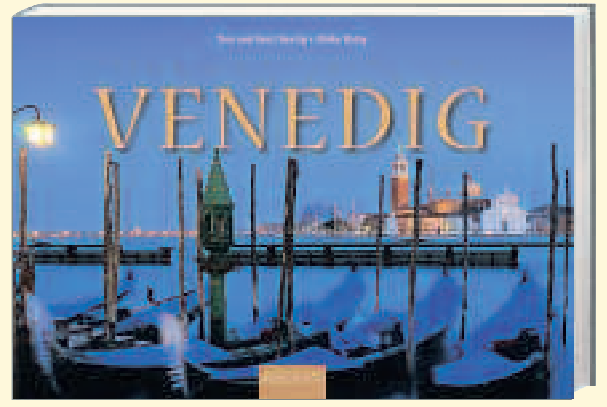
Christoph Hickmann, Daniel Sturm: „Sigmar Gabriel. Patron und Provokateur“, *dtv, München 2016, gebunden, 320 Seiten, 24 Euro*



Kalender Elche in Farbe 2018
Mit 12 Motiven von Elchen, dem Wappentier von Ostpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535759 Kalender 9,95 €



Martin Sasse (Fotograf)/Stefan Nink (Autor)
Thailand – Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 242 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Thailand mit seinen fantastischen Sehenswürdigkeiten.
Nr. P 575014 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Tina und Horst Herzig (Fotografen)/Ulrike Ratay (Autorin)
Venedig – Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 271 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Venedig, diese faszinierende Lagunenstadt.
Nr. P 542021 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



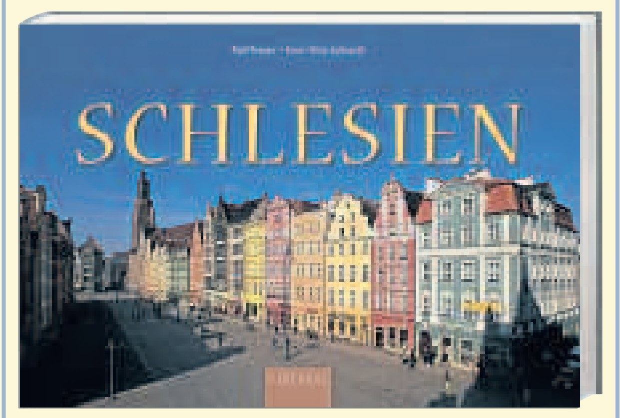
Wolfgang Korall (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Ostpreußen – Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 239 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Ostpreußen wie es heute ist.
Nr. P 542016 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



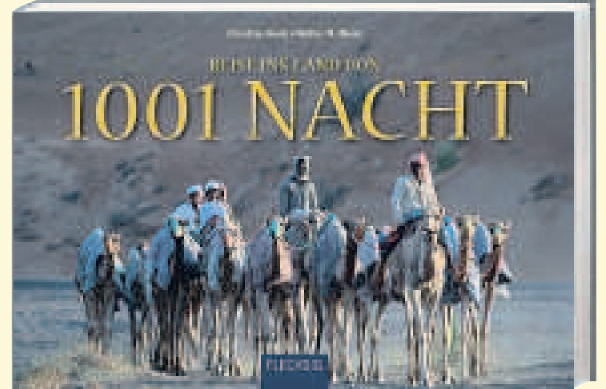
Kalender Trakehner in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven dieser edlen Pferderasse aus Ostpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535787 Kalender 9,95 €



Kalender Kühe in Farbe 2018
Mit 12 farbenfrohen Motiven von Kühen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535777 Kalender 9,95 €



Ralf Freyer (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Schlesien – Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 283 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Schlesien wie es heute ist.
Nr. P 542018 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Christian Heeb (Fotograf)/Walter M. Weiss (Autor)
Reise ins Land von 1001 Nacht – Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 260 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen die faszinierende Welt Arabiens.
Nr. P 575693 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Kalender Katzen in Farbe 2018
Mit 12 faszinierenden Motiven von Katzen, dem so beliebten Freund des Menschen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535775 Kalender 9,95 €



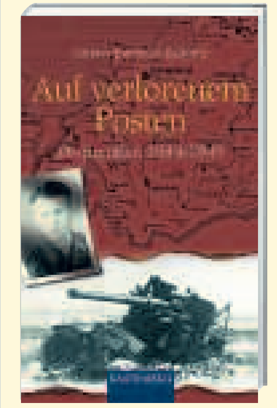
Kalender Hunde in Farbe 2018
Mit 12 farbenprächtigen Motiven von Hunden, dem treuen Begleiter des Menschen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535767 Kalender 9,95 €



Kalender Amsterdam in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Amsterdam, der Stadt mit den faszinierenden Grachten. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535744 Kalender 9,95 €



Max Galli (Fotograf)/Michael Kühler (Autor)
Rom – Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 243 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Rom, die fantastische Stadt am Tiber.
Nr. P 542017 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Günter Emanuel Baltuttis
Auf verlorenem Posten
Ostpreußen 1944/1945
222 Seiten
Nr. P 533117 Geb. 14,95 €

Ein bewegender Erlebnisbericht über die letzten Tagen in Ostpreußen: Ein junger Soldat, gerade einmal 18 Jahre alt, erlebt die letzten drei Monate an der Front in Ostpreußen. Schon die erste Nacht führt zu einer maßlosen Ernüchterung und lässt ihn das ganze Grauen des Krieges spüren. Die Erfahrungen sind niederschmetternd – Kälte, Nässe, Schlafmangel, mangelhafte Ausrüstung und Ausbildung lassen die Zweifel an der politischen und militärischen Führung schnell wachsen. Der Autor Günter Emanuel Baltuttis wurde 1926 geboren und erlebte als Freiwilliger die letzten Kriegsmonate in Ostpreußen. Als Verwundeter erlebt der Autor das unbeschreibliche Flüchtlingselend beim Treck über die Kurische Nehrung.



Kalender New York in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus New York, der Stadt der Superlative. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535751 Kalender 9,95 €



Kalender Lissabon in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Lissabon, der Stadt des Fado. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535748 Kalender 9,95 €



Andrew Dalby und Sally Grainger
Küchengeheimnisse der Antike
Kulinarische Entdeckungen und Rezepte
Kochbuch und Kulturgeschichte in einem ist dieser reich illustrierte Band. Er führt – in einem Zeitraum zwischen 750 v. Chr. und 450 n. Chr. – durch den griechischen und römischen Mittelmeerraum. Neben Texten von Dichtern und Philosophen bietet das Buch Rezepte, die mit dem heutigen Warenangebot nachgekocht werden können. 144 Seiten.
Nr. P 575204 Gebunden 9,95 €



Jürgen Lehmann
Kindertage in Königsberg
24 S/W-Abb. 224 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533178 16,95 €

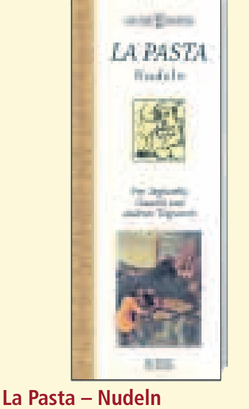
Jürgen Lehmann entführt den Leser in die Zeit einer längst vergessen geglaubten, unbeschwerten Jugend im beschaulichen Ostpreußen. 1930 geboren, verbrachte er die unbekümmerte Zeit seiner frühesten Kindheit im idyllischen Juditten. Von den politischen Ereignissen im Deutschen Reich weit entfernt, erinnert sich Jürgen Lehmann an Blaubeeren und Milchsuppen, strenge Lehrer und herzliche Großeltern. Um die Zeit des Kriegsbeginns zog die Familie um nach Mühlenhof, ein Stadtteil im Süden von Königsberg. Zunehmend werden die kindlichen Erlebnisse des Jungen an Chorgesänge und Nachmittage im Garten überschattet von den Pflichten, die die Mitgliedschaft im Jungvolk und die immer näher rückende Kriegsfront mit sich brachten. Im letzten Kriegssommer zieht Jürgen als Vierzehnjähriger mit seinen Kameraden zum Grabenbau am Ostwall aus. Als er zurückkommt, ist nichts mehr, wie es war.



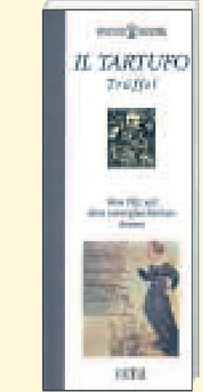
Kalender St. Petersburg in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus St. Petersburg, der Stadt an der Newa. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535753 Kalender 9,95 €



Kalender London in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus London, dieser faszinierenden Stadt an der Themse. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535749 Kalender 9,95 €



La Pasta – Nudeln
Von Tagliatelle, Gnocchi und anderen Teigwaren
Das passende Geschenkbuch für alle Nudelliebhaber. 120 Seiten
Nr. P 575618 Gebunden 7,95 €



Il Tartufo – Trüffel
Vom Pilz mit dem unvergleichlichen Aroma
Das passende Geschenkbuch für alle, die Trüffel lieben. 120 Seiten
Nr. P 575640 Gebunden 7,95 €



Gerd H. Meyden
Schnee von Gestern
Kindheit in Königsberg
20 S/W-Abbildungen. 192 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533162 16,95 €

Lebendig, herzlich und mit viel Augenzwinkern schildert der Autor seine behütete Kindheit in Ostpreußen, die Flucht aus der Sowjetzone und den schwierigen Neuanfang der Familie in Bayern. Eine wohlbehütete, sonnige Kindheit in einem wohlsituierten Elternhaus geht zu Ende. Der näher kommende Krieg erscheint dem Kind zunächst als ein tolles Abenteuer. Erst als Königsberg im August 1944 in zwei Bombennächten in Flammen, Schutt und Asche versinkt, zeigt sich ihm erstmalig der Ernst des Lebens. Der Zusammenbruch und der Kampf der Familie um eine neue Existenz wird aus der Sicht eines Heranwachsenden geschildert.



Kalender Vendig in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Lagunenstadt. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535754 Kalender 9,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Asylsucher im Schwarzen Meer

Bukarest – Zum zweiten Mal binnen gut einer Woche hat die rumänische Küstenwache im Schwarzen Meer ein Boot mit Asylsuchern aufgegriffen. Die 68 Personen wurden von zwei türkischen Schleppern begleitet. Bereits Mitte August war ein Boot mit 69 illegalen Immigranten aus dem Irak abgefangen worden. Rumänische Stellen fürchten, dass ihre Küstengewässer zur neuen Schleuserroute neben dem Mittelmeer werden könnten. *H.H.*

Wirbel um CSU-Funktionärin

Augsburg – Wirbel um die Geschäftsführerin der CSU im bayerischen Mindelheim, Marion Prediger: Sie hatte per Facebook AfD-Mitgliedern „fast schon gewünscht", Todesopfer von Terrorattacken zu werden, weil deren Partei schuld daran sei, dass „ganz Europa aus den Fugen gerät". Die CSU hat sich von den Äußerungen distanziert, vom Posten der Geschäftsführerin ist Prediger zurückgetreten. *H.H.*

ZUR PERSON

Abschied einer Alibi-Ermittlerin

Es ist in Syrien wie in vielen anderen Krisenherden dieser Welt: Die Konfliktparteien schlagen sich gegenseitig die Köpfe ab, und die UN schaut zu. Genau diese Tatenlosigkeit kritisierte jetzt **Carla del Ponte**, weshalb sie ihren Job als UN-Sonderermittlerin in Syrien aufgibt.

Am Rande des Filmfests von Locarno platzte der Schweizer Diplomatin der Kragen: Die Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Syrien sei nutzlos und lächerlich. „Ich kann nicht mehr in dieser Kommission sein, die einfach nichts tut", sagte die 70-Jährige, die sich als „Alibi-Ermittlerin ohne politische Unterstützung" missbraucht sieht.

In Syrien, ließ sie weiter wissen, gebe es keine Gerechtigkeit, alle gehörten inzwischen zu den Bösen, die Regierung, die Chemiewaffen einsetzt, ebenso wie die Opposition, die nur noch aus „Extremisten und Terroristen" bestehe. Die Verbrechen in Syrien seien sogar schlimmer als damals in Runda oder in Ex-Jugoslawien.



Bild: Violaine Martin

Del Ponte muss es wissen. Acht Jahre lang war sie Chefanklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, wo sie die schlimmsten Kriegsverbrecher aus diesen Ländern auf die Anklagebank dieses UN-Tribunals stellte.

Die aus dem Tessin stammende Juristin gilt als unbestechlich und kompromisslos. Das bekamen in den 1980er Jahren schon Geldwäscher und Waffenschmuggler zu spüren, gegen die sie konsequent ermittelte. Mit ihrem Rückzug als Sonderermittlerin für Syrien stellt sie jetzt die UN selbst unter Anklage, die in dem Konflikt nur die Däumchen drehe und einfach abwarte, bis dort die Machtspiele von Russland, den USA oder dem Iran irgendein Ende finden. Dass die syrische Bevölkerung das Opfer ist, nimmt die UN nach Ansicht Del Pontes billigend in Kauf. *H. Tews*



Gewöhnt euch dran

Wie wir die Galgenfrist des Euro nutzen können, warum die Deutschen noch mehr zahlen werden, und wie fremder Streit zu uns kommt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

So, so, der Euro ist also unrettbar dem Untergang geweiht, sagt Wirtschaftsnobelpreisträger Edward Prescott (siehe Meldung S. 7). Die einzige Frage sei bloß, wie viel Schaden er bis zu seinem sicheren Tod noch anrichte.

Leider verrät der US-Amerikaner nicht, wann denn mit dem Kollaps zu rechnen sei. Mit anderen Worten: Wie viel Zeit uns noch bleibt, um weiteren Schaden aufzutürmen.

Das ist ärgerlich. Macht aber nichts, dann müssen wir uns eben sputen. Das weiß auch Angela Merkel und legt gleich eifrig los. Bei ihrem jüngsten Treffen mit Emmanuel Macron hat sie dem französischen Präsidenten versprochen, ihm bei der Durchsetzung eines gemeinsamen Haushalts der Euro-Zone den Rücken zu stärken. In dem geplanten Haushalt sollen schnell weitere deutsche Milliarden versenkt werden, bevor sie das Euro-Spiel abpfeifen müssen.

Der Plan ist letztlich aus der Not geboren, welche die Briten über uns gebracht haben. Mit einem Nettobeitrag von jährlich zwölf Milliarden Euro ist das Inselvolk der zweitgrößte Zahler zum EU-Budget. Nur Deutschland zahlt mehr, nämlich 14 Milliarden, die Franzosen sechs und die Italiener gerade noch drei Milliarden Euro pro Jahr. Größte Nettoempfänger sind die Polen mit zehn und die Tschechen mit sechs Milliarden Euro.

Wenn die Briten aussteigen, müsste Brüssel die Forderungen an die übriggebliebenen Zahler entweder ordentlich hochschrauben. Das träfe Frankreich und Italien ebenso wie Deutschland. Das wollen wir unseren Nachbarn selbstverständlich nicht zumuten. Oder man müsste die Leistungen an die Nehmer eindampfen. Aber das geht erst recht nicht, weil weniger Subventionen auch weniger Macht für Brüssel bedeuten würden. Wir wollten die Nationalstaaten schließlich Zug um Zug in der Säure der Brüsseler Zentralbürokratie auflösen. Wer stattdessen den Subventionsfluss ausdünnt, der lässt sie ja auch ein Stück weit wieder von der Leine.

Was für ein Dilemma! Doch dann kam die geniale Idee mit dem eigenen Budget für den Euro-Raum. Über diesen Topf könnte man zusätzliches deutsches Geld an Paris und Rom weiterleiten und damit die durch den Brexit höheren Nettozahlungen der Franzosen und Italiener an die EU-Umverteilungsmaschine ausgleichen.

Alle wären glücklich: Die Polen und Tschechen (die nicht im Euro sind), weil sie von der EU genauso viel bekämen wie vor dem Brexit, die Franzosen und Italiener, weil ihre Brexit-bedingten Zusatzzahlungen von den Deutschen ausgeglichen würden und sie unterm Strich genauso wenig zahlen müssten wie vorher, und die Deutschen, weil wir ihnen erzählen werden, dass wir damit einen weiteren großen Schritt in Richtung „Europäische Integration" gemeistert hätten. Das finden die immer toll.

> Den Europäern wird ein Schlag versetzt, von dem sie sich so bald nicht erholen

Der guten Stimmung wegen sollten wir den Deutschen zudem versprechen, dass trotz ihrer milliardenschweren Mehrbelastung „niemandem etwas weggenommen" werde. Wie, Sie meinen, das glauben die uns nie? Denn jeder wisse doch, dass Geld, welches irgendwohin geht, auch irgendwo herkommt und dort zwangsläufig eingespart werden muss?

Ach, seien Sie nicht so negativ: Die deutschen Trottel haben ja auch den Blödsinn geschluckt, dass man 40 Milliarden Euro für Asylsucher ausspucken kann, ohne dass die später irgendwo fehlen. Wir rechnen nämlich nicht mit dem Kopf sondern „mit dem Herzen", seit wir nach der soundsovielten Schulreform das richtige Rechnen sowieso verlernt haben.

Der dadurch erreichte Schaden für die gesamte EU ist in Zahlen kaum zu messen. Gemästet von dem deutschen Geld können Franzosen und Italiener ihre Zombiebanken weiter am Leben halten und die verkrusteten Strukturen in ihren Ländern ebenso. Damit ist sichergestellt, dass ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit noch mehr verkommt und die beiden Länder weiter den Bach runtergehen. Deutschland dagegen wird zusätzlich ausgesogen und auf diese Weise geschwächt.

Was sagte Edward Prescott? Es komme nur darauf an, wie viel Schaden der Euro noch anrichtet, bis er unvermeidlich untergeht. Ja, Herr Professor, Sie sehen: Da haben wir noch einige Asse im Ärmel. Merkel, Macron und EZB-Chef Mario Draghi werden sie alle noch ausspielen, darauf können Sie sich verlassen. Draghi kann anschließend, wenn alles vorbei ist, getrost zu seinem alten Arbeitgeber Goldman Sachs zurückkehren, um den US-Bankern stolz zu verkünden: Der europäischen Konkurrenz haben wir einen Schlag versetzt, von dem sie sich in Jahrzehnten nicht erholen wird.

Keine Sorge, an das Armsein werden wir Deutsche uns schon gewöhnen, ebenso wie wir uns gegenwärtig selbst mit dem Terror ganz gut einrichten. Man fordert uns sogar von oben zur Gewöhnung an den Terror auf, und seit wann verweigern ausgerechnet wir Befehle?

Die Ansage „Völlige Sicherheit gibt es nicht" heißt ja nichts anders, als: Nun regt euch mal nicht so auf, Brutal ist das neue Normal, und damit „welcome"! Findet euch damit ab, dass ihr jederzeit unter die Räder eines Lieferwagens geraten könnt, dessen Fahrer auf dem Weg ins Paradies der Märtyrer ist.

Unser Leben ändert sich nun mal, unser Sterben also auch. Hatte nicht Integrationsministerin Aydan Özoguz schon 2015 dekretiert, unser Zusammenleben müsse nun täglich neu ausgehandelt werden? Schon klingt uns das noch viel schönere Zitat von Katrin Göring-Eckardt aus demselben legendären Jahr wieder in den Ohren: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!"

Ein Zipfelchen dieser schwungvollen Veränderung konnte der Verfasser dieser Zeilen selber mitfeiern, als er vergangenen Sonnabend kurz vor Mitternacht die Hamburger U-Bahn betrat. Als ich einstieg, hatten zwei Gruppen von Orientalen bereits eine ordentliche Prügelei begonnen. Mit Tritten, Faustschlägen und Geschrei verhandelten die jungen Männer offensichtlich ihr Zusammenleben neu. Ein anderer Deutscher war bereits dabei, mit einigem Einsatz zu „deeskalieren". Auch zu zweit hatten wir alle Hände und Füße voll zu tun, die Gruppen auseinanderzudrängen.

„Hauptkampflinie" war zum Glück der schmale Durchgang zwischen Eingangsbereich und den Bänken, den wir zu zweit nach einigem Gerangel ganz gut blockieren konnten – was (das muss zur Ehrenrettung der Streithähne unbedingt gesagt werden) allerdings nur gelang, weil beide Gruppen trotz unserer robusten Intervention vollständig davon absahen, uns in ihre Verhandlungen einzubeziehen. So wandelte sich die Szene nach einiger Zeit zu einem lauten, aber faustlosen morgenländischen Wortgefecht.

Im Getöse zuvor konnte ich hin und wieder die Gesichter von deutschen Frauen erblicken, die unerreichbar weiter hinten saßen. Der Ausdruck darin dürfte mit „heller Panik" treffend beschrieben sein, obwohl auch sie niemand angriff. Schade, dass die Katrin und die Aydan nicht unter den Damen waren, um ihnen mitzuteilen, dass sie sich vielmehr freuen statt fürchten sollten.

Eigentlich möchte man solchen Prüglern den Rat geben, sich mitsamt ihren Streitigkeiten zurück in die Heimat zu begeben, um das dort auszufechten. Aber dieser Rat ist ja nun sowas von verboten!

Interessant, nicht wahr? Uns Deutschen sagt man, wir sollten uns an solche Auseinandersetzungen und an noch viel, viel Schlimmeres, nämlich sogar Terrorattacken, gewöhnen. Niemand aber soll es wagen, das Gleiche einem Afghanen, einem Iraker oder gar Syrer zu empfehlen: Bleib in deinem Land und finde dich halt damit ab, dass es da immer mal wieder zu hässlichen, auch blutigen Vorfällen kommt. An Deutsche gerichtet nennt man diesen Rat nämlich „realistisch", an Orientalen gewandt ist er hingegen frivol und herzlos. So bunt ist sie, unsere Welt und ihre Moral.

MEINUNGEN

Die in Deutschland und den USA publizierende Journalistin ***Eva C. Schweitzer*** *wirft im „Cicero" (15. August) den US-Nordstaatlern* ***Heuchelei*** *im Umgang mit dem* ***Amerikanischen Bürgerkrieg*** *vor:*

„Die Debatte ist im Norden von Heuchelei geprägt. Intellektuelle und Politiker erheben sich gerne moralisch über den Süden. Die Statuen von Lee und anderen Generälen werden abmontiert, weil es darum geht, den Kriegsgegner für den Aufstand gegen Washington zu bestrafen. Dabei wäre es besser, auch die eigenen Verwicklungen in der Sklaverei aufzuarbeiten. Die Statue des Nordstaaten-Soldaten William T. Sherman bleibt unterdessen stehen. Obwohl er bei seinem Zug durch Georgia mehr Kriegsverbrechen begangen hat als jeder Südstaaten-General."

Lüder Gerken *vom Centrum für Europäische Politik in Freiburg im Breisgau kritisiert im „Hamburger Abendblatt" (17. August), dass* ***Brüssel*** *die wahren* ***Belastungen für die Bürger*** *in den EU-Geberländern* ***verschleiern*** *will, um den Unmut der Geber zu bremsen:*

„In ihrem ‚Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finanzen' kündigt sie (die EU-Kommission) an, dass sie künftig nicht mehr veröffentlichen will, welche Staaten in welchem Umfang Nettozahler und Nettoempfänger (des EU-Finanzausgleichs) sind. Intransparenz ist die neue Devise ... Die EU verstrickt sich immer stärker in ihrem verzweifelten Bemühen, den Euro zu erhalten."

Der Generalsekretär der ***größten muslimischen Vereinigung Indonesiens****, das Land mit der wiederum zahlreichsten muslimischen Bevölkerung weltweit,* ***Kyai Haji Yahya Cholil Staquf****, sagt in der „Frankfurter Allgemeinen" (19. August)* ***unangenehme Wahrheiten****:*

„Vor allem die saudische Strategie einer Verbreitung von Wahhabismus und Salafismus hat die Welt in ein Pulverfass verwandelt ..., und es gibt einen harten linksliberalen Rand im Westen, der jedes Nachdenken über die Zusammenhänge zwischen traditionellem Islam, Fundamentalismus und Gewalt als islamophob denunziert. Das muss endlich aufhören. Wie gesagt: Ein Problem, das geleugnet wird, kann nicht gelöst werden."

Ferdinand Knauß *lässt in der „Wirtschaftswoche" (21. August) kein gutes Haar an den neuesten* ***polnischen Reparationsforderungen****:*

„Die Reparationsforderungen der polnischen Regierungspartei sind völkerrechtlich abwegig und perfide: Um von aktueller Kritik abzulenken, kocht man in Warschau alte nationale Emotionen gegen Deutschland wieder auf ... Der Nationalismus ist in Polen mehr als in jedem anderen europäischen Land mit dem Mythos des nationalen Opfergangs verbunden ... Um diese Quelle für die Mobilisierung emotionalen Rückhalts der national gesinnten PiS-Anhängerschaft am Sprudeln zu halten, ist die Pflege von nationalen Feindbildern notwendig ... Das ist verantwortungslos, weil es gefährdet, was Generationen deutscher und polnischer Nachkriegspolitiker im Sinne der Versöhnung erreicht haben."